

**Landtag
Nordrhein-Westfalen**
14. Wahlperiode



**Ausschussprotokoll
APr 14/999**
13.11.2009

**Parlamentarischer Untersuchungsausschuss II
gemäß Artikel 41 der Landesverfassung
Drucksache 14/9466 - Neudruck**

8. Sitzung (öffentlicher Teil)²

16. November 2009

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:30 Uhr
11:35 Uhr bis 13:10 Uhr
13:30 Uhr bis 16:20 Uhr
16:30 Uhr bis 17:35 Uhr
17:45 Uhr bis 18:10 Uhr
18:15 Uhr bis 18:25 Uhr
18:35 Uhr bis 19:55 Uhr
20:05 Uhr bis 21:10 Uhr
21:15 Uhr bis 22:10 Uhr

Vorsitz: Thomas Kutschaty (Vorsitzender)
Karl Kress (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Christoph Filla, Birgit Raddatz, Simon Vlachopoulos, Rainer Klemann,
Beate Mennekes, Wolfgang Wettengel, Cornelia
Patzschke, Stefan Ernst

Hinweis:

„Protokolle über öffentliche Sitzungen eines Untersuchungsausschusses dürfen bis zum Abschluss der Untersuchung nur mit Genehmigung des Ausschusses eingesehen werden. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird und eine Beeinträchtigung der Untersuchung, insbesondere der Belange der

Wahrheitsfindung, nicht zu befürchten ist" (§ 9 Abs. 4 Sätze 1 und 2 Archivordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen).

Die Weitergabe der Protokolle außerhalb des berechtigten Personenkreises sowie die Veröffentlichung sind bis zu diesem Zeitpunkt unzulässig.

Verhandlungspunkte:

1	Vernehmung der Zeugin Dorothea Delpino	16
2	Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Dr. Jörg-Michael Günther	105
3	Vernehmung der Zeugin Lucie Meyer-Mönnich	193

* * *

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die achte Sitzung unseres Untersuchungsausschusses. Mir liegen keine Wünsche vor, dass wir zu Verfahrensfragen etwas im nichtöffentlichen Teil regeln müssten. Besteht Ihrerseits der Wunsch, etwas vorab nichtöffentlich zu besprechen? - Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich wollte nur sagen, der Stenografische Dienst hat eine tolle Leistung vollbracht. Er nimmt uns allen jedwede Möglichkeit der Ausrede, etwas nicht gelesen zu haben. Am Freitagabend war um 22:20 Uhr das Protokoll von 130 Seiten fertig. Das hat mein Wochenende nicht nur fröhlich gestaltet, sondern ein schlechtes Gewissen hervorgerufen. Ich finde das einfach toll, und das sollte man auch mal sagen. Es war wirklich eine tolle Leistung.

(Beifall)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir nehmen den Dank auf, und geben Sie ihn bitte auch an alle Kolleginnen und Kollegen weiter, die mit daran arbeiten, dass wir immer pünktlich unsere Protokolle kriegen.

(Karl Kress [CDU]: Hohe Einstimmigkeit hier im Ausschuss!)

- So soll es heute auch bleiben.

Wenn nichts Weiteres im nichtöffentlichen Teil zu besprechen ist, darf ich bitten, die Öffentlichkeit herzustellen und die Zeugin Delpino herbeizuholen.

1 Vernehmung der Zeugin Dorothea Delpino

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Guten Morgen, Frau Delpino. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beginnen mit dem öffentlichen Teil unserer achten Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II.

Noch einmal zu Ihrer Erinnerung und als Information für unsere Gäste: Wir haben uns heute vorgenommen, zunächst um 10 Uhr mit der Vernehmung von Frau Delpino zu beginnen. Wir wollen dann um 13 Uhr die am Freitagabend unterbrochene Vernehmung des Zeugen Dr. Günther fortsetzen und um 16 Uhr Frau Meyer-Mönnich vernehmen.

Wir beginnen jetzt mit Ihnen, Frau Delpino. Ich darf Sie sehr herzlich begrüßen in unserem Untersuchungsausschuss und freue mich, dass Sie gekommen sind.

Vorab noch einmal die Information an alle Anwesenden, dass Film- und Tonaufnahmen während einer Sitzung des Untersuchungsausschusses nicht erlaubt sind. Ferner mache ich darauf aufmerksam, dass Zeugen einzeln und in Abwesenheit eventuell weiterer Zeugen zu vernehmen sind. Ich frage daher, ob hier im Saal Personen sind, die in Betracht kommen, als Zeugen noch auszusagen oder gar als Zeugen schon benannt oder geladen sind. - Ich stelle fest, dass das nicht der Fall ist.

Frau Delpino, Sie sind heute in Begleitung Ihres Rechtsbeistandes, Herrn Rechtsanwalt Hack aus ...

RA Norbert Hack: Eschweiler.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: . Eschweiler.

Ich bin gehalten, Sie zunächst vor Beginn Ihrer Vernehmung zu belehren: Frau Delpino, als Zeugin sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört. Sie dürfen aber auch nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wenn Sie hier vor dem Untersuchungsausschuss falsch aussagen, ist das so wie bei Gericht: Sie können dafür bestraft werden. Im schlimmsten Fall können Sie für eine uneidliche vorsätzliche Falschaussage mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren belangt werden.

Ich mache Sie ferner darauf aufmerksam, dass Sie berechtigt sind, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung Sie sich selbst oder einen nahen Angehörigen der Gefahr einer Strafverfolgung oder der Gefahr einer Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit aussetzen würden.

Ich mache Sie darauf besonders aufmerksam - Sie haben auch einen Rechtsbeistand mitgebracht -: Wenn Sie zu einzelnen Fragen Bedenken haben,

steht es Ihnen selbstverständlich jederzeit frei, sich zwischendurch mit Ihrem Rechtsbeistand dazu zu beraten.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Der Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat mir mit Schreiben vom 22. Oktober 2009 eine Kopie der Aussagegenehmigung für Frau Delpino übermittelt.

Die Aussagegenehmigung wurde den Obleuten und wissenschaftlichen Referenten per Mail zugeleitet. Ich gehe daher davon aus, dass auf eine Verlesung heute hier verzichtet werden kann.

Ich möchte Sie, Frau Delpino, jedoch darauf aufmerksam machen, dass Sie nicht verpflichtet sind, über Vorgänge zu berichten, die über die Ihnen erteilte Aussagegenehmigung hinausgehen. Sollten Sie trotzdem zu anderen Komplexen Aussagen machen wollen, so müssten Sie dies auf Ihre eigene Verantwortung hin tun.

Möglicherweise haben Sie sich zur Vorbereitung die Akten noch einmal angeschaut. Wenn dies der Fall sein sollte, versuchen Sie bitte, uns bei Ihrer Aussage deutlich zu machen, was aus Ihrer Erinnerung stammt oder was aus dem Aktenstudium berichtet wird.

Ich darf zunächst mit der Vernehmung zur Person beginnen und bitte Sie um Angabe Ihres vollständigen Namens.

Zeugin Dorothea Delpino: Mein Name ist Dorothea Maria Elisabeth Delpino Pegito, geborene Horriar.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie alt sind Sie in vollen Jahren?

Zeugin Dorothea Delpino: 56.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ihr Beruf?

Zeugin Dorothea Delpino: Diplom-Bauingenieurin.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ihr Dienort?

Zeugin Dorothea Delpino: Düsseldorf, im Umweltministerium.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut. - Gibt es Fragen zur Person? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen jetzt zur Vernehmung zur Sache. Frau Delpino, würden Sie uns zu Beginn bitte einmal kurz Ihren beruflichen Werdegang schildern?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe Bauingenieurwesen an der RWTH Aachen studiert und im Anschluss daran nach einer Familienpause den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst, das Referendariat, gemacht. Anschließend wurde ich eingestellt beim Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft in Hagen. Dort war ich drei Jahre in dem Bereich Grundlagen der Wasserwirtschaft tätig. Nach drei Jahren wurde ich zum Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft in Aachen versetzt und war dort als Abteilungsleiterin für den Bereich Wasserwirtschaft, Datenverarbeitung zuständig. Ich habe dann mit einer Freistellung zunächst als stellvertretende Vorsitzende Hauptpersonalratsarbeit gemacht. Drei Jahre danach war ich drei Jahre Vorsitzende des Hauptpersonalrats im Umweltministerium.

Von dort aus bin ich als Amtsleiterin ins Staatliche Umweltamt Köln gewechselt. Dort war ich siebeneinhalb Jahre tätig - oder acht Jahre. Zum 1. Juli 2004 bin ich dann ins Umweltministerium gewechselt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche Aufgaben üben Sie seit 2004 im Umweltministerium aus?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich war dort zunächst stellvertretende Abteilungsleiterin, angedockt als Referatsleiterin im Referat IV-4 mit besonderen Aufgaben von Herrn Friedrich. Dann wurde ich zum 1. Dezember 2005 neben der Tätigkeit als stellvertretende Abteilungsleiterin noch mit einer Referatsleitung eines Großreferats beauftragt, was konkret die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie als Inhalt hatte. Es gab dann eine Neuorganisation im Umweltministerium. Ich überlege gerade, was das für ein Monat war. Ich meine, es war dann 2007. Da wurde ich Referatsleiterin im Referat IV-1. Das war eine Stabsstelle.

Seit Anfang dieses Jahres bin ich nun in der Abteilung II im Umweltministerium als Referatsleiterin II-6 tätig und da zuständig für die Agrarsozialpolitik, Ernährungsnotfallvorsorge, Bildung und Agrarstatistik.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche Aufgaben haben Sie denn als Referatsleiterin genau wahrgenommen, einmal seit dem 01.12.2005 und dann als Referatsleiterin IV-1 in der Stabsstelle? Können Sie uns noch einmal näher schildern, was man da so macht?

Zeugin Dorothea Delpino: Als ich ins Umweltministerium gewechselt bin, hat Herr Dr. Friedrich mich eingesetzt wie eine stellvertretende Abteilungsleiterin. Ich habe da im Bereich Wasserwirtschaft Termine wahrgenommen, ob das jetzt die Deutsch-Niederländische Grenzgewässerkommission war oder die Ausschüsse am Rhein oder auch LAWA, also Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser - da war ich tätig als Vertreterin des Ministeriums.

Die Aufgaben, die dann in der Stabsstelle . Es ist keine Stabsstelle. Personalorganisation und Haushalt beinhaltet das Referat IV-1. Die sind entstanden, weil man gesagt hat: Jede Abteilung muss diese Dinge auch in der Abteilung bündeln. - Da war ich dann unter anderem zuständig für die Ausbildung der Referendare und organisatorische Dinge, die ich für die Abteilung quasi vertreten habe. Das waren die Aufgaben, die der Abteilungsleiter in das Referat gab, die wir für die Abteilung bündelten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Und jetzt im Augenblick, wenn ich das richtig verstanden habe, sind Sie Referatsleiterin in der Abteilung II-6.

Zeugin Dorothea Delpino: Jawohl.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was ist das für eine Abteilung?

Zeugin Dorothea Delpino: Landwirtschaft.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Und seit wann sind Sie da?

Zeugin Dorothea Delpino: Seit 1. Januar dieses Jahres, 2009.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank.

Frau Delpino, Sie sollen heute befragt werden zu dem Untersuchungsgegenstand dieses Ausschusses, wie er sich nach Ziffer 3 unseres Einsetzungsbeschlusses vom 25. Juni 2009 darstellt. Können Sie uns zunächst beschreiben, wie sich Ihre Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Friedrich in Ihrer Zeit im Umweltministerium gestaltete?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Dr. Friedrich hatte mich von Anfang an in alle wichtigen Dinge eingebunden. Also, er hatte direkt, kurz nachdem ich angefangen hatte, entschieden, dass die Abteilung fachlich getrennt würde. Herr Düwel als Leitender Ministerialrat war der Ständige Vertreter von Herrn Dr. Friedrich, und meine Funktion war eine Abwesenheitsvertretung; so war die Stelle ausgeschrieben.

Er hatte dann entschieden, dass Herr Düwel nur noch die Bereiche Abfall und Bodenschutz fachlich leitet, und ich sollte dann für den Gesamtkomplex Wasserwirtschaft zuständig sein, also alle Wasserreferate koordinieren und steuern.

Zu dem Zeitpunkt war die Umsetzung der Rahmenrichtlinie das Hauptthema. Wir befanden uns in der Phase der Bestandsaufnahme. Es gab viele Besprechungen. Es gab eben auch die Auftragnehmer, die koordiniert werden mussten, wo man auch Dinge - ich sage mal - abrechnen musste. Wie soll ich das sagen? - Vielleicht ein Beispiel: Bei den wöchentlichen Terminen, die wir hatten, erzählte der

Auftragnehmer so beiläufig, er hätte einen Nachtrag in Höhe von 200.000 €, die nicht im Auftrag abgedeckt seien. Da würde er dann demnächst eine Rechnung stellen.

Dieser Auftrag der ARGE Wasser wurde aus einem Wasserbautitel beglichen. Dafür war Herr Kolf im Referat zuständig, und ich habe dann mit Herrn Kolf gesprochen, ob das denn daraus finanziert werden könnte. Er meinte, der Titel sei ausgeschöpft. Er hätte kein Geld mehr. Dann war es halt meine Aufgabe zu gucken, wie wir - ich sage einmal - die Kuh vom Eis bekamen. Ich habe dann mit Herrn Friedrich gesprochen. Er sagte: Ja, das passiert schon mal. Man kann diese komplexen Aufträge am Anfang nicht so beschreiben. Dann gibt es immer wieder Nachträge, aber es sei bisher ja immer wieder Geld da gewesen. Dann war meine Aufgabe, die Sachen irgendwie zu regeln. Ich habe dann gesagt: Der Auftragnehmer soll eine Zwischenrechnung vorlegen. - Und dann haben wir die Positionen, die noch nicht bearbeitet waren, gestrichen, um dann letztendlich die Nachträge aus dem laufenden Haushalt bezahlen zu können.

Ich war so etwas wie ein Notnagel. Ich kann jetzt nicht sagen . Wie soll ich es sagen? - Also, jeden Tag gab es irgendwas Neues. Herr Dr. Friedrich sagte: Heute ist die Besprechung. Gehen Sie mit. - Es war im Grunde genommen ein Verhältnis, das schon sehr . Also, er vertraute mir, und ich beriet ihn und nahm auch Termine mit ihm wahr.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es irgendwelche Besonderheiten im Laufe der Zeit, in der Sie mit ihm zusammengearbeitet haben, die aus Ihrer Erinnerung heraus auffällig sind, die anders sind, als es normalerweise das Verhältnis zwischen Abteilungsleiter und Mitarbeiterin erwarten lässt?

Zeugin Dorothea Delpino: Vielleicht muss ich wirklich noch einmal sagen, wie ich da hingekommen bin, damit man das vielleicht noch besser einordnen kann.

Es war so, dass Herr Dr. Friedrich 2003 alle Staatlichen Umweltämter besuchte und Ende Oktober auch im StUa Köln war. Bei diesem Besuch nahm er mich zur Seite und sagte, er würde in Kürze eine stellvertretende Abteilungsleitung ausschreiben. Er meinte, ob ich mich denn darauf bewerben würde, ob ich Interesse hätte. Dieses Interesse bekundete ich. Es ging ihm wohl inhaltlich darum, dass eine Steuerung erfolgen sollte über das Landesumweltamt und über die Staatlichen Umweltämter, und deswegen meinte er, gerade eine Amtsleitung wäre besonders gut geeignet. Ich hatte den Eindruck, dass er mich für diese Stelle präferierte.

Die Stellenausschreibung erschien im April 2004. Kurz danach hatten wir Amtsleiter eine Besprechung und ein anderer fragte mich, ob es denn einen Wunschkandidaten oder eine Wunschkandidatin gäbe. Ich antwortete wahrheitsgemäß, dass Herr Dr. Friedrich mich angesprochen hätte. Darauf antwortete der Amtsleiter: Na gut, aber ich werde mich trotzdem bewerben. - Das habe ich dann bei Gelegenheit auch Herrn Friedrich mitgeteilt, worauf dieser meinte, ich solle mir keine Sorgen machen. Er würde mir die Fragen vorher mitteilen.

Dieses Telefonat hat am Abend vor dem Vorstellungstermin auch stattgefunden. Herr Dr. Friedrich hatte mir die Fragen vorgelesen, teilweise auch die Lösungsansätze, und ich habe im Anschluss daran noch mit einer langjährigen Kollegin telefoniert, um mit ihr noch Details zu klären, weil ich nicht mehr so im Fachlichen drin war.

Am Tag darauf bei dem Vorstellungstermin waren Frau Friedrich, die damalige Staatssekretärin, Herr Dr. Friedrich, Frau Köht-Jahr als Gleichstellungsbeauftragte und Frau Bastian als Personalreferentin anwesend. Frau Staatssekretärin begrüßte mich nur und gab dann das Wort an Herrn Friedrich, der mir dann die Fragen, die ich von dem Abend vorher kannte, auch vorlas. Das Ergebnis ist bekannt: Ich habe dann zum 1. Juli 2004 gewechselt. Man muss vielleicht wissen, dass er mir von Anfang an sehr vertraute.

Die Aufgaben, wie gesagt, waren unter anderem auch Steuerung. Beim heutigen LANUV, dem damaligen LUA, gab es regelmäßige Besprechungen. Es gab Besprechungen, Dienstbesprechungen mit den Staatlichen Umweltämtern. Also, es war ein breites Spektrum an Aufgaben, das ich gemeistert habe.

Eine Auffälligkeit war natürlich, dass, wie ich eben schon direkt sagte, in einem laufenden Auftrag solche Nachträge nicht irgendwo aktenkundig waren. Die sind so auf Zuruf entstanden. Ich habe dann hinterher mal so was gesehen. Also, am Wochenende telefonierte Herr Friedrich dann mit den Auftragnehmern, und dann entstanden da weitere Wünsche, die umgesetzt wurden und die natürlich auch irgendwo in Rechnung gestellt wurden, aber nicht irgendwo aktenkundig waren. Ich habe darüber auch mit Herrn Friedrich gesprochen. Ich habe ihm gesagt, dass es ja nicht gerade üblich ist, mit Steuergeldern so umzugehen, und habe mich bemüht, da wieder eine Struktur reinzubringen. Insbesondere habe ich gesagt, den Auftrag zum Jahresende abzuschließen, und konnte ihn davon überzeugen, dass wir dann die Fachbegleitung für die EU-Wasserrahmenrichtlinie EU-weit ausschreiben sollten.

Vielleicht kann ich noch weiter erzählen, wie das Ganze gewesen ist. Also, Anfang 2005 bekam dann Frau Dr. Frotscher-Hoof den Auftrag, die EU-weite Ausschreibung vorzubereiten. Das wurde im April im Mitteilungsblatt der EU veröffentlicht, und es gab dann meiner Erinnerung nach 13 Bewerber. Um dieses Verfahren fortzuführen, mussten fünf Bewerber aufgefordert werden, ein Angebot vorzulegen. Dazu musste eine konkrete Leistungsbeschreibung erarbeitet werden.

Diese Leistungsbeschreibung bearbeitete Frau Dr. Frotscher-Hoof in enger Zusammenarbeit mit Herrn Friedrich. Da war ich nicht so tief eingebunden.

Dann kam im Mai der Regierungswechsel, und wie Sie sich vielleicht erinnern können, war das Erste, was erlassen wurde, eine Haushaltssperre. Anfang Juni oder Mitte Juni konnte der Auftrag nicht weitergeführt werden. Wir hatten ihn ja noch nicht in sogenannten trockenen Tüchern, sondern wir waren noch im Verfahren drin. Herr Dr. Friedrich war darüber sehr erbost, weil er sagte, ohne Begleitung könnten wir das gar nicht stemmen. Ich habe dann gesagt, wir müssten ja nur warten, bis der Haushalt wieder freigegeben würde. Dann könnten wir das Verfahren weiterführen. Herr Düwel meinte, wir könnten versuchen, uns in der Zwischenzeit mit dem LANUV - oder damals mit dem LUA - zu behelfen.

Dann war ich im September, das heißt nach vier, fünf Monaten, überrascht, als ich von einem Antragsentwurf eines Forschungs- und Entwicklungsvorhabens erfuhr, das die RWTH Aachen mit drei Ingenieurbüros oder drei Subunternehmen - das waren ahu, FiW und DPU, die ein Konsortium mit dem Institut der RWTH Aachen bildeten - einen Antrag für ein Forschungs- und Entwicklungsvorhaben stellten. Inhaltlich war das für mich vergleichbar mit der EU-Ausschreibung.

Vielleicht noch zu den Preisen: Die EU-weite Ausschreibung sollte auch wegen begrenzter Mittel im Topf Wasserrahmenrichtlinie um die 170.000 € pro Jahr beinhalten, und der Antrag des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens wurde dann aus der Abwasserabgabe bezahlt. Die Abwasserabgabe unterliegt ja, wie Sie wissen, nicht der Haushaltssperre, sondern ist eine zweckgebundene Abgabe, sodass man von dort aus Aufträge vergeben konnte. Es war aber so, dass dort für die Begleitung des Ministeriums bis zum Jahresende, also für drei Monate, 01.10. bis 31.12., etwa 400.000 € beantragt wurden.

Als der Antrag im Haus war, gab es einen Widerstand, von dem ich zunächst nichts wusste. Aber später habe ich die Vermerke von den Referatsleitern Spillecke und Odenkirchen gesehen, und Herr Kolf hatte draufgeschrieben: Ich schließe mich an. - Diese beiden Vermerke habe ich gesehen, und ich habe auch mit Herrn Friedrich darüber gesprochen. Er hat am 20. Oktober den Auftrag unterschrieben, sodass dieses Konsortium im November mit der Arbeit begonnen hat.

In dem Zeitrahmen, Ende 2005 gab es zu diesem Projekt - es heißt abgekürzt MAPRO; ich müsste nachlesen, was das in der Langfassung heißt - eine anonyme Eingabe beim Landesrechnungshof mit den Inhalten - ich sage es einmal sinngemäß; ich habe die Eingabe nie gesehen, oder ich erinnere mich nicht daran, dass ich sie gesehen habe -, dass es fachlich nicht gerechtfertigt sei, dass auch nicht gerechtfertigt sei, dass es aus der Abwasserabgabe bezahlt wurde, und dass es insbesondere auch gegen den Widerstand der Referatsleiter zum Abschluss kam.

Wie das Vertrauen von Herrn Dr. Friedrich war, zeigt sich daran, dass er mir seinen Antwortentwurf gezeigt hatte. Es hat den ganzen Vorgang bestimmt drei Monate liegen lassen. Das war bestimmt im Februar oder März 2006, als dann noch mal der Landesrechnungshof offensichtlich gemahnt hatte. Da hat er dann angegeben, dass der Widerstand der Fachleute nach Diskussionen nicht mehr da war. - Das war nur als Einschub.

Dieses Konsortium - ich würde mal sagen - war noch nicht so in der Materie drin. Es gab viele Besprechungen, wo die dann mit fünf bis sieben Externen dabei saßen, ohne einen Input zu leisten. Ich habe mit Herrn Friedrich darüber gesprochen, dass das alles Kosten sind, weil die ja Stundensätze hatten, was für ein F+E-Vorhaben auch ungewöhnlich ist.

Ich habe dann - ich bleibe jetzt beim Projekt MAPRO - im März mit dem Projektleiter und dem Oberingenieur des Instituts der RWTH Aachen ein Gespräch geführt, weil ich befürchtete, dass vielleicht irgendwie die Kosten davonlaufen könnten. Der Antrag war gewesen: drei Monate Begleitung 400.000 €. Wenn die Ende November anfangen - Dezember, Januar, Februar -, dann interessierte mich im März, was

denn nun passiert. Insbesondere ist es so, dass bei Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ein zweiter Teil erst dann in Auftrag gegeben werden kann, wenn ein Abschlussbericht des ersten Teils vorliegt. Und ich wollte von den beiden Herren wissen, wie der Stand der Dinge ist. Dann haben die mir gesagt: Kein Problem. Wir haben noch Geld.

Das stellte sich im Nachhinein als falsch heraus. Denn nach sechs Wochen bekamen wir einen Brief der TH mit dem Inhalt, dass das Projekt bereits seit Mitte März nicht mehr aus dem Laufenden finanziert werden könnte.

Ich habe gesagt: ohne Abschlussbericht keine Fortsetzung. Aber man hatte natürlich schon im April angefangen, MAPRO Phase 1, Teil 2 zu bearbeiten und vorzulegen. Ich habe diesen Entwurf am 18. April gesehen, und dann war es so, dass die Begleitung bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie vom 01.04.2006 bis 31.12.2007 vorgesehen war und sich nunmehr in einem Volumen - das stellte man sich so vor - von 3,4 Millionen €, also ungefähr 160.000 € pro Monat, bewegte.

Im Vergleich: Der erste Antrag - das habe ich, glaube ich, eben nicht erwähnt -, also das, was auch Herr Friedrich dem Landesrechnungshof berichtet hatte, war, dass die erste Phase der Begleitung auch in diesem Zeitraum 1,7 Millionen plus die 400.000, also 2,1 Millionen, kosten sollte. Ich war wie vor den Kopf geschlagen, und es gab dann mehrere Besprechungen, die auch aktenkundig sind, wo auch Herr Dr. Mertsch und ich gesagt haben: „So geht das nicht“ und wo wir auch Kritik an der Begleitung der ersten Monate geübt haben. Aber Herr Dr. Friedrich wollte auf keinen Fall das, was ich ihm vorgeschlagen hatte: Wir könnten ja jetzt neu EU-weit ausschreiben und das Ganze noch mal auf andere Füße stellen.

Es war klar - es war auch ihm klar -, dass es schwierig war, das Ganze erneut aus der Abwasserabgabe zu finanzieren. Denn mitten in einem Auftrag kann man den Haushaltstitel nicht wechseln. Und in der Zwischenzeit gab es auch schon - ich sage einmal - in der Abteilung I ... Die schauten schon ein bisschen genauer hin - also Herr Noetzel. Ich befürchtete, dass auch der zweite Teil dann nicht mehr so problemlos bewilligt würde. Herr Dr. Friedrich wollte das aber nicht. Er hat dann gesagt: Die kennen sich jetzt aus, und wir wollen die haben. - Ich sollte dann, weil ich am 1. Dezember 2005 dieses Großreferat bekommen hatte, dieses MAPRO-Projekt verantwortlich weiterführen.

Es hat dann im Mai endlich den Abschlussbericht gegeben, und einen Tag später lag der neue Antrag vor. Aufgrund der Remonstration und insbesondere auch auf meinen Hinweis hin, dass er dem Landesrechnungshof die Höhe 2,1 Millionen mitgeteilt hat und jetzt nicht 3,4 Millionen plus die bereits gezahlten 400.000, also 3,8 Millionen, angeben könne, hatte das Konsortium einfach den Zeitrahmen gekürzt. Es gab dann nicht mehr MAPRO Phase 1, Teil 1 und Teil 2, sondern es gab jetzt MAPRO Phase 1, Teil 1, Teil 2, Teil 3. Und der zweite Teil sollte nur noch im laufenden Jahr weitergeführt werden. Der Antrag wurde im Mai abgegeben. Das hieß, dass man frühestens am 01.06. hätte anfangen können, sodass dann für die laufenden restlichen sieben Monate ein Volumen von 1,2 Millionen € vorgesehen war, also immer noch 170.000 € pro Monat.

Noch mal zur Erinnerung: Die EU-Ausschreibung sah 170.000 € pro Jahr vor.

Als der Antrag ins Haus kam, war Herr Dr. Friedrich bereits in Urlaub. Er ist irgendwann um den 13. Mai in die USA geflogen.

Ich fahre jetzt chronologisch fort. - Es gab immer schon Schwierigkeiten zwischen Herrn Friedrich und Frau Frotscher-Hoof. Er machte sie in diesen wöchentlichen Besprechungen runter, obwohl da, wie gesagt, fünf bis sieben Externe saßen. Er kannte da nichts. Er stellte sie bloß. Er stellte ihre Fachkompetenz infrage, und in dem Zeitrahmen - im Mai, zwei Tage vor seinem Urlaub - hatte er entschieden, ihr die Projektleitung bei einem anderen Projekt, bei dem Stever-Projekt, zu entziehen, und hatte das in der Form gemacht, dass er nach meiner Kenntnis den Geschäftsführer angerufen und gesagt hat: Ab sofort ist Frau Dr. Frotscher-Hoof nicht mehr Ihre Ansprechpartnerin, sondern Sie haben nur noch das zu tun, was Frau Delpino Ihnen sagt.

Dieser Geschäftsführer hat daraufhin Frau Frotscher-Hoof angerufen. Sie hat dann von dem Ingenieurbüro erfahren, dass sie nicht mehr zuständig war, und hat sich hingesezt und zu diesem Projekt und noch zu einer anderen Entscheidung zwei Vermerke geschrieben, in denen sie remonstriert hat.

Ich war an dem Tag nicht - ich weiß nicht, wo ich war - im Haus. Das war ja Freitag. Samstag war Herr Friedrich weg. Am Montag hatte ich dann die erste Mail von Herrn Friedrich, wo er sagte: Ich werde mich zu Frau Frotscher-Hoof noch melden. - Das hat er auch getan. Eine Woche darauf bekam ich die Anweisung per Mail, mit ihr zu sprechen und ihr seine Entscheidung nochmals zu begründen, dass sie unfähig sei.

Dieses Gespräch hat stattgefunden. Frau Dr. Frotscher-Hoof hat ihren langjährigen Vorgesetzten, Herrn Odenkirchen, mit zu dem Gespräch gebeten. Meine Mitarbeiterin war sie erst seit einem halben Jahr, und die Vorwürfe datierten eben auch noch in den Zeitraum vorher. Letztendlich konnten ich und auch Herr Odenkirchen das nicht bestätigen, was Herr Friedrich da vorwarf.

Ihre Zuständigkeit war im Geschäftsverteilungsplan mit einem Sternchen versehen. Der Geschäftsverteilungsplan sah vor, dass Referentinnen, wenn sie mit einem Sternchen versehen waren, Projekte eigenständig leiten konnten. Sie hatte bei dem Stever-Projekt ein Sternchen. Ich habe Herrn Friedrich eine Mail zurückgeschrieben, ich hätte mit ihr gesprochen, aber es hätte kein Einsehen dahin gehend gegeben, dass irgendwelche Verfehlungen bestünden. Außerdem hätte sie ein Sternchen, und man müsste den Geschäftsverteilungsplan ändern, wenn man ihr die Aufgabe wegnimmt. Das war damals noch mitwirkungspflichtig beim Personalrat.

Das dauerte genau eine Woche. Am nächsten Montag saß Frau Frotscher-Hoof vor meinem Schreibtisch. Als ich den Rechner öffnete, hatte ich die Nachricht von Herrn Dr. Friedrich, die ich jetzt hier zitieren möchte. Sie lautete:

Hinsichtlich der rüden Vermerke von Frau Frotscher: Die Sternchen gelten nicht an dem AL vorbei, sondern nur im Referat. Ich habe Sie als stellv. AL .

- "stellv. AL" unterstrichen. -

... gebeten, dass das angerichtete Chaos aus Sicht der Abteilungsleitung umzusetzen ist. Ich bitte Sie höflich, mich an dieser für Sie unangenehmen Stelle in Abwesenheit eindeutig zu vertreten. Ich habe an der Weisung als AL gegenüber Frau Frotscher-Hoof nichts zu ändern, sondern bitte Sie höflich, die inhaltlichen Dinge wie von mir verfügt umzusetzen.

Das war der Punkt, wo ich empfunden habe, dass ich jetzt die Anweisung bekommen habe, meine Mitarbeiterin zu mobben. Wie gesagt, im Beisein von Frau Frotscher-Hoof habe ich die Terminreferentin des Staatssekretärs angerufen und einen Termin bestellt in persönlicher Angelegenheit. Der Staatssekretär wusste nicht weshalb, aber es ist möglich, in persönlichen Angelegenheiten mit dem Amtschef zu sprechen.

Diesen Termin hatte ich dann am Mittwochmorgen. In diesen zwei Tagen zwischen Montagmorgen und Mittwochmorgen hatte sich bei mir die Erkenntnis durchgesetzt, dass ich mit Herrn Schink nicht nur über das Mobbing sprechen wollte, sondern auch über andere Dinge wie MAPRO oder Vergaben, die mir sonst aufgefallen waren, KARO beispielsweise. Das ist ein Projekt - das hat sich dann später bestätigt -, zu dem es zehn Nachträge, Ergänzungsaufträge gab. Dinge, die ich in den jetzt fast zwei Jahren meiner Anwesenheit immer wieder mosaikartig gesehen und erfahren habe, habe ich dem Staatssekretär mitteilen wollen. Das habe ich auch getan.

Der Staatssekretär erwiderte: Wenn Dinge konkret seien, würde er auch handeln. Aber aufgrund eines Gesprächs könne er nichts machen. - Ich habe dann gesagt: Ich weiß noch nicht, aber ich schaue mal.

Es war für mich so ein Punkt erreicht, als ich einmal den Schritt gemacht habe, dass ich Angst davor hatte, was passiert, wenn Herr Friedrich wiederkommt. Ich wusste nicht, wie es mit MAPRO weitergeht und wie wir da rauskommen, wie ich das verhindern kann. Ich habe in den nächsten Wochen jedenfalls in den Akten nachgesehen.

Sie haben eben nach Auffälligkeiten gefragt. Zwischendurch habe ich mich immer wieder mal gefragt: Was ist das denn? - Aber das war alles zunächst noch nebulös. Als ich dann angefangen habe, in den Akten zu lesen, war zum Beispiel für mich erkennbar: Hier hat der Abteilungsleiter einer Mitarbeiterin, die nur befristet eingestellt war und die jetzt dieses KARO-Projekt - glaube ich - bewilligen sollte, draufgeschrieben: 1. Ein tolles - oder interessantes - Projekt. 2. Rücksprache nur mit mir, wenn Sie Fragen haben. - Wie gesagt, die Mitarbeiterin war befristet eingestellt. Das war für mich eine klare Anweisung, dass sie da nicht neutral prüfen konnte. Solche Dinge habe ich dann im Nachhinein gesehen.

Wie gesagt, ich habe dann das, was mir in den Akten so auffiel, zusammengefasst. Ich habe dann Herrn Schink jeweils schriftlich informiert. Ich habe ihn in der Zeit nicht gesprochen - jedenfalls die ersten Tage nicht. Dann, ungefähr nach zwei Wochen, hat mir Herr Schink gesagt - ich meine, dass es Herr Schink war. Ich wusste jedenfalls, dass es drei Juristinnen und Juristen gab, die sich mit dem, was ich aufgeschrieben hatte, beschäftigten, und die sollten bis zu dem Freitag, wo Herr Dr. Friedrich an dem Wochenende aus dem Urlaub zurückkam, meine Ausführungen

bewerten. An dem Donnerstag vorher - das war ein Feiertag - bin ich zu denen hingegangen und habe gefragt: Wie ist es denn?

Im Ergebnis habe ich mich dann hingesezt und das aufgeschrieben, was ich zu Beginn meiner Ausführungen gesagt habe, dass mir Herr Dr. Friedrich diese Fragen gegeben hat. Mir war klar, dass das für Herrn Friedrich die Kündigung bedeuten konnte, und mir war auch klar, dass das für mich Konsequenzen haben würde. Dennoch habe ich es getan.

Und Ihr Untersuchungsauftrag lautet ja, festzustellen, ob jemand auf Weisung oder in Abstimmung gehandelt hat. Ich kann nur sagen: All dies, was ich jetzt hier berichtet habe, habe ich weder in Abstimmung noch auf Weisung, sondern einzig und allein aus meiner Überzeugung heraus getan. - Vielleicht belasse ich es jetzt dabei. Dann können Sie noch fragen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Frau Delpino. Es ergibt sich eine Reihe von Fragen. Es ist zunächst vorgesehen, dass zunächst ich Ihnen einige Fragen und dann anschließend die Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionen weitere Fragen stellen.

Sie haben das Projekt MAPRO angesprochen. Damit möchte ich gerne beginnen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, gab es im Hause von Referatsleitern Bedenken, was die Vergabe von MAPRO anbelangt. Wie sind Sie mit diesen Bedenken konkret umgegangen?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe mit Herrn Friedrich darüber gesprochen, aber er wollte es haben und hat gesagt: Das mache ich jetzt. - Also, ich habe ja berichtet: Ich war im Vorfeld überhaupt nicht eingebunden. - Er hatte dann mit der RWTH Aachen und den Auftragnehmern Vorgespräche geführt, und als der Antrag reinkam, sollte der bewilligt werden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie Herrn Dr. Friedrich mal gesagt: „Da mache ich nicht mit“ oder irgendwas in die Richtung? Sie sagten, Sie hatten Bedenken.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe gesagt: Ich unterschreibe das nicht. - Das habe ich auch nicht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich darf Ihnen einmal ein Schriftstück zeigen: MUNLV 1, Blatt 19 ff. Kommen Sie bitte nach vorne, und schauen Sie sich das an.

(Die Zeugin nimmt mit ihrem Rechtsbeistand beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Das ist ein Schreiben, das verschiedene Anmerkungen zu einem Schreiben vom 27.03. und zu einem Schreiben an den Landesrechnungshof enthält. Ist Ihnen das Schreiben bekannt, Frau Delpino?

Zeugin Dorothea Delpino: Selbstverständlich ist mir das bekannt, weil ich es geschrieben habe. Das ist ja mein Schriftstück. Hintergrund war - ich deutete es eben schon an -, dass der Landesrechnungshof nachgefragt hatte und Herr Dr. Friedrich Stellung nehmen sollte zu dem, was der Rechnungshof vorgeworfen hatte. Das andere war auch ein Schreiben an das Haus, wo es um seine Nebentätigkeitsdinge ging.

Er hatte zwei Antwortentwürfe vorbereitet. Er hat mir die in mein Büro gebracht und gesagt: Frau Delpino, gucken Sie doch mal da drüber. Ich muss jetzt aber nach Berlin. Und wenn Sie Anmerkungen dazu haben, dann schicken Sie mir das per Mail.

Das ist jetzt meine Antwort an Herrn Friedrich. Ich habe zunächst immer eine Anmerkung gemacht, um ihm zu sagen: Das würde ich nicht tun. - Oder ich habe meine Bedenken geäußert. Ich habe ihm dann einen konkreten Textvorschlag unterbreitet. Das ist jetzt schwer zu verstehen. Von dem Entwurf von Herrn Friedrich - ich weiß nicht, ob ich ihm den im Umschlag zurückgeben musste - habe ich weder eine Kopie noch sonst irgendetwas angefertigt. Das ursprüngliche Schreiben hatte ich auch nicht, sondern nur das Antwortschreiben des Herrn Friedrich. Ich kannte aber um die Zusammenhänge. Beispielsweise hatte er keine Genehmigung für seine Nebentätigkeit, also die Lehrtätigkeit an der TH Aachen. Dann habe ich sinngemäß - Sie haben es da vorliegen - gesagt, dass er die beantragen soll. Was war Ihre Frage konkret?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Darauf komme ich jetzt zurück. Ich wollte Sie nur nicht unterbrechen, damit Sie zusammenhängend erzählen. - Also, in Ihrer Stellungnahme als Anmerkung zum Schreiben vom 27.03.2006 haben Sie unter anderem unter Ziffer 2 - das ist der zweite Absatz auf Blatt 19 der Akte - Folgendes ausgeführt:

In der Akte, die unter dem angegebenen Aktenzeichen in der Registratur steht, ist die damalige Stellungnahme von Herrn Spillecke abgeheftet. Auch ist ersichtlich, dass es eine weitere Akte in IV-7 gibt. (Dort wird vermutlich die damalige Stellungnahme von Herrn Odenkirchen und Herrn Kolf abgelegt sein.) Die Vermerke sind meines Erachtens in der Welt und nicht mehr wegzubekommen. Vor diesem Hintergrund halte ich den vierten Absatz auf Seite 3 für problematisch.

Was stand denn in den Schreiben?

Zeugin Dorothea Delpino: Der Rechnungshof hatte gesagt: Es gab Widerstand, und man hätte das Projekt nicht gegen die fachliche Meinung vergeben können. - So habe ich das in Erinnerung. Er hatte so eine Formulierung genommen, dass es keinen Widerstand gab. Er wollte den Landesrechnungshof an diesem Punkt belügen, so nach dem Motto: Da gab es keinen Widerstand.

Da habe ich dann noch mal in der Akte nachgeguckt und wollte ihn davor warnen, das so zu formulieren. Denn das war eine eindeutige Lüge, die man ihm auch hätte nachweisen können, wenn er das so formuliert. Denn die Vermerke waren nun einmal da. Ich habe ihm vorgeschlagen: Es gab eine Diskussion, und nach

Abschluss des Vorhabens war die Diskussion dann aber beendet. - Das stimmte ja, aber ich habe gesagt: Man kann auch mit der Wahrheit lügen. Meine Formulierung suggerierte, dass anschließend kein Widerstand mehr bestand, aber der war natürlich noch da. Aber ich fand das dann milder, als den Landesrechnungshof direkt zu belügen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie haben dann in Ihrer Stellungnahme auch etwas überschrieben mit Neufassung. Verstehe ich das so, dass das ein Formulierungsvorschlag Ihrerseits für Herrn Dr. Friedrich war?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, richtig.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut. Auf Blatt 20 unserer Akte steht im letzten Teil, Neufassung, vierter Absatz, Seite 3, folgende Ausführung von Ihnen - da geht es um das Projekt MAPRO -: Die in der Eingabe vom 07.12.2005 vorgetragene Kostenaspekte, wurden in meiner Abteilung vor Bewilligung des F+E-Projektes intensiv diskutiert, da zunächst auch einigen Referatsleitern die wissenschaftliche Begleitung als nicht erforderlich erschien. Nachdem die Fachdiskussion hierzu abgeschlossen war, wurde die wissenschaftliche Notwendigkeit nicht mehr infrage gestellt. Zusammenfassend stelle ich fest, dass das Vorhaben rechtlich einwandfrei vergeben wurde und die angezeigten Missstände jeder Grundlage entbehren.

Da taucht bei mir jetzt die Frage auf, dass Sie einerseits gesagt haben, Sie machen da nicht mit, Sie zeichnen da nicht mit, jetzt aber Herr Dr. Friedrich Formulierungsvorschläge machen, wie er - ich sage das mal salopp - aus der Nummer herauskommt. Können Sie diesen Widerspruch aufklären?

Zeugin Dorothea Delpino: Der Auftrag war vergeben. Das Projekt lief. Ich war zu dem Zeitpunkt immer noch so, dass ich versucht habe, Herrn Friedrich auch die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Ich sage mal - das habe ich auch eben schon bei der ARGE ausgeführt -: Wenn er Probleme hatte, dann kam er. Ich sah auch keine Möglichkeit. Ich sehe das jetzt nicht als Widerspruch an. Ich kann auch sagen: Das ist Unrecht, dass das Projekt in Auftrag gegeben wurde oder aus der Abwasserabgabe bezahlt wurde. Es ist die Frage, ob das richtig war, und gleichzeitig, wenn er mich darum bittet, jetzt über diesen Entwurf zu gucken. Es ist ja nicht von mir aus irgendwie gekommen, sondern er kam zu mir und hat gesagt: Kann ich das so schreiben? - Sollte ich dann sagen: „Ja, schreiben Sie es“? Die Frage war: Was für eine Alternative hatte ich, Herr Kutschaty?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Frage ist: Sie machen einen Formulierungsvorschlag für Herrn Dr. Friedrich, ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: . damit er ihn abschicken kann, und schreiben in diesen Formulierungsvorschlag - das ist jetzt nicht der Vorschlag von Herrn Dr. Friedrich, sondern von Ihnen -: Zusammenfassend stelle ich fest, dass das Vorhaben rechtlich einwandfrei vergeben wurde und die angezeigten Missstände jeder Grundlage entbehren. - Ist das denn zutreffend? Ich frage erst mal so: Ist diese Aussage zutreffend?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Kutschaty, dann müssten wir jetzt das Schreiben haben, das Herr Friedrich vorgelegt hatte. Ich habe einen Änderungsvorschlag gemacht. Dann müssten wir gucken, was Herr Friedrich geschrieben hat, was ich da geändert habe. Sie können nicht sagen, dass ich das so geschrieben habe.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, das haben Sie gerade selbst gesagt, dass Sie diesen Vermerk geschrieben haben. Ich habe ihn Ihnen ja gezeigt. Sie können sich den Vermerk gerne noch mal anschauen.

(Die Zeugin nimmt beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Ich frage noch mal: Der Vermerk ist von Ihnen? Und dieser Satz „Zusammenfassend stelle ich fest, dass das Vorhaben rechtlich einwandfrei vergeben wurde und die angezeigten Missstände jeder Grundlage entbehren“ stammt also aus Ihrer Feder?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich kann nur noch mal sagen: Wir müssten jetzt das Schreiben haben, das Herr Friedrich mir vorgelegt hat. Das habe ich aber nicht. Vielleicht hat er da geschrieben ... Ich habe da nur zusammenfassend hingeschrieben. Ich habe da doch nichts Eigenes ergänzt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, aber ich frage noch einmal nach: Sie sind in einer nicht unerheblichen Position im Ministerium und geben eine Bewertung ab, einen Formulierungsvorschlag für Ihren Abteilungsleiter. Ich gehe mal davon aus, dass Sie dieses Schreiben, das Sie jetzt ansprechen und von uns hier anmahnen . Ich kann Ihnen das jetzt im Augenblick nicht vorlegen, ich kenne das nicht.

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, Sie können es ja auch nicht haben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Habe ich auch nicht. Aber Sie müssen, wenn Sie eine solche Stellungnahme abgeben, eine Formulierung für Herrn Dr. Friedrich, das doch damals gekannt haben. Sie müssen doch prüfen, wenn Sie so was empfehlen.

Zeugin Dorothea Delpino: Entschuldigung! Herr Dr. Friedrich hatte einen Antwortentwurf geschrieben - der war fertig - und hat mich gebeten, dazu vielleicht noch Änderungsvorschläge zu unterbreiten, Formulierungsvorschläge. Ich habe das nicht bewertet, sondern ich habe wahrscheinlich in der Formulierung was umgestellt. Ich habe das nicht ergänzt. Das ist sicherlich auch Wortlaut Friedrich.

Leider gibt es keine Grundlage, mit der wir jetzt prüfen könnten, was aus meiner Feder ist und was redaktionell umgestellt worden ist. Ich habe ja auch - ich sage mal - vielleicht nur Grammatik oder Formulierung geändert. Ich habe ihm das nicht inhaltlich in die Feder geschrieben. Das hat er schon selbst gemacht. Das können wir aber leider, wie gesagt . Die Stellungnahme, die hat Herr Dr. Friedrich. Die ist auch nirgendwo in den Akten. Die ist dann ja vernichtet worden. Was er geschrieben hat, Herr Kutschaty, selbst das wusste ich nicht. Ich wusste ja nicht, was er übernimmt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Frau Delpino, es geht mir nicht darum, was Herr Dr. Friedrich geschrieben hat, sondern es geht mir um Ihren Formulierungsvorschlag, den Sie Herrn Dr. Friedrich vorgelegt haben. Den habe ich gerade mindestens schon zweimal .

(Die Zeugin bespricht sich mit ihrem Rechtsbeistand.)

Zeugin Dorothea Delpino: Ja. Es ist kein Formulierungsvorschlag. Es war ein Abänderungsvorschlag. Und wir wissen nicht, was geändert wurde.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Okay, da steht Neufassung, und dann ist möglicherweise was von Ihnen geändert worden. Gut.

Zeugin Dorothea Delpino: Aber ich kann, wie gesagt, auch vielleicht nur die Satzstellung geändert haben, Herr Kutschaty.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Aber wenn Sie doch der Auffassung waren, das Projekt war nicht in Ordnung, und Sie selbst vorhin mal gesagt haben, da zeichne ich nicht mit, warum haben Sie dann trotzdem gegenüber Herrn Dr. Friedrich so reagiert und ihm auch noch Formulierungshilfen bei einzelnen Satzumstellungen gegeben und nicht einfach gesagt: „Mache ich nicht mit“?

Zeugin Dorothea Delpino: Wie, jetzt zu sagen, ich mache nicht mit und mache keinen Änderungsvorschlag, oder wie? Wo sollte ich nicht mitmachen? Was hätte ich nicht machen können?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie haben doch gerade gesagt, Sie haben selbst erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Projektes gehabt. Und dann merken Sie, wie Herr Dr. Friedrich nach Ihrer Einschätzung versucht, eine entsprechende Stellungnahme zu formulieren. Er legt Ihnen die Stellungnahme vor.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Und Sie geben ihm noch Hilfestellung und Vorschläge, wie man diese Formulierungen als Antwortschreiben optimieren kann, wenn ich das mal so formulieren darf.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich sage mal: Wer Herrn Dr. Friedrich kennt. Man muss dem jetzt nicht helfen. Der weiß schon, was er schreiben will.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, aber warum haben Sie es dann gerade noch gemacht?

Zeugin Dorothea Delpino: Formulierungsvorschläge, Änderungsvorschläge, weil er mich darum gebeten hat. Was hätte ich denn machen können? Hätte ich sagen sollen: „Schreiben Sie doch Ihre Briefe alleine“?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es gibt doch auch die Regelung, dass Sie als Mitarbeiterin. Ich schätze mal, Sie sind Beamtin. Ist das zutreffend?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie können doch nicht gezwungen werden, in Ihrer Beamtentätigkeit rechtswidrige Sachen zu machen. Wenn Sie zu dem Ergebnis kommen, das war rechtlich alles gar nicht okay, und dann mitwirken, das verstehe ich noch nicht. Klären Sie uns da noch mal auf.

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Kutschaty, das war ein Interna. Wollen Sie mir jetzt vorwerfen, dass ich mich nicht geoutet habe? Mir?!

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich mache Ihnen überhaupt keine Vorwürfe. Ich habe nur ein Schriftstück.

Zeugin Dorothea Delpino: Den Zeitpunkt ... Nach dem Motto ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Frau Delpino, hören Sie mal zu! Ich mache Ihnen keine Vorwürfe. Ich habe nur ein Schriftstück in den Unterlagen gefunden, das Anlass zu einer Frage gibt. - Bitte sehr.

Zeugin Dorothea Delpino: Das waren doch Interna. Das war im Innenverhältnis zwischen mir und Herrn Dr. Friedrich. Das wäre ja nie nach draußen gegangen. Insofern war das nichts Rechtswidriges. Ich habe mir da nichts vorzuwerfen. In dem Moment, wo es möglich war zu remonstrieren, Herr Kutschaty, habe ich remonstriert. Sie können sicher sein, dass ich in den zwei Jahren, in denen ich bei Herrn Dr. Friedrich in der stellvertretenden Abteilungsleitung war, ihm immer gesagt habe, was ich davon halte, was ich davon denke. Aber ich hatte keine Möglichkeit, das zu verhindern. Das Ding war ja unterschrieben, der Auftrag.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wissen Sie denn, was dann an Stellungnahme von Herrn Dr. Friedrich herausgegangen ist? Haben Sie die Endfassung auch noch mal gesehen?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, hat er mir nicht gezeigt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ist Ihnen die Stellungnahme irgendwann im Laufe des Verfahrens noch mal vorgekommen?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, sicherlich.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: In welchem Zusammenhang und wann?

Zeugin Dorothea Delpino: Jetzt in dem Verfahren.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, wie haben Sie die Stellungnahme gelesen oder gesehen?

Zeugin Dorothea Delpino: Ach, das konnten Sie aber in der Zeitung lesen, dass ich Akteneinsicht hatte - bis Seite 4.900, glaube ich.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Eine Anmerkung: Wir lesen zwar die Zeitung, aber unsere Informationsquellen sind die Akten, die wir haben, und die Zeugenaussagen.

Zeugin Dorothea Delpino: Dann können Sie ja konkret fragen. Das ergibt sich aus der Akte, und ich hatte Akteneinsicht über meinen damaligen Anwalt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wissen Sie denn, was da noch geändert wurde? Sind Ihre Formulierungsvorschläge aufgenommen worden oder nicht?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich meine, nein, ich glaube, er hat sie übernommen, aber ich bin mir nicht ganz sicher. Das habe ich nicht überprüft. Ich habe nicht meinen Entwurf daneben gelegt, Herr Kutschaty, um irgendwie zu sagen: Das hat er jetzt übernommen. Die Frage hat sich mir nicht gestellt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann komme ich zu einem anderen Thema. Sie sprachen vorhin an, dass Sie ein Gespräch mit dem Herrn Staatssekretär hatten. Wann war das? Können Sie das vom Datum her noch näher eingrenzen?

Zeugin Dorothea Delpino: Wann war das? Herr Friedrich war weg, war in Urlaub. Am 29., glaube ich, habe ich die Mail gekriegt, die entsprechende, die ich eben . Ja, dann war das der 31. Mai gegen 8 Uhr, 10 nach 8 bis halb 9.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sagen Sie uns noch das Jahr?

Zeugin Dorothea Delpino: 2006.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie lange dauerte das Gespräch ungefähr?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, 8:10 Uhr bis 8:30 Uhr. Herr Staatssekretär hatte anschließend einen Termin, und ich hatte, wie gesagt, den Termin nur mit persönlichen Dingen beantragt. Er hat dann gesagt: Wir können das Gespräch gerne fortsetzen. - Das war einen Tag später. Da hat er - ich weiß nicht, ob Plenum oder was war - gemeint, ob ich kurz zum Landtag kommen könnte. Dann könnten wir das Gespräch fortsetzen. Das hat dann am 1. Juni stattgefunden. Die Uhrzeit weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: War das 1. Juni? Ich habe .

Zeugin Dorothea Delpino: 1. Juni, ja. Am Tag nach dem 31. Mai hat das Gespräch hier im Landtag stattgefunden. Herr Schink hatte gesagt, er meldet sich, und ich bin dann hierher gefahren. Da haben wir hier draußen Kaffee getrunken.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was ist jetzt bei dem zweiten Gespräch besprochen worden?

Zeugin Dorothea Delpino: Das war die Fortsetzung. Sie können sich ja vorstellen - die Erläuterungen, die ich eben beispielsweise zu MAPRO gesagt habe, dauern ein bisschen -, dass man nicht in 20 Minuten besprechen kann, was mir aufgefallen war. Es ging ja auch um das Mobbing von Frau Friedrich und die Auffälligkeiten.

(Zuruf: Nicht Frau Friedrich!)

Frau Frotscher-Hoof, Entschuldigung. Mobbing von Frau Frotscher-Hoof.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie war die Reaktion des Herrn Staatssekretärs darauf?

Zeugin Dorothea Delpino: Habe ich doch eben auch schon gesagt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich frage Sie trotzdem noch mal, weil Sie im Eingang nur von einem ersten Gespräch gesprochen haben, danach gab es kein weiteres. Jetzt höre ich, es gab ein Fortsetzungsgespräch.

Zeugin Dorothea Delpino: Doch, das war die Fortsetzung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist neu. Das haben Sie beim ersten Mal nicht gesagt, dass es eine Fortsetzung gab.

Zeugin Dorothea Delpino: Entschuldigung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Deswegen frage ich jetzt nach - Ihre Fortsetzung - der Reaktion des Herrn Staatssekretärs im zweiten Fortsetzungstermin.

Zeugin Dorothea Delpino: Beim zweiten Termin hat er dann gesagt - nicht beim ersten, sondern beim zweiten, ich korrigiere das dann von eben ... Das war eben erst am Ende meiner Ausführungen, als er dieses gesagt hat.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche weiteren Kontakte hatten Sie dann noch zu Herrn Staatssekretär im Zusammenhang mit den Vorgängen um Herrn Dr. Friedrich?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich bin am Überlegen. Wir haben ... Ich bin nicht sicher, ob wir überhaupt noch mal unter vier Augen gesprochen haben. Weiß ich nicht mehr, glaube ich aber nicht. Die Kontakte waren dann auch immer in meiner Funktion als stellvertretende Abteilungsleitung, dass man irgendeine fachliche Sache hatte.

Er hat dann, das war dann . Ja, doch, wir hatten irgendeinen Fachtermin, und dann hat er, glaube ich, gesagt: Bleiben Sie noch mal da. - Das muss auch gewesen sein, als ich davon gehört habe, dass er diese drei Juristen beschäftigt hat. Das war vielleicht um den 15. Juni herum, so etwa 14 Tage nach dem Gespräch. Da war natürlich klar, dass ich mit erheblichen Repressalien rechnen musste, wenn Herr Friedrich zurückkommt. Herr Dr. Schink hat in dem Gespräch angedeutet, dass er auf jeden Fall eine Lösung für mich findet. Ich glaube, da habe ich angesprochen, dass ich Angst habe, wenn der zurückkommt. Er hatte dann so die Überlegung, man könnte das organisatorisch irgendwie lösen: dass er die Wasserwirtschaft aus der Abteilung herauslöst. Er hat das auch so eingeschätzt, dass er . Also, er musste mich schützen, auf gut Deutsch. Das ging gar nicht anders. Wenn Herr Friedrich davon erfahren hätte: Ich hätte nicht mehr in der Abteilung bleiben können.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es auch Überlegungen, ein Strafverfahren gegen Herrn Dr. Friedrich einzuleiten?

Zeugin Dorothea Delpino: Sind mir nicht bekannt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Von Ihnen gab es keine Überlegungen oder Gespräche dazu?

Zeugin Dorothea Delpino: Strafverfahren? Kann ich mich nicht erinnern. Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich möchte Ihnen gern mal ein Schreiben vorlegen, MUNLV 1, Blatt 54.

(Die Zeugin nimmt beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Kennen Sie dieses Schriftstück? Das ist ein Schreiben, das beginnt mit: Sehr geehrter Herr Dr. Schink, Düsseldorf, den 15.06.2006. - Unterzeichnet mit Ihrem Namen. Ist das von Ihnen?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Daraus möchte ich einen Satz vorlesen, und zwar gleich den ersten Satz - wie gesagt, ein Schreiben von Ihnen, Frau Delpino, an Herrn Staatssekretär Dr. Schink -: Nach Auskunft von Herrn Dr. Günther heute Nachmittag scheint ein strafrechtliches Verfahren gegen Herrn F. momentan nicht eingeleitet werden zu können. Er sammelt mit Frau Wender und Frau Meyer-Mönnich allgemeine Verfehlungen. Eine abschließende Bewertung konnte er mir nicht mitteilen.

Daher jetzt noch einmal meine Frage: Gab es Überlegungen, gegen Herrn Dr. Friedrich auch ein Strafverfahren einzuleiten?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe das da so geschrieben. Dann gab es die bei mir vielleicht, weil ich gedacht habe, das ist ja vielleicht Untreue, was er da mit dem MAPRO gemacht hat. Aber es war nicht so, dass . Also, ich kann mich nicht erinnern, dass jemand anders das . dass wir darüber gesprochen hätten oder so. Weiß ich nicht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Frage: Gab es Überlegungen bei Ihnen oder in Gesprächen mit anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, ob ein Strafverfahren eingeleitet werden soll?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich persönlich habe überlegt - aber ich bin auch keine Juristin -, ob da Untreue oder was, ob das im Strafgesetzbuch ist. Aber ich habe da nichts eingeleitet oder irgendwas diskutiert.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Aber haben Sie mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Hause darüber gesprochen, ob so was eingeleitet werden könnte?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein. Meine Frage war, ob Sie mit Kolleginnen und Kollegen darüber gesprochen haben, ob ein Strafverfahren einzuleiten wäre, eingeleitet werden kann?

(Die Zeugin bespricht sich mit Ihrem Rechtsbeistand.)

Zeugin Dorothea Delpino: Also, dass man darüber diskutiert hat, ob diese Dinge strafbar sind, schließe ich nicht aus.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wer hat wie mit wem diskutiert? Was wissen Sie darüber?

Zeugin Dorothea Delpino: Weiß ich nicht. Ich habe vielleicht mit Frau Dr. Frotscher-Hoof darüber gesprochen, mit meiner Mitarbeiterin.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie sonst mit weiteren Personen darüber gesprochen, ob ein Strafverfahren gegen Herrn Dr. Günther einzuleiten sei oder eingeleitet werden kann?

Zeugin Dorothea Delpino: Dr. Friedrich.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Entschuldigung! Dr. Friedrich.

(Die Zeugin bespricht sich mit Ihrem Rechtsbeistand.)

Zeugin Dorothea Delpino: Wir haben darüber diskutiert, ob es strafbar ist, aber nicht, ob ein Strafverfahren eingeleitet werden soll/muss. Kann ich mich nicht erinnern. Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie besprechen sich hier mit Ihrem Rechtsbeistand. Der Rechtsbeistand ist dazu da, Ihnen nicht die Antworten als solche vorzugeben, sondern beantworten zu können, ob Fragen zulässig sind oder nicht. Also zu Verfahrensfragen können Sie Beratung heranziehen, nicht zu inhaltlichen Aussagen.

Rechtsanwalt Norbert Hack: Das ist nicht richtig, Herr Kutschaty, was Sie da sagen. Der Rechtsbeistand ist sehr wohl dazu da, auch materiell zu beraten.
(akustisch unverständlich)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie können gerne unterbrechen. Ja, ich sage ja, materiell können Sie sich beraten, aber nicht die Aussagen vorformulieren.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich kann das ja nicht hören. Ich kann ja nur erahnen, was möglicherweise ist. Deswegen möchte ich Sie bitten, das auch sauber zu trennen. Die Aussagen müssen aus Ihrer Erinnerung kommen, Sie können sich natürlich jederzeit zwischendurch mit Ihrem Rechtsbeistand beraten, aber aus Ihrer Erinnerung.

Ich muss jetzt doch noch mal nachfragen: Gab es denn außer mit Frau Frotscher-Hoof noch mit anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gespräche und Überlegungen, ob ein Strafverfahren gegen Herrn Dr. Friedrich einzuleiten ist?

Zeugin Dorothea Delpino: Kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut. Ist mit Herrn Dr. Günther darüber gesprochen worden?

Zeugin Dorothea Delpino: Auch da kann ich mich nicht erinnern. Ich habe vielleicht gefragt, ob es strafbar ist.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich lese Ihnen das noch mal vor. Blatt 54, MUNLV 1: Nach Auskunft von Herrn Dr. Günther heute Nachmittag scheint ein strafrechtliches Verfahren gegen Herrn F. momentan nicht eingeleitet werden zu können.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, vielleicht habe ich das gefragt. Ich habe Ihnen ja eben gesagt, ich bin da runtergegangen, habe gefragt: Wie bewerten Sie das? Auf diese Frage mag Herr Dr. Günther geantwortet haben: Ein strafrechtliches Verfahren kann er davon im Moment nicht ableiten. - Da fehlten sicher noch andere Sachen. Sie müssen auch so sehen: Ich habe die Akten gelesen und habe da was aufgeschrieben. Sicherlich habe ich da gefragt: Wie bewerten Sie das? - Dann mag Herr Dr. Günther mir diese Antwort gegeben haben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie denn erwartet, dass es zu einem strafrechtlichen Verfahren kommt?

Zeugin Dorothea Delpino: Ach, Unsinn. Mir war klar, dass es ein Kündigungsverfahren geben könnte. Es ging mir darum, dass Herr Dr. Friedrich damit aufhören sollte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das Zitat, das ich gerade gebracht habe, hat auch noch einen zweiten Satz. Den habe ich gerade schon mal vorgelesen. Ich wiederhole ihn noch mal: Er - damit ist wohl Herr Dr. Günther gemeint - sammelt mit Frau Wender und Frau Meyer-Mönnich allgemeine Verfehlungen. - Was ist denn mit „sammeln“ gemeint?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, das habe ich so geschrieben. Wenn man anfängt mit Nebentätigkeit oder was auch immer da an kleinen Dingen . Das sind dann Verfehlungen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Zu welchem Zweck sollte denn gesammelt werden?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein. Das weiß ich nicht. Da müssten Sie die Herrschaften fragen. Ich kann nur sagen: Ich habe mich erklärt und bin dann hingegangen. Natürlich ging es mir darum - auch aus Angst, dass Herr Friedrich nicht wieder zurückkommt und mich fertig macht; ich habe ja gesehen, wie die Leute fertig gemacht wurden -, dass ein Kündigungsverfahren durchgeführt werden könnte. Wenn das Haus dann noch alles Mögliche sammelt, um die Kündigung zu begründen, dann geht es nicht um Strafverfahren. Es ging um ein arbeitsrechtliches Verfahren.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe aus dem Gespräch mit Herrn Staatssekretär: Haben Sie Herrn Staatssekretär Ihre Punkte vorgebracht und Herr Staatssekretär sagte, da bräuchte er .

Zeugin Dorothea Delpino: Sinngemäß.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, ich kann das alles nur sinngemäß wiedergeben. Sagte Herr Staatssekretär, er bräuchte noch mehrere Informationen? War das so richtig? Sonst korrigieren Sie mich bitte sofort.

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Kutschaty, man kann ja . Ich war jetzt acht Jahre Amtsleiterin. Wenn jemand kommt und sagt, der und der hat das und das, da können Sie doch nichts machen. Was wollen Sie denn da machen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, die Frage war: Was war der Wunsch von Herrn Staatssekretär .

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, nein. Mir ging es darum: Wenn sich - ich sage mal - jemand outet, dann muss es auch einen gewissen Schutz geben. Mir ging es darum, zu erfahren: Wenn ich Dinge vortrage, wird überhaupt gehandelt? Vielleicht nur als Beispiel - ich bin ja kein Neuling in der Verwaltung -: Als Amtsleiterin war zum Beispiel mal die Bezirksregierung zuständig für die Kündigung. Da können Sie als Amtsleiterin Verfehlungen noch und nöcher schreiben - wenn die Bezirksregierung nicht kündigt, wird nicht gekündigt. Aus dieser Erfahrung ging es mir darum: Wenn es denn was gibt, ist dann die Hausspitze überhaupt bereit zu handeln? Sie müssen wissen, Herr Dr. Friedrich war da zunächst sehr angesehen.

Ich wunderte mich ja selbst, dass er erzählte, er hat ein gutes Verhältnis mit Herrn Uhlenberg.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hat sich denn die Hausspitze bereit erklärt zu handeln?

Zeugin Dorothea Delpino: Das habe ich bereits ausgesagt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Würden Sie mir die Frage bitte noch mal beantworten?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Dr. Schink gab zu verstehen: Wenn es konkrete Handlungen gäbe, dass er denen nachgeht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sehen Sie da einen Zusammenhang mit dem Begriff „sammeln“?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe doch damit nichts zu tun. Was soll denn jetzt diese Sammelei? Entschuldigung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich frage ja nur. Es ist ja ein Schreiben von Ihnen. Da taucht das Wort „sammeln“ auf. Den Begriff habe ich ja nicht geprägt. Das Wort „sammeln“ haben Sie in einer Mitteilung an Herrn Staatssekretär formuliert.

Zeugin Dorothea Delpino: Es mag sein, dass ich das wiedergegeben habe. Es mag auch sein, dass ich diesen Vorgang, dass da in der Besprechung jemand gesagt hat, wir haben noch andere Dinge, dass ich das als „sammeln“ bezeichnet habe.

(Zuruf: In Anführungszeichen ist das gesetzt! - Zuruf: Ja, eben!)

- Vielen Dank, ich hatte das jetzt übersehen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, es ist zutreffend, es ist in Anführungszeichen gesetzt, was die Sache möglicherweise ja noch betont.

(Zuruf)

Ich frage: War das eine besondere Betonung - das war meine Frage -, dass Sie das in Anführungszeichen gesetzt haben?

Zeugin Dorothea Delpino: Lesen Sie mal das Datum! Ich habe heute nicht mehr präsent, in welchem Gefühl und warum ich da Anführungszeichen geschrieben habe - aber sicherlich nicht, weil in der Tat gesammelt wurde. Dann hätte ich nämlich keine Anführungszeichen gemacht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut, dann möchte ich an dieser Stelle meine Fragen vorläufig abbrechen und gebe jetzt den Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen Gelegenheit, an Sie weitere Fragen zu stellen. Eventuell komme ich auch noch einmal mit Fragen auf Sie zurück.

Frau Delpino, wenn Sie zwischendurch mal eine Pause brauchen, dann sagen Sie uns das bitte.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, das wäre jetzt, glaube ich, ein günstiger Zeitpunkt, weil ich immer noch rauche. Dann könnte ich jetzt meinen Nikotinspiegel - und, wie ich sehe, auch andere Herren hier im Raum ... Der sinkt so, dass wir vielleicht eine kurze Raucherpause einlegen sollten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sind fünf Minuten in Ordnung?

Zeugin Dorothea Delpino: Wenn die Möglichkeit des Rauchens in näherer Umgebung besteht und wir nicht erst bis nach draußen müssen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Da fragen Sie jetzt einen Nichtraucher. Aber folgen Sie mal Herrn Gatter, der kennt die Raucherecken. Wir machen um 11:35 Uhr weiter. Ist das in Ordnung?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Danke.

(Unterbrechung von 11:30 Uhr bis 11:35 Uhr)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Beweisaufnahme fort.

Frau Delpino, wir machen weiter. Ich darf Sie noch einmal an Ihre Pflichten und Rechte einer Zeugin erinnern. Das ist Ihnen noch erinnerlich, davon gehe ich aus. Die Belehrung - brauche ich nicht noch mal zu wiederholen - gilt natürlich auch nach einer Unterbrechung weiter.

Die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen haben nunmehr Gelegenheit, an Sie weitere Fragen zu stellen. Ich bitte um entsprechende Wortmeldungen. Das Erstbefragungsrecht bei Frau Delpino - darauf haben sich die Fraktionen verständigt liegt aufseiten von SPD und Grünen. - Herr Kollege Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Delpino, ich würde gerne anknüpfen an das, was der Vorsitzende gefragt hat und JM Band 1, Seite 144 - es handelt sich da, glaube ich, um Ihre Zeugenaussage - zitieren. Da sagen Sie in einem Satz: Ich gehe davon aus, dass

Herr Friedrich auch eine Zusage gemacht hat, eine bestimmte Summe an F+E-Vorhaben der RWTH Aachen zukommen zu lassen. Können Sie das belegen?

(Die Zeugin bespricht sich mit ihrem Rechtsbeistand.)

Zeugin Dorothea Delpino: Das war im Zusammenhang mit der Benennung des Prof. Pinnekamp als Leiter des Lehrstuhls für Siedlungswasserwirtschaft. Da hatte Herr Friedrich in einem Nebensatz mal gesagt, er hat ja dafür gesorgt, dass der dort Professor wird. - Ich konnte mir das gar nicht vorstellen und habe dann irgendwann später auch mal Herrn Düwel gefragt, wie das denn gehen könne. Da meinte Herr Düwel, dass es damals wohl einen Brief von Herrn Dr. Friedrich an das Wissenschaftsministerium gab in der Form, dass das ein bedeutender Lehrstuhl für Nordrhein-Westfalen sei und dass der jetzt nicht wegen Stellenproblemen - also wegen kw-Vermerken oder was auch immer sollte der Lehrstuhl ein Jahr unbesetzt bleiben -, dass also Herr Dr. Friedrich sich dafür starkgemacht hat, dass dieser Lehrstuhl sofort besetzt wurde. Das führte dann dazu, dass Herr Pinnekamp, der ansonsten nach meiner Kenntnis nach München gegangen wäre, in Aachen geblieben ist. In dem Zusammenhang meine ich mich zu erinnern, dass auch darüber geredet wurde, dass eine gewisse Menge an F+E-Vorhaben dann auch durch die RWTH Aachen bearbeitet wurde.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Vielleicht können Sie uns mal sagen, wer darüber geredet hat?

(Zuruf: Das ist eine falsche Quellenangabe, Johannes, Kollege Rimmel! Sie meinen 137 und nicht 114! Das ist auch nicht die Aussage der Zeugin, sondern das ist ein zusammenfassender Bericht der Vergabestelle!)

- JM Band 1, 114.

Zeugin Dorothea Delpino: Er hat eben 144 gesagt, nicht?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir stellen das jetzt noch mal klar. Der Vorhalt kam aus dem Ordner JM 1, Seite 114.

.(Zuruf: Okay!)

Frau Delpino, Entschuldigung.

Zeugin Dorothea Delpino: Kann ich das mal sehen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie können sich das gerne anschauen. Bitte.

(Die Zeugin nimmt beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Für alle: Es handelt sich um das Protokoll einer Zeugenvernehmung von Frau Delpino.

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Remmel, können Sie vielleicht noch die Frage vorlesen, auf die ich bei der Vernehmung geantwortet habe?

Johannes Remmel (GRÜNE): Das kann ich. Die Frage lautet: Es ist auffällig, dass gerade die RWTH Aachen und die Uni Bochum immer wieder mit Projekten betraut wurden. Wie erklärt sich dieser Umstand? - Und dann antworten Sie: Ich gehe davon aus, dass Herr Friedrich auch eine Zusage gemacht hat, eine bestimmte Summe an F+E-Vorhaben der RWTH Aachen zukommen zu lassen. - Und Sie haben dann eben erzählt - was hier in der Zeugenaussage nicht auftaucht -, dass es irgendwas mit einer Professurbestellung in Aachen zu tun hätte.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, das hatte ich jetzt gedacht, das sei in dem Zusammenhang . Wenn Sie mir die Frage direkt vorgelesen hätten .

Rechtsanwalt Norbert Hack: Das taucht aber in der Vernehmung an anderer Stelle auf.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Rechtsanwalt Norbert Hack: Das ist thematisiert.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Fragen stellt Herr Remmel, und die Antworten gibt die Zeugin.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich wollte gerne ganz konkret wissen, aus welchem Gespräch oder vor welchem Hintergrund . Wo haben Sie das sozusagen aufgeschnappt? Hatten Sie es selber gehört? Hat Ihnen das jemand zugetragen? Wer hat es Ihnen zugetragen?

Zeugin Dorothea Delpino: Kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich habe eben in meinen Ausführungen gesagt, dass ich darüber verwundert war. Ob ich darüber mit Herrn Düwel gesprochen habe, weiß ich nicht mehr.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie können sich also nicht erinnern, wo diese Aussage herkommt?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich gehe davon aus, ja. Ich bin damals davon ausgegangen, dass es dann in dem Zusammenhang auch eine Zusage oder . Wenn man so viele Projekte nach Aachen gibt ohne Ausschreibung . Man hätte ja auch mal eine andere Uni nehmen können, aber es war ja immer Aachen. Deswegen bin ich davon ausgegangen. Mehr nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist ja ein schwerer Vorwurf, oder?

Zeugin Dorothea Delpino: Ist kein Vorwurf, nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Kein Vorwurf?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich bin davon ausgegangen. Ich habe das nicht vorgeworfen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie bringen hier in Sinnzusammenhang - ich lese den Satz davor noch mal -: Ich sagte bereits, dass Herr Friedrich mir gegenüber äußerte, dass Uniprofessor Pinnekamp von der RWTH Aachen es ihm zu verdanken habe, dass er diesen Lehrstuhl bekommen habe.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Im nächsten Satz sagen Sie, dass es da eine Zusage . dass Sie davon ausgehen, dass es eine Zusage gibt, bestimmte Summen zu vergeben. Das ist doch eindeutig die Verdächtigung der Korruption.

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, das ist keine Verdächtigung. Es gab viele Projekte. Das können Sie auch nachlesen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel, wir achten bitte darauf, dass wir keine Suggestivfragen stellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben hier in diesem Vorhalt in der Zeugenaussage keine Korruptionsvorwürfe gemacht?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein.

Rechtsanwalt Norbert Hack: Die Frage ist unzulässig. Es steht doch da, was sie gesagt hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Die Frage geht dann weiter. Ich zitiere weiter: Was erhielt Herr Dr. Friedrich als Gegenleistung für die Projektvergaben? - Sie antworten:

Ich weiß, dass er seine Professur anstrebte und auch die Möglichkeit erhielt, Vorlesungen zu halten. - Wie würden Sie das einordnen?

Zeugin Dorothea Delpino: Fakten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein. Hier wird nach Gegenleistung für Projektvergaben gefragt. Sie gehen also davon aus, dass als Gegenleistung für die Projektvergaben Herr Friedrich die Professur bekommt?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein. Das habe ich da nicht gesagt.

Rechtsanwalt Norbert Hack: Diese Verknüpfung ist unzulässig. Es ist in der Literatur anerkannt, dass Inaussichtnahme von solchen Posten bestimmte Wertungen hat.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel, es tut mir leid. Stellen Sie mal offene Fragen, dann kommen Sie auch zu einer Antwort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage noch mal ganz konkret, indem ich hier zitiere. Die Frage in der Vernehmung lautete: Was erhielt Herr Dr. Friedrich als Gegenleistung für die Projektvergaben? - Ihre Antwort ist - ich zitiere -: Ich weiß, dass er seine Professur anstrebte und auch die Möglichkeit erhielt, Vorlesungen zu halten. - Wie kommen Sie zu dieser Antwort direkt im ersten Satz?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich bin vernommen worden. Und man wird vernommen: Die Leute stellen Fragen, man antwortet, und dann sitzt da jemand, der das zusammenfügt zu einem Protokoll, einem Vernehmungsprotokoll. Dann kommt das bei rum. Ich habe die Fakten aufgezählt, was ich wusste. Ich habe ansonsten nichts ausgesagt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber das Vernehmungsprotokoll haben Sie unterschrieben?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, es stimmt ja auch. Ich habe die Fakten genannt. Es ist richtig, dass Herr Friedrich eine Professur anstrebte und Vorlesungen gehalten hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie kommt es denn dann zu der Verknüpfung?

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein. Aber wie kommt es denn dann bei Ihnen zu der Verknüpfung zwischen dem Wort „Gegenleistung“ und der Aussage, dass Herr Friedrich eine Professur anstrebte?

(Die Zeugin bespricht sich mit ihrem Rechtsbeistand.)

Zeugin Dorothea Delpino: Es könnte eine sein, aber ich habe nicht gesagt, dass es eine ist. Es ist nicht auszuschließen, dass es eine Gegenleistung war.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut, ich würde gerne noch mal auf Ihre Aussagen eben zurückkommen. Sie haben bezogen auf bestimmte Projektvergaben ausgeführt, dass Sie immer schon Bedenken geäußert hätten. Sind die Bedenken - die Akten haben Sie eben dargestellt, die Ermittlungsakten - von Ihnen irgendwo schon einmal verschriftlicht worden - im Laufe der Zeit?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich kenne die Akten nicht auswendig, und ich habe auch jetzt in der Vorbereitung für den heutigen Termin mir nicht den Freck (phonetisch) angetan und noch mal alles durchgeguckt. Ich meine, mich zu erinnern, dass es Akten gibt, insbesondere dann auch bei dem MAPRO-Projekt, wo ich ganz dezidiert in der Besprechung Anfang Mai - vielleicht gucken wir da mal herein -, 5. Mai, gesagt habe, was alles nicht in Ordnung ist.

Die anderen Dinge habe ich Herrn Friedrich gesagt, auch im Beisein von Herrn Düwel, denke ich mal. Das ist nicht aktenkundig. Man schreibt auch keine Akten. Das ist lebensfremd, zu denken, dass man über jede Unterhaltung, die man mit dem Vorgesetzten führt, einen Aktenvermerk schreibt.

Wissen Sie, wie viel Arbeit ich zu der Zeit hatte? Eine 60-Stunden-Woche war die Regel. Ich bin da regelmäßig am Wochenende gewesen. Ich begann meinen Arbeitstag um 9, und vor 19 Uhr bin ich da nie rausgekommen. Da habe ich keine Zeit gehabt, auch noch irgendwelche Aktenvermerke zu schreiben, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber Sie haben eben dargestellt, dass Sie diese Vorgänge um die Vergaben sehr beschwert habe. Sie sind ja Beamtin. Für eine Beamtin gibt es die Möglichkeit der Remonstration.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich jedenfalls kann aus der bisherigen Aktenlage keine solche Remonstration feststellen.

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Deswegen frage ich Sie, vielleicht habe ich ja was überlesen, oder vielleicht können Sie sich an irgendwas anderes erinnern, ob Sie in

dieser Zeit in irgendeiner Weise das, was Ihnen als Beamtin zusteht, zu remonstrieren, ob Sie das getan haben.

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Remmel, dieser Ausschuss wäre nicht hier, wenn ich nicht remonstriert hätte! Was werfen Sie mir vor?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich habe da jetzt überhaupt keinen ... Frau Delpino, da war jetzt kein Vorwurf. Es macht Ihnen ja keiner einen Vorwurf. ~"

Zeugin Dorothea Delpino: So nach dem Motto: Ich hätte früher remonstrieren müssen!

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, nein, Frau Delpino. Sie brauchen sich gar nicht aufzuregen.

Zeugin Dorothea Delpino: Ist in Ordnung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es wird Ihnen kein Vorwurf gemacht. Die Frage war nur von Herrn Kollegen Remmel: „Haben Sie auch schriftliche Vermerke, Eingaben zu der ganzen Sache gemacht?“, glaube ich, wenn ich das so richtig aufgefasst habe.

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, das war .

Rechtsanwalt Norbert Hack: Ein Vorwurf! Das war ein massiver Vorwurf. Hat er doch gesagt in der Formulierung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Einen Vorwurf habe ich da jetzt nicht gesehen.

Zeugin Dorothea Delpino: Das können wir ja später im Protokoll nachlesen. Das, was ich inhaltlich erreicht habe, war zum Beispiel, dass dann Anfang 2006 erst mal ein Vorhaben EU-weit ausgeschrieben wurde - also nicht erstmals, aber dieses von MAPRO. Hintergrund waren ja die Gespräche, die ich mit Herrn Friedrich geführt hatte.

Was die Remonstration angeht, muss man auch wissen, dass jeder, der remonstriert, persönlich mit Problemen rechnen muss. Das ist ja auch hier deutlich geworden: dass das für mich beruflich zum Nachteil geführt hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Na ja, es geht um den zeitlichen Zusammenhang an der Stelle. Ich möchte noch nmal daran erinnern: Sie haben geschildert, dass Sie schon in 2005, Ende 2005, Anfang 2006, schwerwiegende Bedenken gehabt haben. Zu diesem Zeitpunkt - gleichzeitig läuft die Nachfrage durch den

Landesrechnungshof, Zeitraum Ende März - unterstützen Sie ja - wie vom Vorsitzenden eben dargelegt - Herrn Dr. Friedrich bei der Beantwortung der Anfrage des Landesrechnungshofes bzw. machen Formulierungsvorschläge. Deshalb ist die Frage doch berechtigt, wenn Sie Bedenken bezüglich der Auftragsvergaben hatten, ob Sie die irgendwie vorher schon mal fixiert haben im Sinne einer Remonstration oder eines Aktenvermerkes, auch um sich abzusichern. Sie sind ja als Beamtin auch verpflichtet, auf solche Dinge hinzuweisen.

Rechtsanwalt Norbert Hack: Also, Herr Vorsitzender, das ist ein Plädoyer. Das ist Wertung. Das sind keine Fragen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage, die ich von Herrn Kollegen Remmel gehört habe: Haben Sie vorher schon einmal remonstriert?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, bei Herrn Friedrich. Nicht schriftlich. Aber immer wenn mir etwas aufgefallen war, habe ich mit ihm darüber gesprochen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es gibt ja in den .

Zeugin Dorothea Delpino: Kann ich vielleicht mal ausführen? Das führte ja dann dazu - dass er mich kannte -, dass er mich bei den F+E-Vorhaben nicht reingezogen hat. Er wusste, dass ich dagegen war. Das hat er ja hinter meinem Rücken abgekaspert.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage nur noch mal, weil es an einer anderen Stelle aktenkundige Remonstrationen von Herrn Spillecke und von Herrn Odenkirchen gibt, aber von Ihnen ist keine aktenkundige Remonstration erkennbar. Vielleicht ist die ja an einer anderen Stelle, und wir haben es bisher nicht gefunden. Deshalb meine Nachfrage, ob Sie zu diesem Zeitpunkt in irgendeiner aktenkundigen Form remonstriert haben.

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Spillecke und Herr Odenkirchen waren fachlich zuständig. Das waren die Referatsleiter. Ich war gar nicht zuständig. Man hat auch von mir nichts verlangt. Sondern ich hätte, was ich dann ja auch getan habe, das Ganze aufdecken müssen. Das ist ein Prozess, der wächst. Ich habe Ihnen das auch gesagt. Die Anweisung zum Mobben war dann der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Ich denke aber auch, dass ich die weitere Vergabe von MAPRO in der Höhe, die ich eben genannt habe, nicht unterschrieben hätte, so wie ich auch den Auftrag MAPRO nicht unterschrieben habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut, dann würde ich gerne auf einen anderen Sachverhalt kommen, den der Vorsitzende schon angesprochen hat: Ihr Schreiben an den Staatssekretär mit dem Hinweis auf das Gespräch, das Sie an Fronleichnam

gehabt haben. Da habe ich eine ganz einfache Frage: Was machen Sie an Fronleichnam im Ministerium?

(Die Zeugin bespricht sich mit ihrem Rechtsbeistand.)

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, habe ich eben erläutert: Es gab keine Feiertage. Es gab auch keine Sonntage oder Wochenenden. Bei Herrn Friedrich ging das rund um die Uhr. Das ist auch aktenkundig - kann ich vielleicht auch noch mal erwähnen -, dass er natürlich auch von seinen Auftragnehmern erwartete, dass sie sonntags abends um 22 Uhr zu einer Besprechung kamen. Darüber gibt es Aktenvermerke.

Johannes Remmel (GRÜNE): Was mich verwundert, ist, dass am gleichen Tage, auch an Fronleichnam, Herr Dr. Günther mit zwei anderen Mitarbeitern auch im Ministerium ist und die irgendwelche Zusammenhänge mit Herrn Friedrich untersuchen. Meine ganz konkrete Frage: Wussten Sie davon, dass zu diesem Zeitpunkt eine solche Arbeitssitzung im Ministerium an Fronleichnam stattfindet?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Kutschaty, ich habe in der Vorbereitung gelesen, dass Fragen nicht wiederholt werden. Dazu habe ich doch schon ausgesagt. Ich habe doch schon gesagt, wie das an Fronleichnam gelaufen ist. Selbstverständlich wusste ich davon. Ich bin ja zu denen hingegangen. Dann verstehe ich jetzt die Frage nicht. Ich habe das eben ausgesagt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also, Sie wussten, dass an Fronleichnam .

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): . im Ministerium Herr Dr. Günther mit zwei anderen Mitarbeitern .

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): . sitzt, und sie an der Kündigung von Herrn Dr. Friedrich basteln?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, ich habe eben . Können wir vielleicht mal das Protokoll lesen? Oder muss ich jetzt alles zweimal sagen? Ich habe schon ausgesagt, dass diese drei den Auftrag hatten, die Dinge, die ich aufgeschrieben hatte, zu bewerten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage von Herrn Remmel war aber: Wussten Sie, dass an diesem Tag die Personen da waren?

Zeugin Dorothea Delpino: Habe ich schon Ja gesagt. Wenn ich das nicht gewusst hätte, wäre ich ja nicht runtergegangen. Ich laufe ja nicht durch das Haus und gucke, ob jemand zufällig Fronleichnam da ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Von wem wussten Sie das?

Zeugin Dorothea Delpino: Das weiß ich nicht mehr.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wussten Sie oder ist mit Ihnen darüber gesprochen worden, dass Herr Dr. Günther und sein Prüfteam die Kündigung oder Suspendierung von Herrn Friedrich vorbereiteten?

Zeugin Dorothea Delpino: Das wusste ich nicht. Ich wusste nur, dass sie dem Staatssekretär bis Freitagmittag einen Lösungsvorschlag unterbreiten mussten, der, wie gesagt, auch hätte so aussehen können, dass man organisatorisch was im Haus ändert, um mich zu schützen. Das wusste ich wohl. Ich war interessiert, was denn nun passierte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Von wem wussten Sie, dass bis Freitagmittag ein Lösungsvorschlag herbei musste?

Zeugin Dorothea Delpino: Weiß ich nicht mehr. Aber es war klar. Ich glaube, von Günther - aber ich bin mir nicht sicher -, der das gesagt hatte. Herrn Dr. Friedrichs Urlaub war ja am Wochenende beendet, und dass er wiederkommt, war klar. Irgendwas musste ja vorher entschieden werden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie lange haben diese Gespräche zwischen Ihnen und der Dreiergruppe gedauert?

Zeugin Dorothea Delpino: Fünf Minuten, zehn Minuten. Da gab es keine Gespräche. Ich bin runtergegangen und habe gesagt: Und, wie sieht es aus? - Ich wollte ja wissen, was für einen Vorschlag die machen.

Johannes Remmel (GRÜNE): In dem Zusammenhang hat es auch Erörterungen zu möglichen strafrechtlichen Verfehlungen gegeben?

Zeugin Dorothea Delpino: Keine Erörterungen. Nach meiner Erinnerung. Ich habe noch nicht mal Platz genommen. Ich habe da gestanden. Die saßen da vor Akten. Da habe ich gefragt: Wie sieht das aus?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich will noch mal auf die strafrechtliche Seite zurückkommen. Uns liegt ein Schreiben vom 07.06. vor, also Fronleichnam direkt

oder ungefähr eine Woche, nachdem Sie das Gespräch mit Herrn Schink hatten. Das ist im JM Band 2, Blatt 732 ff. Da schreiben Sie an Herrn Staatssekretär, dass Sie nach wie vor recherchieren. Ich zitiere: Da Herr Düwel ständig um mich herumschleicht, konnte ich die Akten nicht für Sie kopieren. Ich bitte dringend um Rückgabe. Falls Sie selbst dies noch nicht bedacht haben, erlaube ich mir noch einen Hinweis. Im Hinblick auf ein eventuelles staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren sollten Sie die Festplatte des AL kopieren lassen. Er kann jederzeit hier auftauchen. - Die Frage, die sich daraus ergibt: Was wollten Sie dem Staatssekretär mit diesem Hinweis vorschlagen?

Zeugin Dorothea Delpino: Das, was ich da aufgeschrieben habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber Sie sprechen hier ja von einem eventuellen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren.

Zeugin Dorothea Delpino: Das war von meiner Überlegung her. Für mich war dieses Vorgehen bei MAPRO Untreue. i, "r

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber Sie haben uns eben erzählt, dass Sie an strafrechtliche Ermittlungen überhaupt nicht gedacht hätten.

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, habe ich auch ... Warum denn? Sollte ich? Ist doch nicht meine Verantwortung. Bin ich Staatsanwalt? Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber warum schreiben Sie es dann an den Staatssekretär?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, einfach weil ich gedacht habe, das kann natürlich passieren. Aber ich doch nicht. Ich muss nicht zum Staatsanwalt gehen, wenn . Das war nicht meine Aufgabe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber das ist als Hinweis an den Staatssekretär gedacht?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, weil ich dachte, wenn man irgendwie was vorhätte, dann müsste man im Grunde genommen mal den Rechner von Herrn Friedrich sichern, wobei sich hinterher ja rausstellte: Die Festplatte war gar nicht mehr da. Die hatte er schon mitgenommen. Das wusste ich zu dem Zeitpunkt aber nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat es denn in dem Gespräch, das Sie mit Herrn Staatssekretär Schink hatten, auch entsprechende Erörterungen über einen solchen Punkt gegeben: mögliche staatsanwaltschaftliche Ermittlungen?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, überhaupt nicht. Das ist mir auch erst im Laufe dieser drei Wochen bewusst geworden, dass auch in den anderen Projekten die Vergabe vielleicht nicht so genau genommen wurde. Das habe ich mit Herrn Schink nicht besprochen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie können wir den Satz, dass Herr Düwel ständig um Sie herumschleicht, verstehen? Hat er eine andere Einschätzung gehabt? Das hat ja eine Art konspirative Situation .

Zeugin Dorothea Delpino: Das war auch für mich eine blöde Situation. Das muss ich wirklich sagen. Ich wusste ja nicht, wie das Ganze ausgehen würde, ob man irgendeine Lösung für mich findet. Herr Düwel schlich um mich rum. Was soll ich dazu sagen? Er hat irgendwas mitgekriegt. Herr Düwel hat einen Sinn dafür, wenn sich irgendwas entwickelt. Dafür hat er ein Gespür. Also er kam rein. Ich hatte ja diese Akten. Die musste ich im Laufe der Woche lesen. Dann lagen da halt Akten, die da sonst nicht lagen. Irgendwie so. Keine Ahnung.

Johannes Remmel (GRÜNE): War denn bei Herrn Düwel nicht klar, dass es irgendwelche Probleme mit den Vergaben oder mit Mobbingsituationen gab?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Remmel, das können Sie Herrn Düwel doch bitte selbst fragen. Ich weiß doch nicht, was ihm da klar war.

Herr Düwel war zehn Jahre lang ständiger Vertreter des Abteilungsleiters. Das ist Fakt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay.

Ich würde gerne auf einen anderen Sachverhalt, der im gleichen Zusammenhang zu sehen ist, zu sprechen kommen. Ich möchte zitieren aus JM Band 1 Blatt 110 ff. Das ist Ihre Zeugenaussage vom 1. August 2006 - Sie haben das vorhin mit anderen Worten gesagt -: Ich wollte mit meiner Initiative und meiner Aussage sicherstellen, dass das Kündigungsverfahren gegen Herrn Dr. Friedrich erfolgreich abgeschlossen werden konnte und er aus dem MUNLV entlassen wurde.

Hatten Sie bereits vor dem 31.05. Kenntnis davon, dass Herrn Dr. Friedrich eine Kündigung bevorstand?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, das hatte ich nicht. Worüber ich Kenntnis hatte, war, dass man Herrn Dr. Friedrich fragte zum Beispiel über dieses Thema Nebentätigkeit. Aber auch da kenne ich mich ein bisschen mit dem Arbeitsrecht aus: Das war mir klar, dass dies niemals irgendwie ein Kündigungsgrund ist. Da kann man jemanden vielleicht mal abmahnen. Aber einen langjährigen Mitarbeiter wegen einer Nichtanzeige einer Nebentätigkeit entlassen zu können, das ist wohl nicht möglich.

Insofern wusste ich zwar, dass man Herrn Friedrich momentan beobachtete. Das dachte ich schon. Aber dass das Haus irgendwie seine Kündigung vorbereitete, daran habe ich nicht im Traum gedacht. Dann hätte ich ja nur abwarten müssen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben gerade Ihren Eindruck geschildert, dass man Herrn Dr. Friedrich beobachtete.

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, nicht beobachtete. Er kriegte Briefe, er musste sich erklären wegen seiner Nebentätigkeit. Das haben Sie auch in der Akte gelesen, dass Herr Friedrich mir diese Dinge gezeigt hatte. Sonst wäre mir das ja nicht bekannt gewesen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und in dieser Angelegenheit Nebentätigkeiten, hatten Sie, glaube ich, schriftlich Vorschläge gemacht?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe keine Vorschläge gemacht, sondern ihm Formulierungsvorschläge, Formulierungs- und Änderungsdinge mitgeteilt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Laut MUNLV Band 1 Blatt 19 machten Sie einen Vorschlag für die Neufassung des letzten Absatzes. Ich zitiere eine Antwort an Herrn Staatssekretär vom 27. März 2006: Darin deuten Sie an, dass die Vergabe von Aufträgen an die RWTH Aachen und meine Dozententätigkeit in einem Zusammenhang stehen könnten. Und Sie kündigen an, dass Sie auf diesen Sachverhalt noch gesondert zurückkommen wollen: Unterstellen Sie mir und der RWTH Aachen Bestechlichkeit oder Korrumpierbarkeit? Ich behalte mir dann weitere juristische Schritte und die Information an den Kanzler der RWTH Aachen vor.

Diesen Vorschlag als Antwort haben Sie Herrn Dr. Friedrich an der Stelle gemacht.

Zeugin Dorothea Delpino: Offensichtlich. Aber ich weiß nicht, ob er es geschrieben hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie korrespondiert das denn mit der Zeugenaussage, die wir ganz zu Anfang besprochen haben?

Zeugin Dorothea Delpino: Das ist ja völlig aus dem Sachverhalt gerissen, Herr Remmel. Es ging hier darum, dass Herr Friedrich sich rechtfertigen musste, warum er diese Nebentätigkeit in Aachen nicht angezeigt hat. Und gleichzeitig war eine Formulierung, wo der Staatssekretär irgendwas geschrieben hatte, wo man so etwas unterstellen konnte. Und auch diese Drohung des Staatssekretärs, weitere Schritte behalte ich mir vor. Da habe ich Herrn Friedrich empfohlen: Drehen Sie den Spieß doch um, dann hat der Staatssekretär kalte Füße. Der wird das nicht anfangen, wenn Sie mit entsprechenden Schritten drohen.

Das war „den Spieß umgedreht“, indem man sagt: Unterstellen Sie mir etwa ... Das hatte der Staatssekretär gar nicht unterstellt oder nur so am Rande. Herr Friedrich fand den Vorschlag wunderbar. Er war sehr glücklich. Er hat mit seinem Anwalt darüber gesprochen, und sie haben, glaube ich, so auch geantwortet mit dem Ergebnis, dass dann, vom Haus jedenfalls, in der Sache meiner Kenntnis nach nichts mehr passierte. Das war ja der Zweck des Schreibens des Herrn Friedrich.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also Sie haben ihm sozusagen zur Offensivverteidigung - den Spieß rundrehen - geraten an der Stelle?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich frage mich, was diese Frage soll.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist keine richtige Frage, Herr Remmel. Das wissen Sie auch.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben gesagt, dass Sie Herrn Dr. Friedrich geraten haben, den Spieß umzudrehen .

Zeugin Dorothea Delpino: Ja .

Johannes Remmel (GRÜNE): . also offensiv den Stier bei den Hörnern zu packen und zu sagen: Werft ihr mir etwa Korruption vor?

Zeugin Dorothea Delpino: So ist es. Das hat Herr Friedrich auch übernommen meiner Kenntnis nach.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage Sie, warum Sie später bei der Zeugenaussage den Sachverhalt zumindest in Form einer möglichen Korruption dargestellt haben.

Zeugin Dorothea Delpino: Das habe ich doch gar nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Soll ich es Ihnen noch einmal vorlesen, was Sie auf die Frage, ob es einen Zusammenhang mit der Dozententätigkeit an der RWTH Aachen gegeben hat, geantwortet haben? Gegenleistung und ...

Zeugin Dorothea Delpino: Ich weiß nicht, was ich noch zusätzlich ergänzen soll zu dem, was ich eben schon gesagt habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehen Sie keinen Widerspruch?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, ich sehe keinen Widerspruch. Zwischen dem, was ich Herrn Friedrich empfohlen habe, und den Dingen, die ich vor der Staatsanwaltschaft ausgesagt habe, ist überhaupt kein Widerspruch.

Abgesehen davon wusste ich nicht, ob Herr Friedrich meinem Vorschlag, wie er ein Schreiben des Herrn Schink beantworten soll, ähnlich wie bei den anderen Schreiben, folgt oder nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann möchte ich Ihnen die Einschätzung von Herrn Dr. Günther aus Ihrem Haus dazu vorlesen - MUNLV Band 33 Blatt 13, ein Vermerk von Herrn Dr. Günther an Herrn Schink -.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Remmel, würden Sie die für Sie interessante Stelle vorlesen, damit wir alle Ihnen folgen können?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja. Ich lese vor: Wie Sie daraus ersehen können, hat Frau Delpino damals noch Herrn Dr. Friedrich gegen die Abteilung I bezüglich der Nebentätigkeit an der RWTH Aachen beraten. Ich hatte damals ja herausgefunden, dass er dort arbeitete, und eine Abmahnung vorbereitet. Dass Frau Delpino auch an der Stellungnahme gegenüber dem Landesrechnungshof mitwirkte, habe ich in dem Vermerk vom 19.06.2006 in einer für Frau Delpino günstigen Variante behandelt (Agent Provocateur).

Ich würde gerne von Ihnen wissen, was die ungünstigere Variante gewesen wäre.

(RA Norbert Hack: Das ist unzulässig! Sie soll etwas bewerten, was andere festgelegt haben?)

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich Sie, ob Ihnen die Einschätzung von Herrn Dr. Günther, dass Sie ein „Agent Provocateur“ seien, bekannt ist.

Zeugin Dorothea Delpino: Also bisher nicht. Vielen Dank, dass Sie mir das jetzt mitteilen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie würden Sie das kommentieren?

Zeugin Dorothea Delpino: Kein Kommentar.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege, die Frage ist unzulässig.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne fragen bezüglich des Gespräches, das Sie mit Herrn Staatssekretär zweimal, am 31.05. und am 01.06., geführt hatten: Hat in diesem Gespräch oder in einem späteren Gespräch die Frage nach möglichen Auswirkungen auch in personalrechtlicher Hinsicht - Beförderung etc. - eine Rolle gespielt?

Zeugin Dorothea Delpino: Wer sollte befördert werden?

Johannes Remmel (GRÜNE): Meines Wissens stand zum damaligen Zeitpunkt Ihre Beförderung im Raum.

Zeugin Dorothea Delpino: Wollen Sie das wirklich hören? Wollen Sie hören, wie man mit mir umgegangen ist, dieses Haus? Die Beförderung nach Ausschreibung war auf B 3 mit neun Monaten Bewährung. Nach neun Monaten hat man mir gesagt: Ätschi-bätschi, geht gar nicht, dazu kriegen wir keine Zustimmung; erst müssen Sie ein Großreferat leiten, noch mal neun Monate bewähren. Letztendlich hätte ich die Beförderung nach B 3 bekommen am 1. August 2006, wenn ich mich nicht vorher geoutet hätte.

(Thomas Stotko [SPD]: Also immer noch?)

Ich hatte vorher A 16 plus Amtszulage, was in etwa B 2 entspricht. Die Beförderung, die Sie in der Zeitung gelesen haben, dass ich befördert wurde, bringt mir netto 50 €, glaube ich, im Monat.

(Thomas Stotko [SPD]: B 2 sind Sie jetzt?)

- B 2. - Also es gab keine Belohnung, es gab keine Beförderung in dem Sinne, dass man mich in irgendeiner Form belohnt hätte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben eben gesagt, wie Ihnen im Hause - das Wort ist mir entfallen - mitgespielt worden ist. Wer ist aus Ihrer Sicht dafür verantwortlich?

Zeugin Dorothea Delpino: Kein Kommentar.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich noch einmal, ob in dem Gespräch am 31.05. oder am 01.06. die Frage der Beförderung eine Rolle gespielt hat.

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, das hat keine Rolle gespielt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat in Gesprächen, die ab dem 17.06./18.06. mit Herrn Staatssekretär stattgefunden haben, die Frage eines möglichen Disziplinarverfahrens gegen Sie eine Rolle gespielt?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich kann mich nicht erinnern.

Ich kann mich erinnern, dass ich mal mit Herrn Dr. Günther gesprochen habe. Ich habe gesagt, ich würde auch eines gegen mich beantragen. Anders herum: Ich würde eines beantragen. Dann hat er gesagt, ich sei doch diejenige, die sich geoutet habe, und ein Disziplinarverfahren sei in seinen Augen nicht erforderlich. Es gab Vorstufen.

Es war klar, dass - ich glaube, das hat der Staatssekretär auch gesagt - eine Beförderung nach B 3 aufgrund meiner Aussagen dann nicht mehr möglich sei. Das steht auch in meiner Personalakte. Das hat mir Herr Schink, glaube ich, auch gesagt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Laut JM Band 1 Blatt 113 - das betrifft Ihre Zeugenaussage - war Ihnen offensichtlich bewusst, dass es ein mögliches Disziplinarverfahren gegen Sie geben könnte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel, so geht es natürlich auch nicht. Machen Sie bitte den Vorhalt.

(RA Norbert Hack: Vorhalte sind nur dann zulässig, wenn sie zur Aufklärung von Widersprüchen oder Ähnlichem führen! Die polizeiliche Aussage ist etwas ganz anderes!)

- Herr Remmel hat die Gelegenheit, einen Vorhalt zu machen.

(RA Norbert Hack: Die Verknüpfung so, wie sie hier gemacht worden ist, ist völlig unzulässig! Das, was Herr Remmel macht, aus dem Polizeiverhör etwas verarbeiten, umformulieren, ist unzulässig!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte aus der Zeugenaussage zitieren: Mir war zu diesem Zeitpunkt selbstverständlich bewusst, dass ich mit einem Disziplinarverfahren zu rechnen habe, und habe dies in Kauf genommen.

Das ist Ihre Aussage.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, so ist es.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe sie vielleicht nicht wörtlich wiedergegeben. Deshalb frage ich Sie noch einmal: Haben Sie darüber mit dem Staatssekretär am 16./17./18. gesprochen im Zusammenhang mit der Offenbarung, wie es bei Ihrem Personalauswahlgespräch gelaufen ist?

Zeugin Dorothea Delpino: Das habe ich ihm schriftlich gegeben; über diese Einstellungsgeschichte habe ich mit ihm nicht gesprochen. Und ich habe mit dem Staatssekretär nicht gesprochen - ich kann mich nicht erinnern - über Disziplinarlinge. Dafür ist Herr Dr. Günther zuständig. Ich habe mit Herrn Dr. Günther darüber gesprochen.

Ich kann mich erinnern, dass Herr Staatssekretär gesagt hatte: B 3 ist jetzt nicht mehr.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn mit einem Mitarbeiter oder der Hausspitze über die Frage der Einleitung eines Disziplinarverfahrens überhaupt gesprochen?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe eben schon gesagt, dass ich mit Herrn Dr. Günther gesprochen habe. Der ist zuständig. Herr Dr. Günther hat mir gesagt, macht er nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne einen weiteren Sachverhalt klären. Wie viele Zeugenaussagen haben Sie insgesamt im Rahmen der Vernehmung und der Zusammenarbeit mit dem LKA gemacht?

(RA Norbert Hack: Die Frage ist unzulässig!)

Zeugin Dorothea Delpino: Sie haben es bestimmt gezählt, antworten Sie doch. Also ich habe sie nicht gezählt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ungefähr?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage, wie viele Zeugenaussagen gemacht worden sind, halte ich für zulässig. Wenn Sie sie nicht beantworten können, weil .

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Kutschaty, ich weiß es nicht, müsste ich nachzählen. Wenn Sie mir die Akte zur Verfügung stellen, setze ich mich die nächste Stunde hin und werde in einer Stunde sagen, ob es neun oder 15 oder zehn oder wie viele auch immer sind. Es waren mehr als drei und weniger als 20.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist doch eine Antwort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut, dann kommen wir vielleicht gleich noch einmal darauf zurück.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel ist zunächst fertig mit seinen Fragen. - Herr Giebels!

Harald Giebels (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Delpino, ich möchte zunächst einmal das Bewerbungsverfahren, das eben schon Thema war, ansprechen. Sie haben von einem Telefonat zwischen Ihnen und Herrn Dr. Friedrich am Vorabend des Auswahlgespräches berichtet.

Zeugin Dorothea Delpino: Jawohl.

Harald Giebels (CDU): Wer hat wen angerufen?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich meine, dass er mich angerufen hat. Ich hatte vorher mal angerufen. Er hatte dann meine Nummer und hat gesagt, er meldet sich. Das ist mir dann auch nicht mehr so in Erinnerung gewesen.

Harald Giebels (CDU): Was hat Herr Dr. Friedrich Ihnen am Telefon gesagt?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe gefragt: Wie läuft der Termin ab? Wer ist dabei? Wie lange ist vorgesehen? Das war so der Einstieg. Und dann: Was wird denn gefragt? Dann hat er mir die Fragen vorgelesen.

Harald Giebels (CDU): Sie haben vorhin den Themenkomplex Mobbing erörtert. Dazu möchte ich wissen: Was können Sie uns über den Umgang von Herrn Dr. Friedrich mit den Mitarbeitern der Abteilung oder mit Mitarbeitern nachgeordneter Behörden berichten? Wie war der Umgang?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich überlege gerade konkrete Situationen beispielsweise mit dem Präsidenten des damaligen LUA, den er runterputzte, oder mit anderen Amtsleitern, die er gefressen hatte. Also ich sage mal, er konnte Mitarbeitern gegenüber unerbittlich sein. In der Abteilung IV hatte er Leute, die offensichtlich erfreut gewesen waren, als er die Abteilung das erste Mal verlassen hatte. Und als er wiederkam, hat er die richtig fertiggemacht.

Harald Giebels (CDU): Sie haben vorhin ausgesagt, Sie hatten Angst davor, dass Herr Dr. Friedrich Sie fertigmacht.

Zeugin Dorothea Delpino: Jawohl.

Harald Giebels (CDU): Was können Sie uns dazu sagen?

Zeugin Dorothea Delpino: Wie soll ich das sagen? Ich habe eben hier einen ehemaligen Mitarbeiter im Zuschauerraum gesehen, der letztendlich nervlich so am Ende war durch das, was er durch Herrn Friedrich erleiden musste. Das war ganz unterschiedlich. Er konnte aufbrausen, über den Gang schreien, bis hin zu Leute völlig ignorieren, einem Mitarbeiter ein Jahr lang kein Wort sagen, weder „Guten Tag“ noch sonst was. Obwohl, ich denke mal, das ist auch bekannt. Sie haben doch sicher schon andere gefragt.

Harald Giebels (CDU): Frau Delpino, Sie haben vorhin ausgesagt, es ging Ihnen darum, dass Herr Dr. Friedrich damit aufhören möge.

Zeugin Dorothea Delpino: Jawohl.

Harald Giebels (CDU): Was meinen Sie mit „damit“?

Zeugin Dorothea Delpino: Was ich bereits gesagt hatte. Diese Vergaben von Aufträgen aus Steuermitteln, die ohne Ausschreibung gingen, oder auch Menschen die Fragen mitteilen, um sie vermeintlich zu kaufen - das ist jetzt eine Begründung

von mir, wobei ich nicht weiß, ob er das aus dem Grunde gemacht hat, aber so habe ich das gewertet -, und Mitarbeiter mobben, fertigmachen. Das ist Unrecht, und ich wollte, dass das aufhört.

Harald Giebels (CDU): Dann möchte ich das Projekt MAPRO ansprechen. Es gibt einen Vermerk - Fundstelle JM 72 Blatt 98-101 bzw. 102-103 - Referatsleiter Odenkirchen, Spillecke und Kolf zum Projekt MAPRO. Befand sich dieser Vermerk im März 2006 im Ministerium?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe eben ausgesagt, als ich die Stellungnahme für den Landesrechnungshof gesehen habe, hätte ich noch mal in die Akte reingeguckt. Dann war da nur noch eine Kopie drin, die nicht unterschrieben war. Beide Vermerke waren weg, aus der Akte verschwunden.

Harald Giebels (CDU): Das Original war ...

Zeugin Dorothea Delpino: Das Original war nicht mehr da. Ich hatte auch Herrn Friedrich quasi so empfohlen und ihm gesagt: Selbst wenn diese Vermerke nicht mehr in der Akte sind, dass es dann vielleicht bei den Akten der Abwasserabgabe - dazu gab es speziell noch mal Akten, wo auch Kopien gefertigt wurden - sei.

Harald Giebels (CDU): Wer führte diese Akte MAPRO?

Zeugin Dorothea Delpino: Das war ja ein Projekt, ein Forschungs- und Entwicklungsvorhaben aus der Abwasserabgabe. Das war im Referat IV-7 angesiedelt; zu der Zeit war Herr Dr. Mertsch Referatsleiter. Die Akte führte nach meiner Kenntnis Herr Kohl, der im Referat IV-7 quasi den Haushalt machte.

Harald Giebels (CDU): Wo befand sich die Akte tatsächlich?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich glaube, dass die nach Akteneinsicht bei Herrn Friedrich war. Ich bin nicht ganz sicher, ob man die nicht da gefunden hatte. Die war jedenfalls nicht mehr drin.

Es war dann so, dass einer der Referatsleiter . Ein Vorgang war ja noch da offensichtlich, der wieder in die Akte gekommen war. Da hat dann der Referatsleiter mindestens noch eine Kopie reingetan. Ich weiß aber nicht, ob es Odenkirchen oder Spillecke war.

Harald Giebels (CDU): Ich möchte noch einmal den Originalvermerk ansprechen. Das betrifft die Fundstelle JM 17 Blatt 8.123. Ist Ihnen bekannt, ob Herr Dr. Friedrich diesen Vermerk mit in seine Wohnung genommen hatte? - Der Originalvermerk ist unter JM 72 Blatt 98 ff. zu finden, und die Fundstelle zum Vermerk über die

Durchsuchung bei Dr. Friedrich, wo der Vermerk gefunden wurde, lautet JM 17 Blatt 8.123.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Frau Delpino bittet um eine Frage dazu, Herr Giebels.

Harald Giebels (CDU): Die Frage lautet, ob Ihnen bekannt war, dass Herr Dr. Friedrich diesen Vermerk in seiner Wohnung hatte.

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, das wusste ich nicht, bis ich diese Akte gelesen habe. Die Seite 8.000 habe ich nicht ja nicht. Aber ich habe im Rahmen dieser Ermittlungsakten gesehen oder in Erinnerung, dass das wohl gefunden wurde.

Harald Giebels (CDU): Haben Sie das aufgefundene Original exemplar aus der Wohnung von Dr. Friedrich mit der Kopie, die Sie eben erwähnt haben, die sich in der Akte befindet, verglichen?

1 *

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, überhaupt nicht. Ich habe doch auch keine Kopie gehabt. Ich habe diese Vermerke der beiden Referatsleiter zur Kenntnis bekommen an dem Tag, als sie die geschrieben haben, danach nicht mehr. Ich weiß auch nicht, ob das in der Akte dabei war. Ich habe das jedenfalls nicht gelesen oder verglichen.

Harald Giebels (CDU): Ist Ihnen bekannt, ob Herr Dr. Friedrich den Staatssekretär über die ablehnende Haltung der Referatsleiter Odenkirchen, Spillecke und Kolf inhaltlich informierte?

Zeugin Dorothea Delpino: Also wie war das? Dr. Friedrich hat hinterher quasi ergänzt: wurde mit Herrn Dr. Schink besprochen. - Er hat nach außen den Referatsleitern gegenüber gesagt, Herr Dr. Schink sei jetzt mit dem MAPRO-Projekt einverstanden. Das wusste ich. Aber ob das so . Wann er das den Referatsleitern gesagt hat, weiß ich nicht. Aber er hat es kommuniziert, ja. Herr Friedrich hat dann gesagt: Ist alles in Ordnung. Er hat das mit dem Staatssekretär besprochen.

Harald Giebels (CDU): Die Frage kann ich wiederholen: Ist Ihnen bekannt, ob Herr Dr. Friedrich den Staatssekretär über die Stellungnahmen der Referatsleiter Spillecke, Kolf inhaltlich informiert hat?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein. Dazu weiß ich nichts.

(Thomas Stotko [SPD]: Die Frage ist unzulässig, außer sie war dabei!)

Harald Giebels (CDU): Es kann ja einen Vermerk darüber geben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, dann müssen Sie die Frage anders formulieren, Herr Giebels.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich war nicht dabei, als Herr Dr. Friedrich mit Herrn Schink über das Projekt gesprochen hat.

Harald Giebels (CDU): Hat Herr Dr. Friedrich Ihnen gegenüber Angaben gemacht, ob er den Staatssekretär auch inhaltlich über diese Bedenken informiert hat?

Zeugin Dorothea Delpino: Habe ich das nicht gerade schon beantwortet?

(RA Norbert Hack: Sie hat das doch eben beantwortet! Er hat jedenfalls suggeriert, er habe es gesagt!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege, Sie geben bitte nicht die Antworten. Das geht deutlich über Ihre Rechtsberatungstätigkeit hinaus. Das geht nicht.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich war jetzt verunsichert, weil ich der Meinung war, ich habe das schon gesagt.

(Thomas Stotko [SPD]: Der Zeugenbeistand ist nicht dazu berechtigt, Aussagen für die Zeugin zu machen!)

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, das tut er doch nicht.

(RA Norbert Hack: Nein, das habe ich nicht gemacht! - Thomas Stotko [SPD]: Ich würde Sie bitten, das zu unterlassen! - RA Norbert Hack: Dann hören Sie bitte zu! Ich habe doch nur gesagt . - Thomas Stotko [SPD]: Sie brauchen gar nichts zu sagen! - RA Norbert Hack: Ich habe nur referiert! - Thomas Stotko [SPD]: Das dürfen Sie gar nicht machen! - RA Norbert Hack: Das darf ich sehr wohl machen!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich bitte den Rechtsbeistand zu beachten: Die Aussagen macht die Zeugin - Sie können mit der Zeugin sprechen -, es sei denn, es geht um rein verfahrensrechtliche Fragen, dann dürfen Sie auch direkt mit uns sprechen. Ansonsten gilt: Aussagen macht die Zeugin.

(Zuruf von RA Norbert Hack)

Als Nächster hat Herr Giebels das Fragerecht. Herr Giebels hat eine Frage, und wenn er meint, die Antwort noch nicht gehört zu haben, bitte ich Sie, die Antwort noch einmal zu geben.

Abg. Harald Giebels (CDU): Nein, die Antwort habe ich gehört.

Ich würde gerne eine weitere Frage stellen. Ich würde gerne einen weiteren Aspekt des MAPRO-Projektes erörtern, der zurückgeht auf das Ende des Jahres 2005. Nach unserer Aktenlage - das ist die Fundstelle JM 72 Blatt 61 und 83 - hat der Landesrechnungshof unter dem 7. Dezember 2005 an das MUNLV eine anonyme Eingabe gesandt und um Stellungnahme gebeten. Ist es richtig, dass sich diese anonyme Eingabe an den Landesrechnungshof auf das Projekt MAPRO bezog?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich gucke formal noch mal nach. Ich weiß ja nicht, was der Landesrechnungshof schreibt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es geht um die anonyme Eingabe, Herr Giebels? Wir nehmen sie aus MUNLV 31 Blatt 6, wenn Sie einverstanden sind. Sie liegt uns gerade vor und ist textlich identisch. Ist das in Ordnung?

Harald Giebels (CDU): Ja.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich darf die Frage beantworten: Das ist das Projekt MAPRO.

Harald Giebels (CDU): Was können Sie uns dazu sagen, wie mit diesem Schreiben des Rechnungshofes im MUNLV umgegangen worden ist?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich weiß nur, dass Herr Dr. Friedrich das Schreiben hatte und beantworten sollte, dass er das aber erst nach meiner Erinnerung im Februar . Ich bin mir unsicher. Die Antwort von ihm war nicht mehr im Jahr 2005. Bis dass er mir den Antwortentwurf zeigte, wusste ich, glaube ich, nichts davon. Ich kann mich nicht erinnern, dass man vorher etwas darüber erzählt hätte. Alles andere weiß ich nur aus den Akten.

Harald Giebels (CDU): Sie haben gerade gesagt „Antwort von ihm“. Ist es richtig, dass Herr Dr. Friedrich dieses Schreiben beantwortet hat?

Zeugin Dorothea Delpino: Für mich musste es so aussehen, weil er mir seinen Antwortentwurf gezeigt hat.

Harald Giebels (CDU): Wer war nach Ihrer Kenntnis im MUNLV für das Projekt MAPRO verantwortlich?

Zeugin Dorothea Delpino: Für das Projekt MAPRO war Herr Dr. Friedrich verantwortlich. Jedenfalls für Phase 1 Teil 1.

Harald Giebels (CDU): Wissen Sie, ob Herr Dr. Friedrich an der Beantwortung des Schreibens die Hausspitze oder andere Abteilungen oder Referate im Ministerium beteiligte?

Zeugin Dorothea Delpino: Das weiß ich nicht. Die Frage ist, ob ich das in irgendwelchen Akten gelesen haben muss. Ich kann nur noch mal sagen: Ich habe Akteneinsicht gehabt; mich interessierten in der Hauptsache aber meine Vernehmungsprotokolle. Insofern habe ich diese 4.800 Seiten durchgescrollt und geguckt: Wo ist der Name „Delpino“? Das mag sein, dass ich das hätte wissen können. Aber von dem, was ich 2005 oder 2006 . In der Arbeit wusste ich das nicht.

Harald Giebels (CDU): Gibt es im Ministerium Verfahrensregeln, wie Schreiben des Landesrechnungshofs zu beantworten sind?

Zeugin Dorothea Delpino: Gibt es sicherlich, ja. Ich nehme an, dass das der Abteilungsleiter I beantwortet.

Harald Giebels (CDU): Ist es denn üblich, dass die Abteilung, gegen die Vorwürfe erhoben werden, die Schreiben selbst beantwortet?

Zeugin Dorothea Delpino: Das weiß ich nicht, ob das üblich ist. Ich kenne das nur aus anderen Bereichen, dass man natürlich dann den Mitarbeiter, gegen den die Vorwürfe erhoben werden, um Stellungnahme bittet. Der muss ja auch Gelegenheit haben, sich dazu zu äußern. Aber dass er das direkt an den Landesrechnungshof schickt, das ist ungewöhnlich. Ich weiß nicht, wie das gelaufen ist. Dazu kann ich nichts sagen. Ich glaube, das betrifft mich auch nicht.

Harald Giebels (CDU): Ist es denn Verwaltungspraxis im Ministerium, dass Schreiben vom Landesrechnungshof der Hausspitze zur Kenntnis zu geben sind?

Zeugin Dorothea Delpino: Das weiß ich nicht. Da fragen Sie die Falsche.

Harald Giebels (CDU): Wir haben vorhin das Stichwort „Professur Dr. Friedrich“ angesprochen. Sie haben gesagt, Sie haben Akteneinsicht genommen. Ich beziehe mich auf Fundstelle JM 7 Blatt 3.413-3.421. Das ist die Beschuldigtenvernehmung Prof. Dohmann. Dort heißt es: 2002 kam Dr. Friedrich in seiner bestimmenden Art auf mich zu und bat mich um einen Lehrauftrag an der RWTH Aachen. Ich habe dies aus fachlichen Gründen befürwortet. Der Lehrauftrag war an keiner finanziellen Vergütung gebunden. Dr. Friedrich ging es rein um die Reputation. Seinen Lehrauftrag hat er tatsächlich nur sporadisch wahrgenommen. Er war höchstens an einem Drittel der vorgesehenen Stunden an der Hochschule.

Haben Sie darüber mit Herrn Dr. Friedrich gesprochen?

Zeugin Dorothea Delpino: Meinen Sie, dass ich monieren sollte, dass er zu wenig an der Hochschule war?

Harald Giebels (CDU): Nein.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich wusste davon, dass er Vorlesungen hält. Ich bin auch einmal mit ihm nach Aachen gefahren. Ich weiß gar nicht, was der Hintergrund war. Er hat die Vorlesung gehalten, und ich habe auf ihn gewartet. Ich habe mir im Bauingenieur-Gebäude die Aushänge angeguckt. Also irgendwie hatten wir einen Termin und er hatte vorher seine Vorlesung da. Also ich wusste davon, dass er diese Vorlesung hält, ja, hatte aber sonst nichts damit zu tun, weil die Vorlesung aus dem Bereich Abfall war.

Harald Giebels (CDU): Frau Delpino, Sie haben vorhin Mobbing, MAPRO und Nebentätigkeit angesprochen. Gab es Reaktionen im Haus auf diese Vorgänge?

Zeugin Dorothea Delpino: Können Sie das konkretisieren? Wer im Haus? Aus anderen Abteilungen? Gegen MAPRO? Ich verstehe die Frage nicht.

Harald Giebels (CDU): Gab das Haus Herrn Dr. Friedrich die Freiheit, mit den Dingen so umzugehen, wie Sie es geschildert haben?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich weiß gar nicht, wann die Vergabestelle eingerichtet wurde. Offensichtlich hatte er die Freiheiten, sonst wäre es ja nicht so weit gekommen.

Harald Giebels (CDU): Hat sich das im Zeitablauf geändert?

Zeugin Dorothea Delpino: Mittlerweile gibt es eine zentrale Vergabestelle. Die prüft, ob der Auftrag vergeben werden kann.

Harald Giebels (CDU): Dann habe ich erst einmal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Giebels. - Als Nächster ist Herr Stüttgen dran.

Gerd Stüttgen (SPD): Frau Delpino, Sie haben eben ausgeführt, dass Sie von Herrn Dr. Friedrich persönlich angesprochen und gebeten worden sind, sich auf die Stelle zu bewerben. Er hat Ihnen auch die entsprechenden Fragen vorher übermittelt und Sie gewissermaßen gebrieft. Können Sie sich erklären, warum er gerade Sie für diese Stelle gewinnen wollte?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich war, wie gesagt, acht Jahre Amtsleiterin gewesen. Das war das größte Umweltamt, das wir in Nordrhein-Westfalen hatten: 280 Beschäftigte, große Außenstelle, noch ein Bauhof dabei. Mein Vorgänger hatte in der Öffentlichkeit gesagt, nachdem er einen Hörsturz bekommen hatte, das Amt sei so nicht zu leiten. Offensichtlich habe ich bewiesen, dass man das konnte. Ich hatte, glaube ich, auch eine ganz gute Beurteilung.

Gerd Stüttgen (SPD): Die Landesbeste. Das ergibt sich aus den Akten.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Gerd Stüttgen (SPD): Gehe ich recht in der Annahme, dass es ausschließlich dienstliche, fachliche Gründe waren, die Herrn Dr. Friedrich dazu bewogen haben, Sie zu pushen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Kollege Stüttgen, so können Sie nicht fragen.

Gerd Stüttgen (SPD): Gab es außer den dienstlichen, fachlichen Gründen andere Gründe, die Herrn Dr. Friedrich möglicherweise dazu bewogen haben könnten, Sie zu pushen?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein.

Gerd Stüttgen (SPD): Sind Sie von irgendjemanden seitens des Ministeriums aufgefordert worden, sich an der „Sammlung“ gegen Herrn Dr. Friedrich zu beteiligen, auch Materialien zu sammeln, zusammenzustellen, die dann für ein arbeitsrechtliches oder strafrechtliches Verfahren hätten Verwendung finden können?

Zeugin Dorothea Delpino: Auch das habe ich schon ausgeführt: Es hat mich niemand gebeten, irgendwas zu sammeln. Ich habe aus freien Stücken die Dinge zusammengetragen, wo ich dachte, dass vielleicht Verfehlungen zu finden sind.

Gerd Stüttgen (SPD): Sie haben eben angeführt, dass Sie mit Herrn Dr. Günther mehrfach gesprochen haben, unter anderem auch über das Thema Disziplinarverfahren. Ich will die Fragen auf alle möglichen Strafverfahren gegen Herrn Dr. Friedrich lenken. Hat Herr Dr. Günther Ihnen konkrete Anweisungen erteilt oder Hilfestellungen gegeben, wie Sie sich im Ermittlungsverfahren gegen Herrn Dr. Friedrich verhalten sollten?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, überhaupt nicht. Ich habe auch nicht mehrfach mit Herrn Dr. Günther darüber gesprochen. Herr Dr. Günther ist ein sehr korrekter Mensch.

Gerd Stüttgen (SPD): Er ist für Recht und Ordnung im Ministerium zuständig, nicht wahr?

Sie sind bezüglich des Personalauswahlverfahrens bis dato disziplinarisch nicht belangt worden. Dr. Günther hat nach Ihrer Aussage von eben, die Sie vor etwa 45 Minuten gemacht haben, Ihnen mitgeteilt, er wollte Sie deswegen nicht belangen bzw. wollte ein Disziplinarverfahren nicht vorantreiben. Hat er sich irgendwie geäußert, warum er das nicht machen will?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, ich habe gesagt: Ich selbst habe angeboten, er könne ein Disziplinarverfahren gegen mich ... Ob ich das beantragen sollte. So ist es gewesen. Daraufhin hat er gesagt, das sähe er jetzt nicht.

Gerd Stüttgen (SPD): Haben Sie sich mit Herrn Minister Uhlenberg oder mit Herrn Staatssekretär Dr. Schink ganz konkret über Details des Ermittlungsverfahrens gegen Dr. Friedrich unterhalten?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein.

Gerd Stüttgen (SPD): Hat Herr Dr. Friedrich Strafanzeige wegen Verleumdung oder Ähnliches gegen Sie erstattet?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein.

Gerd Stüttgen (SPD): Das war es. Danke schön.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Ellerbrock!

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Delpino, Sie haben gerade dargestellt, dass sich, als der Abteilungsleiter IV zum ersten Mal das Haus verlassen hatte, ein Stimmungsumschwung aufzeigte. Können Sie uns beschreiben, wie das war?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Ellerbrock, zu dem Zeitpunkt war ich nicht im Haus; ich war ja noch Amtsleiterin. Aber es war so, dass Herr Dr. Friedrich mir Jahre später, als er wieder zurückkam, sagte: Wer alles sich damals gefreut hat, als ich ging, das habe ich rausgekriegt. - Er hat nichts gesagt, sondern er hat es gemacht. Er hat das rausgekriegt, wer sich alles gefreut hatte.

Holger Ellerbrock (FDP): Was waren die Handlungen, die daraus abgeleitet wurden?

Zeugin Dorothea Delpino: Auch das, Herr Ellerbrock, kann ich nur durch Hörensagen .

Holger Ellerbrock (FDP): Okay. Wenn das Gerüchte sind, dann lassen wir das außen vor. Das hat Sie nicht irgendwie selbst betroffen.

Zeugin Dorothea Delpino: Nein.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich gehe ein bisschen zurück. Ist es in einem solchen Ministerium üblich, dass es in jeder Abteilung eine solche Stabsstelle gibt? Sie sprachen von IV 1 als Stabsstelle - Personal, Organisation, Haushalt, Ausbildung -. Ist das in jeder Abteilung so?

Zeugin Dorothea Delpino: „Stabsstelle“ ist falsch. „Kopfreferat“ heißt das offiziell. Das ist ein Kopfreferat. Ich korrigiere meine Aussage von eben. Das Kopfreferat ist neu geschaffen worden, ich glaube, vorletztes Jahr, und zwar in jeder Abteilung. Da sollen eben gebündelt werden die Themenbereiche Haushalt, Organisation, Personal. Wenn beispielsweise der Girls' Day vorbereitet werden muss, dass sich dann nur ein Referat in der Abteilung mit solchen übergreifenden wichtigen Themen beschäftigt.

Holger Ellerbrock (FDP): Also Federführung innerhalb einer Abteilung?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Holger Ellerbrock (FDP): Sie sprachen an, dass im Zusammenhang mit Ihrem Verhältnis zu Herrn Düwel auch die Frage aufgeworfen wurde, die Steuerung von MAPRO hätte auch über das LANUV erfolgen können. Erzählen Sie doch einmal etwas darüber.

Zeugin Dorothea Delpino: Als die EU-weite Ausschreibung begonnen hatte und das Verfahren erstmals im EU-Mitteilungsblatt bekanntgegeben wurde, remonstrierte der damalige Präsident Dr. Irmer, indem er die Vergabebekanntmachung wohl kopiert oder aus dem Internet gezogen hat und dann handschriftlich drauf geschrieben hat: Das kann das LUA auch - eine eigene, ursächliche Aufgabe des LUA. Dieser handschriftliche Vermerk von Herrn Dr. Irmer ist meiner Kenntnis nach an die Abteilung I geschickt worden, sodass Herr Pudenz als Abteilungsleiter zu Herrn Dr. Friedrich sagte: Was ist das denn? Wir können ja wohl nichts vergeben, wenn wir das mit eigenen Bordmitteln schaffen. Das ist ja gegen Haushaltsrecht. - Man muss dazu wissen, dass - ich habe das eben schon angedeutet, glaube ich - Herr Dr. Friedrich und Herr Präsident Irmer wie Hund und Katz' waren und nicht zusammenarbeiten konnten. Herr Friedrich hatte im Laufe der Jahre immer die Mitarbeiter des LUA runtergeputzt, sodass im Grunde genommen kaum noch jemand in der Wasserwirtschaft tätig war. Aber das war halt so, dass Herr Irmer erst mal remonstrierte.

Die Vergabe kam nicht mehr zustande wegen Haushaltssperre. Das war eben dann der Grund, warum Herr Düwel dann meinte, man könnte das LUA mehr einbinden in diese Begleitung der Rahmenrichtlinie, wobei das eigentlich nicht möglich war. Die hatten das Personal nicht mehr zu dem Zeitpunkt.

Holger Ellerbrock (FDP): Aber es handelte sich um Millionenbeträge: 2,1 Millionen € und dann noch mal 3,4 Millionen € ...

Zeugin Dorothea Delpino: Waren beabsichtigt. Es ist ja dann nicht mehr zu einer weiteren Vergabe gekommen. Es sind dann 400.000 gezahlt worden. Und die EU-weite Ausschreibung, die im Anschluss durchgeführt wurde - ich weiß nicht, ob ich das schon erwähnt habe -, die die Begleitung für insgesamt drei Jahre vorsieht, kostet heute den Steuerzahler 1,2 Millionen. Und das LANUV arbeitet heute mit, aber es ist schon schwierig.

Holger Ellerbrock (FDP): Sie haben ausgesagt, dass es atmosphärische Spannungen zwischen dem Präsidenten des LANUV und dem Abteilungsleiter Friedrich gab. Worauf gründeten die sich? War der eine nicht kompetent genug? Wie war das?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Friedrich hielt Herrn Dr. Irmer für nicht kompetent genug und hatte ihn wohl aus einem . Der war ja vorher für Nordrhein-Westfalen in verschiedensten Gremien gewesen. Das hat Herrn Friedrich bewirkt, dass Herr Irmer nicht mehr dahin durfte oder so in der Art. Ich meine zu wissen, dass das die Hintergründe sind.

Holger Ellerbrock (FDP): Sie haben im Zusammenhang mit der Finanzierung von MAPRO als F+E-Projekt dargestellt, dass es nach Meinung des Abteilungsleiters aus der Abwasserabgabe finanziert werden sollte. Wie wurde denn konstruiert, dass MAPRO gruppennützig zu Gunsten der Abwasserabgabe verwandt wurde?

Zeugin Dorothea Delpino: Tja, das weiß ich nicht mehr. Da muss man mal in den Auftrag gucken. Erst mal die Überschrift. Die EU-weite Ausschreibung war ja unter der Rubrik „Dienstleistungen für Umweltschutz und Ökologie“, glaube ich, erschienen. Dann müssten Sie mir jetzt mal vorlesen, was „MAPRO“ heißt, und dann versuche ich, Ihnen zu erklären, dass wahrscheinlich diese iterativen Schritte für die Aufstellung des Maßnahmenprogramms irgendwie die wissenschaftliche Arbeit bedeuten sollten. Wobei natürlich auch jeder wusste, dass selbstverständlich auch die anderen Bundesländer dieselbe Wasserrahmenrichtlinie umsetzen mussten und nach meiner Kenntnis kein anderes Bundesland das irgendwie wissenschaftlich begleitet haben musste.

Holger Ellerbrock (FDP): Macht das denn jedes Bundesland für sich allein, oder wie läuft so etwas ab?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, selbstverständlich. Es ist ja eine Aufgabe für Nordrhein-Westfalen.

Holger Ellerbrock (FDP): Stimmen die sich ab?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, klar. Es gibt die Länderarbeitsgemeinschaft „Wasser“, wo versucht wird, gewisse Dinge abzustimmen. -£>n

Holger Ellerbrock (FDP): Können Sie denn etwas dazu sagen, ob es einen Auftrag oder eine Vereinbarung der anderen Bundesländer gegeben hat, dass eine hochwissenschaftliche Begleitung in Nordrhein-Westfalen übernimmt, dass die anderen Bundesländer dann Honig daraus saugen und entsprechende verfahrensleitende Hilfestellungen bekommen, oder war das eine Art Solitär? Ich kann mir das nicht vorstellen. Es geht ja um erhebliche Summen.

Zeugin Dorothea Delpino: Es ist mir nicht bekannt, dass Herr Dr. Friedrich seinen Kollegen aus den anderen Bundesländern irgendwas darüber erzählt hätte.

Holger Ellerbrock (FDP): Sie haben doch einmal im Zusammenhang mit der Landesrechnungshofanzeige gesagt, dass der Widerstand gebrochen wird. Fundstelle JM 72 Seite 87 ff. Dann gibt es noch eine Aussage . Ich muss das offener formulieren: Den Akten ist zu entnehmen - ich nenne die Fundstelle gleich -, dass der Staatssekretär in seinem Vermerk überrumpelt worden wäre. Fundstelle ist JM 3 Blatt 1.291.

- Herr Stotko, was ist los?

(Thomas Stotko [SPD]: Sie sollen wörtlich zitieren!)

Ja, das können wir machen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: So, wir suchen jetzt die Fundstelle heraus. Das ist: JM 3 Blatt 1.291.

Holger Ellerbrock (FDP): Damit wir alle etwas davon haben: Friedrich nutzte die Gespräche, um nicht „überfallartig“ mit Themen zu konfrontieren, um dazu eine Entscheidung von mir zu erhalten. So war es auch mit dem Projekt MAPRO. Im Rahmen eines solchen Gespräches sprach Herr Dr. Friedrich an, dass das Projekt MAPRO an das Institut für Siedlungswasserwirtschaft der RWTH Aachen als Forschungsauftrag vergeben werden sollte. Ich hatte bis dahin von dem Projekt MAPRO keine Kenntnis. Daher fragte ich nun, ob der Auftrag nicht ausgeschrieben werden müsse. Herr Dr. Friedrich räumte ein, dass es zwar innerhalb der Abteilung IV kontrovers diskutiert wurde, ob ein Vergabeverfahren erforderlich sei, vertrat aber die Ansicht, dass es üblich sei, dass Forschungsaufträge an universitäre Einrichtungen ohne Vergabeverfahren erteilt werden. Dem stimmte ich zu. Von

weiteren Bedenken der Referatsleiter, insbesondere wenn ich jetzt unter Punkt 15 des Vermerks von Herrn Spillecke lese, dass für die Abwicklung dieses Auftrages 17 Ingenieure, Chemiker täglich zu beschäftigen waren, hat Herr Dr. Friedrich mich nicht unterrichtet.

Das ist die Aussage von Herrn Staatssekretär Dr. Schink. Er sagt „überfallartig“ usw. Wie geschieht so etwas, dass ein Abteilungsleiter ein solches Millionenprojekt abwickelt? Beschreiben Sie einmal, wie so etwas abläuft.

- Der Kollege hat es gerade herausgesucht. Sie haben eben nach der Abkürzung „MAPRO“ gefragt: Antrag auf Förderung des Forschungsvorhabens: wissenschaftliche und fachliche Begleitung der iterativen Entwicklung der integrierten Maßnahmenprogramme zum Schutz und zur Verbesserung der Gewässergüte in den NRW-Anteilen der Flussgebietseinheiten Rhein, Weser, Ems und Maas (MAPRO NRW).

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Ellerbrock, habe ich das richtig verstanden: Sie wollen von mir wissen, wie mein Abteilungsleiter dieses Projekt in Auftrag gegeben hat?

Holger Ellerbrock (FDP): Nein, nicht wie er dieses in Auftrag gegeben hat. Er hat den Staatssekretär demnach irgendwie überzeugt. Waren Sie irgendwie beteiligt? Was wissen Sie darüber, wie so eine Überzeugungsarbeit abläuft?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich war nicht beteiligt, und ich weiß auch nicht, wie das dann läuft. Hintergrund war ja, dass, bevor man ein solches Projekt in Auftrag geben kann, eine sogenannte Mitzeichnungsleiste abgearbeitet werden muss. Dadurch, dass Herr Odenkirchen und insbesondere, glaube ich, Herr Spillecke nicht mitgezeichnet haben, musste sich Herr Friedrich das quasi von Herrn Schink absegnen lassen - so, vermute ich mal, ist das abgelaufen - mit dem Hintergrund, dass er in die Akten reinschreiben konnte: Der Staatssekretär hat das Projekt abgenickt. Aber in diesem Zusammenhang habe ich ja auch schon ausgesagt - mindestens bei der Staatsanwaltschaft -, dass im März, als ich diese Akte nachgesehen habe, dieser handschriftliche Vermerk von Herrn Friedrich noch nicht in der Akte war, aber später schon.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich gehe jetzt noch einmal einen Schritt weiter: Staatssekretärsgespräch. In der Diskussion eben haben Sie ausgeführt, dass Sie sich nach einem Staatssekretärsgespräch am 31.05.2006 dem Staatssekretär eröffnet hatten und neben dem Begriff Mobbing auch die Vergabepaxis angesprochen hatten und dass einen Tag später dann hier im Landtag ein zweites Gespräch stattgefunden hat, in dessen Ergebnis Sie mitgenommen haben, dass es da - dass Sie einen Vermerk gemacht haben. Habe ich das richtig verstanden?

Holger Ellerbrock (FDP): Nein?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein. Aus dem Gespräch habe ich mitgenommen, dass der Staatssekretär mich nicht im Regen stehen lässt, dass er handeln würde, wenn es konkrete Verfehlungen gibt, und dass er mich auf jeden Fall vor Repressalien des Herrn Dr. Friedrich schützen würde. Das habe ich da mit herausgenommen.

Holger Ellerbrock (FDP): Ja, das ist das eine. Sie haben danach aber noch mal gesagt, dass es dann drei Juristen gab, die sich mit Ausführungen beschäftigt haben.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, das war ...

Holger Ellerbrock (FDP): Das meine ich jetzt. Die müssen ja irgendetwas in der Hand gehabt haben, um sich damit zu beschäftigen.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, das hatte dann . Das müssen Sie Herrn Schink fragen.

Holger Ellerbrock (FDP): Okay.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe die Sachen Herrn Schink gegeben. Er muss sie dann an die Juristen weitergeleitet haben.

Holger Ellerbrock (FDP): Also nicht auf Weisung, auf mündliche Bitte, sondern das war Eigeninitiative.

Zeugin Dorothea Delpino: Hm.

Holger Ellerbrock (FDP): Das müssen Sie sagen; sonst steht es nicht im Protokoll.

Zeugin Dorothea Delpino: Bitte noch einmal. Was war Weisung?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Ellerbrock, Sie stellen hier wieder Suggestivfragen. Die Frage ist so nicht zulässig.

Holger Ellerbrock (FDP): Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, Sachverhalte an den Staatssekretär oder die drei Juristen, die sich mit der juristischen Aufarbeitung des Falles beschäftigten, heranzutragen. Diese Möglichkeiten, das heranzutragen, können sich auf unterschiedliche Motivationen stützen - beispielsweise auf schriftliche Weisung, mündliche Weisung, Eigeninitiative, kollegiales Gespräch, Hinweise usw.

(Thomas Stotko [SPD]: Das ist unzulässig! Spekulation!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das war ja noch nicht einmal eine Frage. Insofern .

(Zuruf: Eine Feststellung! - Heiterkeit - Thomas Stotko [SPD]: Sie haben recht, Herr Vorsitzender!)

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe ja schon ein paarmal gesagt - ich antworte jetzt auch gerne noch einmal -: Eigeninitiative.

Dann würde ich auch noch einmal um eine Pause bitten, weil es offensichtlich nicht im . Oder Sie sagen mir: noch eine Viertelstunde. Die halte ich durch, aber länger nicht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Mir liegen nach Herrn Ellerbrock noch drei weitere Wortmeldungen vor. Insofern gehe ich davon aus, dass wir mit einer Viertelstunde nicht auskommen werden. - Ich weiß jetzt nicht, wie viele Fragen Herr Ellerbrock noch hat. Vielleicht können wir die Fragen von Herrn Ellerbrock noch abschließen.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich habe noch eine Frage. Dann mache ich Schluss.

Zeugin Dorothea Delpino: Alles klar.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Okay. Dann machen wir diese Frage noch gerade.

Holger Ellerbrock (FDP): Im Zusammenhang mit dem Gespräch, das Sie eben mit Herrn Remmel geführt haben, ging es unter anderem um Festplatten, die ausgebaut werden, wenn man in Urlaub fährt. Wo gibt man die Festplatten dann im Hause ab? Oder was macht man damit?

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist aber auch nicht zulässig!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Ellerbrock!

Zeugin Dorothea Delpino: Man zieht die Tür zu und fährt in Urlaub.

Holger Ellerbrock (FDP): Also, MUNLV 1, Seite 367: Zur Festplatte: Am 16.06.2006 wurde das Referat I-7, zuständig für Informations- und Kommunikationstechnik, mit dem Abbau des Personalcomputers am Arbeitsplatz des Herrn Dr. Friedrich beauftragt. Dabei fiel auf, dass im Gerät nur eine Festplatte Samsung 40 GB eingebaut war. Es fehlten die zusätzlich installierte Festplatte Maxtor P-ATA 133 250 GB sowie die grüne Kunststoffabdeckung über den Festplatten. - Das veranlasst mich zu der Frage, ob so etwas häufiger vorkommt und wie man damit umgeht.

Zeugin Dorothea Delpino: Mir ist nicht bekannt, dass irgendjemand im Ministerium sonst jemals seine Festplatte ausgebaut hat und sie mit nach Hause genommen hat, wenn er Urlaub machte. Insofern .

Holger Ellerbrock (FDP): Okay. Dann mache ich jetzt erst einmal für diese Runde Schluss. - Danke.

Zeugin Dorothea Delpino: Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Von der Zeugin ist um eine Unterbrechung gebeten worden. Gehe ich recht in der Annahme, dass der Ausschuss eine Unterbrechung von 20 Minuten akzeptieren würde, damit wir noch eine kleine Mittagspause machen können?

Zeugin Dorothea Delpino: Gerne eine Mittagspause von 20 Minuten.

i +

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir setzen die Sitzung dann um 13:30 Uhr fort. Ist das in Ordnung? - Okay.

Frau Delpino, Sie können entweder im Zeugenraum warten - wir haben einen Zeugenraum für Sie vorbereitet -, wenn Sie alleine oder mit Ihrem Rechtsbeistand warten möchten. Sie können sich natürlich auch frei im Hause aufhalten und auch unser Betriebsrestaurant nutzen. Das ist Ihnen freigestellt. Wenn Sie Ruhe haben möchten, können wir Ihnen dafür aber auch einen Raum anbieten.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:10 Uhr bis 13:30 Uhr)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Damen und Herren, wir setzen unsere öffentliche Sitzung zur Beweisaufnahme mit Vernehmung von Frau Delpino fort. - Frau Delpino, ich darf Sie auch nach dieser Unterbrechung noch einmal an Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin erinnern. - Die nächste Fragestellerin ist Frau Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Frau Delpino, ich würde gerne noch einmal nachfragen. Sie sind ja als eine sehr geschätzte Kollegin von Herrn Friedrich angesprochen worden, zu seinem Ministerium zu wechseln. Ist Ihnen zu diesem Zeitpunkt bekannt gewesen, in welchem schwierigen Arbeitsverhältnis Herr Friedrich zu seinen anderen Mitarbeitern stand?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, das war mir in der Form nicht bekannt.

Annette Watermann-Krass (SPD): Als Sie dann gewechselt haben: War das Verhältnis anfänglich ein anderes, als es sich später entwickelt hat?

Zeugin Dorothea Delpino: Meinen Sie jetzt im Zusammenarbeiten von Herrn Dr. Friedrich und mir?

Annette Watermann-Krass (SPD): Ja, genau.

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, er hatte von Anfang großes Vertrauen zu mir, und das war ja bis zu Ende so.

Annette Watermann-Krass (SPD): Das Vertrauen war also bis zum Ende gegeben?

Zeugin Dorothea Delpino: Seitens Herrn Friedrich mir gegenüber, ja. Das war ein Prozess, bis ich mich entschieden hatte, das nicht weiter mitzutragen. Ja.

Annette Watermann-Krass (SPD): Da würde ich gerne auch noch einmal Ihre Einschätzung haben, ohne mich jetzt auf .

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Frau Watermann-Krass, Einschätzungen sind so eine Sache. Fragen Sie einmal nach Tatsachen.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ja, gut. - Das hat ja eine Dramatik gehabt. Innerhalb einer Woche ist das ja durch das Gespräch . Aufgrund der E-Mail mit der Offenbarung, dass Frau Frotscher-Hoof nicht mehr zuständig war, haben Sie ja das Gespräch mit Herrn Schink gesucht. Im Anschluss daran sind ja innerhalb einer Zeitfolge von einer Woche sowohl die Freistellung als auch dann die fristlose Kündigung ausgesprochen worden. Ist Ihnen bekannt gewesen, dass das eine solche Dramatik nimmt? Wie war Ihre Einschätzung in dem Bereich?

Zeugin Dorothea Delpino: Was soll ich jetzt darauf sagen? Es waren ja . Erst noch mal die Fakten .

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage wird auch gleich gerügt. Die Frage „Wie war Ihre Einschätzung?“ ist nicht zulässig. Man könnte fragen: Haben Sie abgesehen, dass es so kommt? - Aber anders geht es auch nicht.

(Lachen von Harald Giebels [CDU])

- Herr Giebels, ich helfe auch Ihnen gerne weiter, wenn es sein muss.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ich will mich gerne bemühen, das noch einmal zu formulieren.

(RA Norbert Hack: Es ist aber klar, was gemeint ist - ganz egal, wie man es formuliert!)

Zeugin Dorothea Delpino: Am 1. Mai hatte ich noch nicht so eine Ahnung davon, dass Herr Dr. Friedrich am 20. Juni oder so - ich weiß nicht genau, wann - freigestellt war. Das hat sich auch bei mir überrollt.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sie sprachen davon, dass Sie geschützt werden müssten.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Annette Watermann-Krass (SPD): Haben Sie sich vorgestellt, was Sie getan hätten, wenn er nicht ...

(Zuruf)

- Ja, ich bemühe mich. - Haben Sie einen Plan für sich gehabt, was Sie tun, wenn der Urlaub zu Ende ist und Herr Friedrich wiederkommt?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, habe ich nicht gehabt. Ich wollte mir das nicht vorstellen.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ab welchem Zeitpunkt waren Sie sicher, dass das, was Sie an Informationen weitergegeben haben, dann auch für Sie so weit ein Schutz ist?

Zeugin Dorothea Delpino: Auch das kann man eigentlich ableiten: an dem Donnerstag, als ich Herrn Staatssekretär über das Einstellungsverfahren informiert hatte. Vorher war ich mir überhaupt nicht sicher.

Annette Watermann-Krass (SPD): Damit meinen Sie die Offenbarung, ...

Zeugin Dorothea Delpino: So ist es.

Annette Watermann-Krass (SPD): . dass Sie vorher die Fragen und Antworten bekommen haben?

Zeugin Dorothea Delpino: Richtig. So ist es. Erst mit dieser Offenbarung habe ich für mich aus meiner Erfahrung gedacht: Das muss jetzt für die Kündigung ausreichen.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ja. - Danke schön.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich schaue in unserem Wechselspiel einmal auf die andere Seite, ob es dort im Augenblick Fragen gibt. - Herr Giebels.

Harald Giebels (CDU): Herr Vorsitzender, ich habe noch eine Frage. - In der Befragung durch den Kollegen Remmel ging es eben um das Stichwort „Professur für Dr. Friedrich“. In diesem Zusammenhang sind Auftragsvergaben thematisiert worden. Ich habe folgende Frage, Frau Delpino. Sie sagten: Jede Menge Aufträge sind an die RWTH gegangen; die hätten auch an andere Universitäten gehen können. - Ist Ihnen bekannt, wie viele Aufträge an die RWTH oder an andere Universitäten gingen?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, das kann ich Ihnen jetzt so nicht beantworten. Es waren schon eine ganze Reihe. Beispielsweise, was aktuell war, war ja auch das KARO-Projekt, das dann auch vom Lehrstuhl für Siedlungswasserwirtschaft in der Federführung durchgeführt wurde. Das waren, glaube ich, 2,2 Millionen €. Ich weiß das jetzt aber nicht im Detail. Es waren jede Menge. Das müsste man nachsehen.

Harald Giebels (CDU): Okay. - Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann ist Herr Kollege Remmel an der Reihe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Delpino, ich möchte gerne noch einmal auf die Situation zurückkommen, dass Sie am 31.05.2006 ein kurzes Gespräch mit Staatssekretär Schink hatten und am anderen Tag, wie Sie gesagt haben, hier im Landtag das zweite Gespräch. In der Folge haben Sie dann ja auch ziemlich intensiv gearbeitet. Vielleicht können Sie das noch einmal beschreiben.

(Karl Kress [CDU]: Was soll das: intensiv gearbeitet?)

Zeugin Dorothea Delpino: Gearbeitet?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Können Sie die Frage etwas konkretisieren, Herr Remmel? Die Zeugin weiß offensichtlich nicht, in welche Richtung sie geht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es gibt ja - dokumentiert in JM 2, 730 bis 748 - Mails von Ihnen an den Staatssekretär vom 01.06.2006, vom 07.06.2006, vom 11.06.2006, vom 16.06.2006, vom 19.06.2006, vom 22.06.2006 und vom 25.06.2006, also insgesamt sieben Mails mit einem gewissen Umfang. Ich gehe einmal davon aus, dass man eine solche Mail auch erarbeiten muss. Darin steckt ja auch ein bisschen Zeit. Deshalb frage ich. Sie müssen sich ja im Zeitraum vom 01. oder vom 31. bis zum 25. auch vornehmlich mit dieser Sache beschäftigt haben.

Zeugin Dorothea Delpino: Das ist nicht ganz richtig, Herr Remmel. Aber es ist so, dass alle sich das Eröffnungsspiel der Fußballweltmeisterschaft angeschaut haben und ich im Büro saß. Ich habe die Wochenenden, Samstag und Sonntag, dort verbracht. Ich habe quasi jede Minute meiner freien Zeit in der Tat in der Registratur verbracht und dann die Sachen zusammengeschrieben - auch weil ich hoffte, dass

ich die Dinge, die ich Herrn Schink gegenüber als Verdachtsmomente geäußert hatte, durch Akten belegen konnte. Er wollte mir ja . Ich denke mal, er hat mir am Anfang ja nicht geglaubt. Sie müssen ja auch wissen, dass ich mit dem Haus damals in eigener Sache über einen Rechtsanwalt schrieb.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Hatten Sie denn für diese Tätigkeit einen offiziellen Auftrag?

Zeugin Dorothea Delpino: Nochmals, Herr Rimmel - ich habe es bereits gesagt -: Es hat mich niemand beauftragt. Ich habe diese Sachen aus eigenen Stücken gemacht.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Es gibt also keinen Auftrag von Herrn Staatssekretär Schink: Stellen Sie mal was zusammen?

Zeugin Dorothea Delpino: Um Gottes willen, nein. Es gab die Zusage, dass er handelt, wenn es etwas Konkretes gibt; das war ja das, was ich eben auch schon ausgeführt habe, aus der in Köln gemachten Erfahrung: Wenn der Vorgesetzte dann nicht handelt, lässt man es besser bleiben.

Johannes Rimmel (GRÜNE): In einem der Gespräche, die Sie dann mit Herrn Schink hatten, habe es, wie Sie eben angesprochen haben - denn das war für mich jetzt neu -, Zusagen oder Aussagen von Herrn Schink gegeben, das Wasserreferat oder die Wassersache aus der Abteilung herauszulösen, um Sie zukünftig vor einem wiederkehrenden Dr. Friedrich zu schützen. War das eine definitive Zusage von Herrn Staatssekretär oder eine vage Andeutung?

Zeugin Dorothea Delpino: Eine Zusage hat er mir nicht gemacht. Ich hatte aber den Eindruck, dass er das auch ernst meinte, um mich zu schützen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): War das für Sie eine Bedingung, dass Sie sich .

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, ich habe keine Bedingungen gestellt.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Gut. - Dann habe ich noch eine Frage. Sie kennen ja das anonyme Schreiben an den Landesrechnungshof.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Bitte noch einmal die Fundstelle!)

Die Fundstelle habe ich jetzt nicht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: MUNLV 31, Seite 6.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe dort eben einen Blick hineingeworfen. Wenn Sie jetzt die Frage stellen, brauche ich vielleicht nicht noch einmal nach vorne zu gehen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay. - Ich würde gerne wissen, ob Sie mittlerweile vielleicht eine Erkenntnis darüber haben, woher dieses Schreiben kommt.

Zeugin Dorothea Delpino: Was soll das denn, Herr Remmel? Das Ding ist anonym. Ich habe da keine weiteren Erkenntnisse.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber danach fragen darf ich Sie ja.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja. - Ich habe keinerlei Erkenntnisse, wer dieses Schreiben damals verfasst hat, und habe auch in den Akten keine Hinweise gefunden. Ich habe allerdings auch nicht danach gesucht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. - Eben haben wir ja schon über bestimmte Sachverhalte gesprochen, die zumindest von anderer Seite als Korruptionsvorwürfe eingeordnet werden. Ich möchte noch einmal - Fundstelle: JM Band 1, Blatt 5 - einen Vermerk von Herrn Kriminalhauptkommissar Zenker zu der Anzeige des MUNLV vom 13.07. einbringen. Dort heißt es:

Dem Beschuldigten wird unter anderem vorgeworfen, wissenschaftliche Forschungsaufträge mit einem Volumen von rund 2,1 Millionen € unter Missachtung der einschlägigen Vergaberichtlinien an die RWTH Aachen bzw. private Institute vergeben zu haben. Nach dem bisherigen Ermittlungsstand wurde dem Beschuldigten nach Aussage der Zeugin Ministerialrätin Delpino hierfür zumindest ein hochwertiger Laptop seitens der RWTH zur Verfügung gestellt. Nach Aussagen der Zeugin Delpino habe der Beschuldigte Ende 2005 für sich selber, die Zeugin und einen weiteren Mitarbeiter seines Geschäftsbereichs jeweils ein Laptop bei der RWTH Aachen bestellt und dies, so die Zeugin Delpino, mit der Bemerkung kommentiert, das sei im Projekt drin. Während die Zeugin und der Mitarbeiter sich von der Annahme distanzieren, habe der Beschuldigte im Februar/März einen hochwertigen Laptop geliefert bekommen, der allerdings von der RWTH Aachen inventarisiert wurde. Auf eine weitere Verquickung zwischen der durch die Auftragserteilung begünstigten Stelle und dem Beschuldigten weist eine Dozentenfunktion an der RWTH Aachen hin, die der Beschuldigte dort angeblich unbezahlt wahrnimmt. Die genauen Umstände dieser und weiterer Vergaben werden derzeit seitens des MUNLV geprüft. Bis zum jetzigen Zeitpunkt - usw.

Hier wird also in der ersten Anzeige, die das MUNLV beim LKA macht, Bezug genommen auf Ihre Aussage zum Laptop und die Verquickung der Dozententätigkeit mit Auftragsvergaben. Welche genaue Zeugenaussage lag dieser Anzeige beim MUNLV zugrunde?

(RA Norbert Hack: Ist das nicht in den Akten enthalten? Das kann die Zeugin doch nicht aus dem Kopf wissen! Sie haben es doch gerade zitiert!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage von Herrn Remmel war, glaube ich, welche Zeugenaussage Sie da zu dem Sachverhalt gemacht haben.

Zeugin Dorothea Delpino: Das steht doch da.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Die Anzeige ist doch erst am 20.07. gekommen! Deswegen passt das doch gar nicht!)

Also, ich verstehe die Frage nicht. Ich habe irgendwann bei einer Vernehmung zu diesen Laptopgeschichten ausgesagt. Meine Aussage, was Herr Friedrich gesagt hat, war eindeutig. Was hier in einem Vermerk von einem Herrn Zenker geschrieben wurde, müsste man jetzt erst einmal überprüfen. Das habe ich ja so nicht gesagt. Das hat er da geschrieben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Bei welcher ...

Zeugin Dorothea Delpino: Konfrontieren Sie mich bitte mit meinen direkten Aussagen und nicht mit etwas, was ein Herr Zenker über meine Aussage zu Papier gebracht hat, wo ich jetzt nicht prüfen kann, ob ich das so gesagt habe. Ich habe das so nicht gesagt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Zu diesem Zeitpunkt gab es noch gar keine Vernehmung und gar keine Zeugenaussage. Das war am 13.07.2006. Hier geht der Ministerialrat Dr. Günther zum LKA, oder das LKA kommt ins MUNLV. Das ist der Vermerk, der anschließend von dem Gespräch gemacht wird. Dem muss also doch eine Aussage von Ihnen, wem auch immer gegenüber, zugrunde liegen.

(RA Norbert Hack: Ja, was denn nun? Gab es jetzt eine Aussage, oder gab es keine?)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Formulieren Sie es bitte einmal anders, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie gegenüber Herrn Dr. Günther oder dem Ermittlungsteam im Haus oder gegenüber Herrn Staatssekretär Schink die „Korruptionsvorwürfe“ - in Anführungsstrichen - „Verquickung Dozententätigkeit“ und „Auftragsvergabe RWTH Aachen“ bzw. „geldwerte Vorteile Laptop“ erwähnt?

Zeugin Dorothea Delpino: Mit Herrn Schink habe ich überhaupt nicht darüber gesprochen. Es hat dann Fragen von Herrn Dr. Günther gegeben. Das müsste dann aber auch irgendwo ... Ich denke einmal, dass hat er aufgeschrieben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben also .

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe Folgendes mitgeteilt: Mir ist aufgefallen ... Oder in dem ganzen Zusammenhang hat Herr Dr. Friedrich so nebenbei gesagt: Da gibt es ja das Projekt KARO. Da habe ich jetzt mal drei Laptops bestellt: für mich, für Sie und für Dr. Mertsch. - Darauf habe ich geantwortet: „Herr Dr. Friedrich, wenn ich einen Laptop brauche, bekomme ich ihn vom Haus“, und habe mit Herrn Dr. Mertsch darüber gesprochen, dass ich es ungewöhnlich finde, dass man sich in einem Projekt der TH Aachen drei Laptops bestellen kann. Es ist dann einer geliefert worden. Das war dann auch klar. Später habe ich dann gesehen, dass er inventarisiert worden ist in diesem Auftrag der TH Aachen, in diesem KARO-Projekt.

Mehr habe ich nicht gesagt. Ich habe da keine Vermutungen angestellt - nichts, aber auch gar nichts -, geschweige denn das Wort Korruption auch nur in den Mund genommen.

(RA Norbert Hack: Herr Mertsch!)

- Herr Mertsch hat auch abgelehnt, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber wem gegenüber haben Sie das denn erwähnt vor der .

Zeugin Dorothea Delpino: Das weiß ich nicht mehr. Ich meine, es wäre gegenüber Herrn Dr. Günther gewesen, der mich danach gefragt hat - irgendwie mit Laptop.

Johannes Remmel (GRÜNE): In welchem Zusammenhang denn?

Zeugin Dorothea Delpino: Das weiß ich nicht mehr.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie können sich also nicht erinnern?

Zeugin Dorothea Delpino: In dem ganzen . Anfang Juli hat er Gespräche geführt, ja, und hat noch einmal nachgefragt. Da muss das gewesen sein. Aber, wie gesagt: Ich habe das nirgendwo dokumentiert.

Johannes Remmel (GRÜNE): War das vor der Kündigung oder nach der Kündigung?

-

Zeugin Dorothea Delpino: Wann war denn die Kündigung? Ich weiß es nicht. Ich habe das Kündigungsschreiben nicht geschrieben. Ich habe den ganzen Prozess und alles nur aus dem Blick einer nicht Beteiligten wahrgenommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber es gab ja auch Pressemeldungen, oder es ist ja im Haus kolportiert worden.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja. Ich weiß, dass die Presse auch in Bezug auf meine Person sehr aktiv war. Ich weiß auch, was ich gesagt habe und was ich nicht gesagt habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Der Zeitraum der Kündigung ist aber doch relativ klar einzuordnen, oder? - Also, die Frage war: Ist das mit dem Laptop und dem Gespräch mit Herrn Dr. Günther vor der Kündigung gewesen oder nach der Kündigung?

(Heinrich Kemper [CDU]: Das ist doch beantwortet!)

- Ich habe da noch keine Antwort bekommen.

(Heinrich Kemper [CDU]: Akustisch nicht? Oder wie?)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage ist an die Zeugin gestellt worden. Dazu muss sie wissen, wann die Kündigung war.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja. Wann war sie denn? Wann ist das Kündigungsschreiben ausgestellt? Das weiß ich alles nicht. Ich habe .

(Karl Kress [CDU]: Das kann sie doch gar nicht wissen!)

Ich nehme an, dass diese Aussage später war. Herr Friedrich sollte, glaube ich, am 20. Juni wiederkommen - jedenfalls im Juni. Wenn das eine Aussage aus dem Juli ist, dann war es danach. Das können Sie doch sicher selbst in Ihren Akten nachprüfen - besser als ich.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nun haben wir heute Morgen auch eine Reihe von Vorwürfen besprochen - im Zusammenhang mit dem Einstellungsverfahren, im Zusammenhang mit den Vergaben und jetzt im Zusammenhang mit dem Laptop. Das sind ja alles Vorwürfe, die zu einem umfangreichen Ermittlungsverfahren geführt haben. Wie haben Sie denn reagiert, als klar geworden ist, dass diese Verfahren sämtlich eingestellt worden sind?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Remmel, ich habe keinerlei Vorwürfe geäußert. Ich habe Dinge, die mir aufgefallen sind, in Vernehmungen der Staatsanwaltschaft mitgeteilt. Ich habe keinerlei Schlüsse daraus gezogen - nichts.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe ja nur gefragt, wie Sie darauf reagiert haben.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe darauf nicht reagiert. Was soll ich denn reagieren? Halten Sie sich doch noch einmal Folgendes vor Augen: Nachdem Herr Friedrich gekündigt war, war meine erste Vernehmung in diesem Zusammenhang, glaube ich, am 1. August 2005. Danach ist ein halbes Jahr nichts passiert - nichts. Ich wusste ... Ich dachte: Klar, gut, dann war es halt so. - Ich war doch diejenige, die

am meisten überrascht war, als die Staatsanwaltschaft mich dann nach Ostern 2007 anrief und sagte, sie wolle mich noch einmal vernehmen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das wäre eine nächste Fragerunde, die ich gerne an Sie richten würde. Ich hatte ja eben schon einmal angefangen zu fragen, wie viele Zeugenaussagen Sie getätigt haben. Sie können sich nicht mehr genau daran erinnern.

Ich habe noch einmal im Inhaltsverzeichnis zur Hauptakte nachgeschaut. Das ist IM 219, Blatt 2810 bis 2843. Zumindest ausweislich dieses Verzeichnisses sind es insgesamt sechs Zeugenaussagen, die Sie getätigt haben. Welche weiteren Kontakte hat es denn zwischen Ihnen und dem LKA bzw. der Staatsanwaltschaft gegeben?

Zeugin Dorothea Delpino: Auch das ist aktenkundig. Sie könnten es gelesen haben. Diese Vernehmungen beim LKA sind nicht so, dass man gerne dorthin geht. Sie haben mich sehr belastet. Es war dann auch so, dass man dort mit dicken Akten konfrontiert wird und dann irgendetwas dazu sagen soll. Daher habe ich dann gesagt: Wenn es darum geht, irgendeine Akte einzuschätzen, möchte ich diese Akte vorher haben; dann kann man mich danach vernehmen.

In diesem Zusammenhang hat es dann Mails gegeben, in denen die Staatsanwaltschaft mich auch schriftlich gefragt hat. Ich habe dann auch schriftlich geantwortet. Bei der nächsten Vernehmung - ich meine jedenfalls, so sei das Prozedere gewesen - hat man dann gesagt: Das haben Sie uns geschickt. Jetzt gucken Sie sich das noch einmal an. Dann nehmen wir es zu den Vernehmungsakten. - So ist das gelaufen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es gab also jeweils jenseits der konkreten Vernehmungen einen Mailaustausch zwischen Ihnen und dem LKA, wo bestimmte Fragen gestellt worden sind?

Zeugin Dorothea Delpino: Weil ich darum gebeten hatte, jawohl.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist Ihnen denn erläutert worden, dass das Teil der Zeugenvernehmung ist?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Remmel, das habe ich gerade beantwortet.

(RA Norbert Hack: Die Frage ist Quatsch! Das ist ja kein Teil der Vernehmung!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Bitte?

(RA Norbert Hack: Das steht alles in der StPO drin! So etwas ist kein Teil der Vernehmung!)

Zeugin Dorothea Delpino: Deswegen hat man mich dann bei der nächsten Vernehmung noch einmal speziell gefragt, ob man das zu den Vernehmungsakten nehmen kann. Das habe ich gerade ausgeführt, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und dann ist es sozusagen Gegenstand der .

Zeugin Dorothea Delpino: Das ist in den Akten. Sie liegen Ihnen ja vor.

Johannes Remmel (GRÜNE): Waren diese Kontakte mit dem LKA und die Aussagen, die Sie jeweils per Mail mit dem LKA ausgetauscht haben - laut dem Verzeichnis der Hauptakte handelt es sich um mindestens 15 weitere Kontakte -, denn mit dem Staatssekretär oder mit einem Vorgesetzten abgestimmt? Sind die abgestimmt worden?

Zeugin Dorothea Delpino: Die ersten Mails habe ich mit niemandem abgestimmt. Irgendwann wurde es im Haus so geregelt, dass alle Kontakte, die man mit dem LKA hatte, über Herrn Dr. Günther abzuwickeln seien. Insofern habe ich diese Schriftstücke dann auch über Herrn Dr. Günther geleitet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Die Anfragen des LKA sind also über Herrn Dr. Günther wieder ans LKA zurückgegangen?

Zeugin Dorothea Delpino: Soweit ich mich erinnere, habe ich das über Herrn Dr. Günther gemacht. Ich überlege. Am Anfang, glaube ich, nicht und dann irgendwann schon. Ich habe mich an das gehalten, wie es im Haus geregelt war.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ab wann war das denn Ihrer Meinung nach geregelt?

Zeugin Dorothea Delpino: Das weiß ich nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Können Sie sich daran erinnern, dass es auch Kontakte zu Ihrem privaten Mail-Account vom LKA gegeben hat?

Zeugin Dorothea Delpino: Daran kann ich mich nicht erinnern, das weiß ich nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann möchte ich Sie fragen, ob Sie sich daran erinnern - IM 217, 1522 -, dass Ihnen Herr Lech am 12. Dezember 2008 an Ihre private E-Mail-Adresse geschrieben hat:

Hallo Frau Delpino, in der Anlage wie abgesprochen ein Link zu der Firma ÖkoLogic und ein Link des Justizministeriums zum Statement der Frau Justizministerin. Alles Gute, E. Lech.

Zeugin Dorothea Delpino: Aus dem „Alles Gute“ können Sie entnehmen, dass ich wohl krank war. Da hat er wohl mal etwas an meine private E-Mail-Adresse geschickt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat es darüber hinaus noch einen weiteren Austausch zwischen dem LKA und Ihnen über Ihre private E-Mail-Adresse gegeben?

Zeugin Dorothea Delpino: Soviel ich weiß, nicht. Daran kann ich mich nicht erinnern.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und warum hat er Ihnen die Links geschickt? Für eine Zeugenvernehmung scheinen die mir nicht relevant zu sein.

Zeugin Dorothea Delpino: Wie war die Mail noch mal? Können Sie mir noch mal vorlesen, was er mir geschrieben hat?

Johannes Remmel (GRÜNE): Hallo Frau Delpino, in der Anlage wie abgesprochen ein Link zu der Firma ÖkoLogic und ein Link des Justizministeriums zu dem Statement der Frau Justizministerin.

Zeugin Dorothea Delpino: Er hatte mich angerufen. Er hatte irgendwie Kontakt zum Ministerium gehabt und dann erfahren, dass ich krank war. Dann hat er mich angerufen und gemeint, die Frau Ministerin sei im Justizausschuss vernommen worden, ob ich das wüsste. Ich habe gesagt, nein, ich müsste mich zu dem Ganzen informieren. Dann hat er mir diese Mail geschickt. Das war der Link zur Justizministerin. Daran kann ich mich erinnern. Das hatte aber mit der ganzen Akte meiner Meinung nach nichts zu tun.

Zu ÖkoLogic weiß ich nichts. Er wollte noch einen Auftrag zur Überprüfung geben und hatte dann gefragt, ob mir diese Firma - sie hatten wohl überlegt: Wer könnte unabhängig prüfen? - etwas sagt. Ich habe gesagt, das wüsste ich nicht, das könnten sie machen, wie sie wollten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber so ein Austausch mit dem LKA sozusagen auf kurzem Dienstwege war bei Ihnen üblich?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Remmel, er war keineswegs üblich. Alle Mailverkehre sind bis auf diesen einen an das MUNLV gegangen und über Herrn Dr. Günther gelaufen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Die Fundstelle noch mal!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gern MUNLV Band 7, Blatt 518 einführen. Das ist ein Vermerk von Herrn Dr. Mertsch an AL IV: Staatsanwaltliche Ermittlungen und Umgang mit Akten. Ich zitiere:

In den letzten 1,5 Jahren sind Hunderte von Akten, die im Zusammenhang mit der Verwendung der Abwasserabgabe stehen, aus der Registratur entnommen worden. Teilweise wurden Ersatzakten erstellt. Eine reguläre Bearbeitung von Vorgängen ist seitens des Referats IV-7 zumindest erschwert. Ich habe großes Verständnis für jegliche Unterstützung des Landeskriminalamtes, wenn aber einzelne Personen der Abteilung IV aus offensichtlich persönlichem Antrieb Aktenentnahmen vornehmen und weiterleiten, halte ich dies für bedenklich. Wenn jeder in der Abteilung Miss Marple und Agatha Christie spielt, kann dies im Übrigen auch nicht teambildend sein. Vielmehr entsteht eine Atmosphäre des Misstrauens.

Hat Herr Dr. Mertsch hiermit auf einen Umstand abgehoben, dass auch Sie sich mit den Akten aus der Registratur im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe intensiver beschäftigt haben?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich weiß nicht, was Herr Dr. Mertsch damit meinte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie sich mit den Akten der Abwasserabgabe aus der Registratur intensiver beschäftigt? Wie viele Akten haben Sie der Registratur in diesem Zusammenhang entnommen?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Remmel, ich habe all die Dinge kopiert bis auf eine Akte. Eine Akte habe ich nicht kopiert. Ich habe Herrn Schink schriftlich gebeten, sie mir zurückzugeben. Ansonsten habe ich nichts entwendet, alles kopiert und in einen neuen Ordner getan, sodass Herr Mertsch die Zeit vor der Kündigung des Herrn Friedrich nicht meinen kann. Das wusste er gar nicht. Insofern muss er etwas anderes meinen. Ich habe keinerlei Akten aus der Registratur entwendet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Zu welchen Projekten haben Sie denn auf Anfrage des LKA Prüfungen im Haus vorgenommen?

Zeugin Dorothea Delpino: Da hätte ich jetzt gerne meine Aussagen; das war eine ganze Reihe. Die haben irgendwelche Dinge - was auch immer -, wo sie meinten, dass ich sie überprüfen sollte ... Sie haben mir beispielsweise ein Wasserrad oder so etwas oder eine Energieuntersuchung einer Kläranlage gegeben und dann die Frage gestellt: Ist das aus Ihrer Sicht aus der Abwasserabgabe zu finanzieren? Ich habe dann eine Einschätzung vorgenommen. Das war eine ganze Reihe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie viele Einschätzungen waren das?

Zeugin Dorothea Delpino: Das weiß ich nicht. Ich sage ja: Es war eine ganze Reihe. Sie haben eben vorgelesen, dass es sechs Zeugenaussagen und 15 Mails

waren. Ich habe nicht im Kopf, welche Akten ich damals zur Bewertung vorgelegt bekommen habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das waren also nicht nur ein, zwei, sondern mehrere?

Zeugin Dorothea Delpino: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Was haben Sie da jeweils bewertet oder sollten Sie im Auftrag des LKA bewerten?

Zeugin Dorothea Delpino: Das habe ich gerade schon erläutert. Nochmals: ob es nach meiner Einschätzung Projekte waren, die man aus der Abwasserabgabe finanzieren durfte. Ich wurde nach meiner Einschätzung gefragt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also ob das Forschungsvorhaben waren, ob die aus der Abwasserabgabe .

Zeugin Dorothea Delpino: Ja, genau. Ob es sich um Forschungs- und Entwicklungsvorhaben handelte und ob man die aus der Abwasserabgabe finanzieren durfte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ihrer beruflichen Vita ist zu entnehmen, dass Sie studierte Bauingenieurin sind. Hier handelt es sich um Fragestellungen, die in den Bereich der juristischen Einschätzung gehen: Ist es Abwasserabgabe? Ist das alles juristisch in Ordnung? Es sind auch Fragestellungen, die sich mit einer Einschätzung von forschungspolitischen Zusammenhängen beschäftigen. Sahen Sie sich zur Beantwortung dieser Fragen ausreichend qualifiziert?

(Karl Kress [CDU]: Ist das zulässig? - Der Vorsitzende nickt.)

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Remmel, als stellvertretende Abteilungsleiterin war ich in der Hierarchie quasi direkt unter Herrn Friedrich und Herrn Düwel. Wenn wir Herrn Friedrich zugestehen, dass er diese Aufträge vergeben kann, dann müssen Sie mir auch zugestehen, dass ich einschätzen kann, ob es ein F+E-Vorhaben sein könnte und ob man es aus der Abwasserabgabe finanzieren kann. Das müssen Sie mir schon zugestehen.

Sie haben recht, dass ich keine Juristin bin, dass es sicherlich Grenzfälle gibt, in denen man sich trefflich darüber streiten könnte, ob man dies noch aus der Abwasserabgabe finanzieren kann oder nicht. Aber manches war dann auch offensichtlich, dass man sagen konnte: Das ist schon grenzwertig. Das war auch der Staatsanwaltschaft bewusst. Es war ja nicht so, dass sie nicht wussten, dass ich keine Juristin bin. Trotzdem wollten Sie von mir eine erste Einschätzung haben. Die habe ich gegeben, mehr nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie sich denn bezogen auf die Einschätzungen - das war nicht nur eine Einschätzung, sondern gleich mehrere - jeweils im Haus rückversichert? Haben Sie Sachverstand eingeholt? Sie haben ja einen Wasserjuristen in der Abteilung, es gibt bestimmt auch Kolleginnen und Kollegen, die den Forschungsumfang von Projekten einschätzen können. Haben Sie sich da rückversichert?

Zeugin Dorothea Delpino: Herr Remmel, das waren Projekte, die bereits Jahre vorher genehmigt waren, bei denen dann schon das Haus quasi meinte, dass man F+E-Vorhaben daraus machen und auch aus der Abwasserabgabe finanzieren konnte, genau wie MAPRO, das auch als F+E-Vorhaben aus der Abwasserabgabe in Auftrag gegeben worden war. Sie könnten natürlich sagen: Da haben schon andere draufgeguckt, dann braucht Frau Delpino nicht mehr draufzugucken.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich gebe Ihnen jetzt ein paar - ich muss das leider in die Ausschussarbeit einführen - Dokumente an und frage jeweils zu den Dokumenten, ob Sie die Stellungnahmen entsprechend mit Mitgliedern oder anderen Kolleginnen und Kollegen im Haus oder Herrn Dr. Günther abgestimmt haben.

Hier ist eine Anfrage von Herrn Lech vom 4. September 2007 - das ist IM 228, 6239 -:

Hallo Frau Delpino, bezugnehmend auf Ihr heute übergebenes Schreiben möchte ich Sie bitten, den Aktenplan IV-9 dahin gehend auszuwerten, ob darin weitere Vorhaben aufgeführt sind, die nicht, wie antrags- und auftragungsgemäß dargestellt, F+E-Vorhaben sind, ob sie aus der Abwasserabgabe finanziert wurden und ob sie in diesen Fällen der Zweckbindung der Abwasserabgabe entsprachen. Insbesondere sollte sich Ihre Auswertung auf die Auftragnehmer beziehen, die Sie bereits in Ihrem Schreiben vom 7. Juni an Herrn Staatssekretär Schink aufführten.

Das ist dann recht umfangreich, daran sind bestimmt sieben Seiten Listen und Projekte angehängt. Wie haben Sie den Auftrag erledigt? Mit wem haben Sie den abgesprochen?

Zeugin Dorothea Delpino: Sie sprechen jetzt davon, dass das sieben Seiten Projekte sind.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, das ist eine ziemlich lange Liste. Sie können auch gerne in die Akte gucken.

Zeugin Dorothea Delpino: Sie wissen auch, dass es nicht entsprechend den Hunderten von Akten Einschätzungen von mir gab. Wenn ich zu jedem der dort aufgeführten Projekte irgendwas geäußert hätte, hätten Sie das doch in der Akte finden müssen. Das habe ich nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Delpino, ich möchte Sie hier fragen. Das Aktenstudium hatten wir vorher. Sonst bräuchten wir keine mündliche Befragung zu machen.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich versuche mich zu erinnern, was für Projekte ich in dem Zeitraum oder was ich bei Herrn Lech gemacht habe. Ich habe jedenfalls nicht sieben Seiten - mal wie viele Spalten? - Akten studiert.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann gibt es eine Mail vom 11. Oktober 2007 von Ihnen an Herrn Lech - IM 227, Blatt 6133 -:

Sehr geehrter Herr Lech, beigefügt übersende ich Ihnen meine Einschätzung zum F+E-Vorhaben „Niederschlagswassereinleitung in NRW, Ermittlung der punktuellen Entlastungsströme aus Mischsystemen in Nordrhein-Westfalen“.

Angehängt ist dann ein entsprechendes Schreiben von Ihnen, in dem Sie zu dem Ergebnis kommen: Nach Prüfung des Vorhabens komme ich zu dem Ergebnis, dass es sich nicht um ein F+E-Vorhaben handelt.

Wie sind Sie zu dieser Einschätzung gekommen? Haben Sie die Einschätzung mit Herrn Dr. Günther abgesprochen?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe gar nichts mit Herrn Dr. Günther abgesprochen. - Das zu Anfang.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann möchte ich IM 227, Blatt 6106 mit Datum vom 8. November einführen:

Sehr geehrter Herr Lech, zum Projekt KARO nehme ich nachfolgend Stellung: Das F+E-Vorhaben „Ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen“ ... Bereits in meinem Schreiben vom 29. August habe ich ausgeführt, welche Voraussetzung ... Nach Prüfung des Vorhabens komme ich zu dem Ergebnis, dass es sich bei KARO nicht um ein F+E-Vorhaben handelt.

Zeugin Dorothea Delpino: So ist es, ja. Vom Grundsatz her muss man sich fragen: Was ist überhaupt ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt? Kann man die Dinge beschreiben? Woran hängt sich ein F+E-Vorhaben auf? Es gibt keine genormte Erläuterung, was das eigentlich ist, aber man kann das schon an gewissen Punkten festmachen. Wenn man zum Beispiel neue Erkenntnisse gewinnt, die man vorher nicht absehen konnte, also das Ergebnis offen ist, bei denen man den Aufwand vielleicht auch noch nicht so abschätzen konnte, dann geht es um ein F+E-Vorhaben.

Es gibt meiner Meinung nach Ausschlusskriterien. Wenn man eine Leistung von vornherein beschreiben und sagen kann: „Im Ergebnis kommt das und das raus“, wenn ich das programmieren kann, dann wage ich zu bezweifeln, dass es ein F+E-Vorhaben ist, insbesondere wenn auch im Vorfeld abgeschätzt wird: „Für dieses

F+E-Vorhaben braucht man 31,5 Mannmonate", und siehe da, Welch Wunder, alle F+E-Vorhaben brauchen exakt diesen Zeitraum. Das F+E-Vorhaben ist nicht einen Tag früher fertig, sondern endet genau an dem Tag, an dem die Auftragssumme erschöpft ist. Das sind ein paar Hinweise, bei denen ich sage: Man kann mal detaillierter nachgucken, ob es ein F+E-Vorhaben ist.

Zu der Frage: Kann man die Dinge aus der Abwasserabgabe bezahlen? Man muss sich mit den entsprechenden Paragrafen im Abwasserabgabengesetz beschäftigen, wo aufgeführt ist, dass es im Ergebnis auch zur Verbesserung der Gewässergüte kommen muss. Man kann sich juristisch streiten: Wie mittelbar muss das sein? Ich habe mir damals jeweils in der Akte angeschaut: Wie war der Auftrag? Was hat der Auftragnehmer erarbeitet? Wie waren die Ergebnisse? Dann habe ich eine Einschätzung gemacht. Darum hatte mich die Staatsanwaltschaft gebeten. Mehr habe ich nicht getan.

Ich habe, glaube ich, mal mit Herrn Spillecke darüber diskutiert, wie man § 13 Abs. 2 zu verstehen hat, ob ich ihn so richtig verstanden habe. Ich habe damals schon mit den Juristen auch mal ein Gespräch geführt, um zu fragen: Liege ich ganz falsch, wenn mir der mittelbare Bezug zu einer Ausstellung in China nicht klar wird, nämlich wie sich die Gewässergüte in Nordrhein-Westfalen verbessern soll, wenn in China Kläranlagen verkauft werden? Das müsste mir eigentlich einleuchten, leuchtete mir aber nicht ein. Das waren Dinge, die ich auch mal ein bisschen mit Herrn Spillecke besprochen habe.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Haben Sie Einschätzungen an das LKA weitergegeben oder rechtliche Wertungen?

Zeugin Dorothea Delpino: Was habe ich denn da geschrieben?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sie haben eben gesagt, Sie hätten Hinweise und Einschätzungen weitergegeben.

Zeugin Dorothea Delpino: Einschätzungen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Die Aussagen in den Briefen sind ja relativ definitiv. Danach handelt es sich nicht um ein F+E-Vorhaben.

Zeugin Dorothea Delpino: Ja. Ich als Dorothea Delpino habe gesagt: Ich halte das nicht für ein F+E-Vorhaben. Das war die Frage. Sie hätten ja auch jemand anders fragen können. Sie haben mich gefragt. Was soll das denn?

RA Norbert Hack: Dazu muss man vielleicht mal einen Satz sagen, Herr Rimmel. Dass das LKA .

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich hatte nicht den Rechtsbeistand gefragt.

RA Norbert Hack: Ja, aber .

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Hack, Sie sind eigentlich gar nicht dran, es sei denn, Sie möchten etwas Verfahrensrechtliches oder zu Zulässigkeitsfragen sagen.

RA Norbert Hack: Genau das wollte ich.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann bitte sehr. Wenn Sie einen Einwand zur Zulässigkeit einer Frage von Herrn Remmel haben, können Sie den jetzt vortragen. Benutzen Sie bitte das Mikrofon.

RA Norbert Hack: Es ist doch ganz einfach. Dass das LKA unzuständige Fragen an Zeugen stellt, dafür kann doch der Zeuge nichts. Das wird hier hinterfragt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich sehe hier keinen Zusammenhang mit der Zulässigkeit einer Verfahrensfrage.

RA Norbert Hack: Ja, sicher. Deswegen ist die Frage unzulässig. Aus dem Inhalt der Frage ergibt sich, dass sie unzulässig ist.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich sehe die Frage nicht als unzulässig an, Ihre Einschätzung teile ich nicht. Ich gucke in den Raum, ob wir dafür eine Unterbrechung brauchen oder nicht. Ich halte die Frage für zulässig. - Machen Sie weiter, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn zu irgendeinem Zeitpunkt gegenüber dem LKA mündlich oder schriftlich erklärt, dass Sie sich in diesen Fragestellungen für nicht ausreichend qualifiziert halten, um dazu Stellung zu nehmen bzw. haben eine Auskunft dann auch verweigert?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe meiner Meinung nach auch aktenkundlich gesagt, dass ich nicht Juristin bin.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hier wird von Herrn Ellerbrock die Zulässigkeit einer Frage gerügt. Vielleicht können wir das ganz kurz ohne Sitzungsunterbrechung klären.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich halte diese Frage für fast ehrabschneiderisch. Da sitzt eine stellvertretende Abteilungsleiterin, die ihrem täglichen Dienst nachkommt und das darstellt, was man täglich macht. Das jetzt laufend infrage zu stellen, geht irgendwo zu weit.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielleicht darf ich mir eine Anmerkung erlauben. Es geht um die Frage: Welche Kontakte bestanden zwischen dem Umweltministerium und LKA oder Staatsanwaltschaft? Dazu gehören auch Stellungnahmen. Ich denke allerdings, es würde zu weit gehen, wenn wir die Stellungnahmen im Detail auf inhaltliche Richtigkeit überprüfen würden. Solche Fachdiskussionen, was bei einer Stellungnahme inhaltlich richtig oder falsch ist, würden nach meiner jetzigen Einschätzung vielleicht ein bisschen zu weit führen.

Generell halte ich allerdings die Frage nach den Kontakten zwischen LKA und Umweltministerium und dann auch der Zeugin für zulässig. Gucken wir bitte, dass wir nicht so viele fachspezifische Diskussionen haben, um auch nicht den Untersuchungsauftrag aus dem Auge zu verlieren. - Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Vorsitzender, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es gerade der Untersuchungsauftrag ist, danach zu fragen, ob und in welcher Weise es vor und nach Einleitung des Ermittlungsverfahrens Kontakte zwischen MUNLV und den Ermittlungsbehörden gegeben hat. Selbstverständlich ist die Einschätzung von Vergaben im Zusammenhang mit der Ermittlung für die Ermittler von entscheidender Bedeutung. Deshalb muss man gerade nach den Einschätzungen, wie sie Frau Delpino mehrfach gegeben hat, fragen. Ich werde deshalb fortsetzen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich muss leider noch einmal unterbrechen. Herr Kollege Kemper rügt noch etwas zur Zulässigkeit.

Heinrich Kemper (CDU): Ich habe noch ein Problem. Da ich nicht Jurist bin, möge man mir doch bitte erklären: Wenn jemand eine fachliche Einschätzung gibt, habe ich ein Problem damit, wenn der Befragte dies anschließend als rechtliche Einschätzung einordnet. Für mich ist jemand, der befragt wird und dann fachlich antwortet .

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kemper, für eine intensivere Diskussion müssen wir zum nichtöffentlichen Teil übergehen. Das sind Diskussionen, die wir nicht in öffentlicher Sitzung führen können. Wenn seitens der CDU-Fraktion eine Nichtöffentlichkeit gewünscht wird, um diese Verfahrensfrage zu erörtern, beschleunigt das zwar nicht die weitere Sitzung, aber das können wir gerne machen.

(Harald Giebels [CDU]: Warten wir die nächste Frage ab!)

- Okay. - Herr Kollege Remmel, Sie sind mit Ihrer nächsten Frage dran.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte noch mal auf die Mail vom 20. November 2007 zurückkommen; IM 227, Blatt 6010. Sie kommen auch hier bezogen auf das Projekt KARO zum Schluss zu der Einschätzung - ich zitiere -:

Der dritte Ergänzungsantrag ist meines Erachtens ebenfalls kein F+E-Vorhaben. Hierbei handelt es sich zu 85 % um reine Programmierarbeiten, neue

wissenschaftliche Erkenntnisse werden durch den Ergänzungsauftrag nicht gewonnen. Die Leistung ist beschreibbar und hätte ausgeschrieben werden können.

Das ist eine eindeutige Einschätzung. Ist die Stellungnahme mit Herrn Dr. Günther abgestimmt worden?

Zeugin Dorothea Delpino: Vielleicht noch mal zur Klarstellung: Ich habe gesagt, der Schriftwechsel lief über Herrn Dr. Günther. Es wurde nichts abgestimmt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aus der Mail ist das nicht zu erkennen. Die Mail ist direkt von Ihnen an Herrn Lech gerichtet. Sie können das gerne auch einsehen.

Zeugin Dorothea Delpino: Dann wurde es auf jeden Fall noch mal als Kopie an Herrn Dr. Günther gegeben. Ab einem bestimmten Zeitpunkt, als das im Haus vorgeschrieben war, habe ich die Sachen Herrn Dr. Günther gegeben, und er hat sie weitergegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): 20. November 2007. War das zu diesem Zeitpunkt schon vorgeschrieben? Jedenfalls ist diesem Vorgang nicht zu entnehmen, dass er Herrn Günther zur Kenntnis gegeben worden ist.

Zeugin Dorothea Delpino: Das weiß ich nicht. Dann muss man noch mal in die Akte gucken. Ich war mir sicher - jetzt bin ich unsicher -, dass alles über Herrn Günther gelaufen ist. Aber insgesamt wurde nichts mit Herrn Dr. Günther abgestimmt, was die Inhalte der Einschätzungen angeht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Mit Herrn Dr. Günther wurden die Inhalte der Einschätzungen nicht abgestimmt?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay. Dann würde ich Sie gerne noch fragen, ob Sie dem LKA selbst Vorschläge gemacht haben, was weiter zu prüfen ist.

Zeugin Dorothea Delpino: Sie haben eben selbst das Ansinnen des LKA, was die von mir wollten, vorgelegt. Ich konnte doch unmöglich - was haben Sie gesagt? wie viele Seiten? sieben Seiten mal 15? - 85 Projekte prüfen. Es kann gut sein, dass ich in dem Zusammenhang gesagt habe: Dann nehmt doch lieber das oder das oder das. Ich kann mir vorstellen, dass ich so etwas gesagt habe.

Ich hatte auch schon in meiner Mail an Herrn Schink - das war übrigens keine Mail, ich habe das jetzt nur falsch wiedergegeben, es waren immer Schreiben, die ich Herrn Schink per Papier zugeschickt habe - ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben also schon gegenüber dem LKA gesagt: Wir nehmen dieses Projekt .

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Erstens war die Zeugin noch nicht fertig, und zweitens war das eine Suggestivfrage.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben also gegenüber dem LKA bestimmte Projekte zur Prüfung vorgeschlagen?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein, ich habe in dem Schreiben an Herrn Schink vorgeschlagen, welche Projekte man zunächst prüfen sollte. Das LKA hat mir irgendwelche Dinge vorgelegt. Ich habe keinen Einfluss darauf gehabt, was ich dann bewerten sollte. Ich habe keine Vorschläge gemacht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte Ihnen eine Mail - IM 229, 6448 - von Herrn Lech an Herrn Günther vorhalten, Datum 18. Mai 2007. Herr Lech schreibt Herrn Günther:

Hallo Herr Dr. Günther, in Absprache mit Frau Delpino schlage ich vor, dass folgende Projekte näher überprüft werden - dann kommen drei Projekte -: Flussgebietsmanagement NRW, Projekt MAPRO und Projekt KARO.

Zu denen nehmen Sie später auch Stellung und bewerten sie als Forschungs- und Entwicklungsprojekte oder nicht. Also frage ich Sie noch einmal konkret: Haben Sie mit Herrn Lech besprochen, welche Projekte konkreter zu prüfen sind?

Zeugin Dorothea Delpino: Es war so: Bei den 95 oder 100 kann ich gesagt haben, dass sie vorrangig geprüft werden sollten. Aber ich habe nicht gesagt: Prüft dies oder jenes! Auf keinen Fall.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. - Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das war es, Herr Remmel? - Dann Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Delpino, Sie sollten nicht das Gefühl haben, dass wir hier Täter und Opfer verwechseln. Fragen haben immer einen Hintergrund. - Das sage ich vorausgeschickt.

Sie haben eben in der Diskussion zu JM 1, 5 - Laptop RWTH Aachen - gesagt, dass Sie erstaunt waren, dass in einem Projekt Finanzmittel waren, um Laptops beschaffen zu können. Ist in einem Ministerium mit der Mittelvergabe auch ein Beschaffungswesen verbunden, dass man sagt: „Wir vergeben das Projekt,

(Der Vorsitzende räuspert sich.)

und die zusätzlichen Sachen bekommen wir dann noch mit"?

(Unruhe)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich frage andersherum, Entschuldigung.

(Thomas Stotko [SPD]: Leute, Leute! - Zuruf: Warum die Aufregung?)

- Wieso „Leute“? - Einer. Ellerbrock ist mein Name, nicht Leute.

Frau Delpino, im Zusammenhang mit der Beschaffung eines Laptops aus vermuteten Mitteln der Abwasserabgabe und einem Gutachten an die RWTH Aachen ergeben sich Fragen. Für mich ergibt sich die Frage: Ist Ihnen bekannt, dass so etwas im MUNLV schon mal vorgekommen ist, dass kreative externe Beschaffungsmöglichkeiten genutzt werden?

(Thomas Stotko [SPD]: Kreative Beschaffungsmöglichkeiten?)

- Entschuldigung, ich streiche „kreativ“.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bitte keine Wertungen mit reinnehmen.

Holger Ellerbrock (FDP): Entschuldigung. Das Ministerium ist immer kreativ, deswegen kann das gestrichen werden.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich glaube, dass es möglich ist, bei der Vergabe von Aufträgen auch die Mittel mit zu beschaffen. Wenn ich beispielsweise eine Laboruntersuchung bei einer Uni in Auftrag gebe, und die haben das Gerät nicht, dann können sie es von dem Geld beschaffen. Das ist meiner Meinung nach gängige Praxis. Was einen Laptop betrifft, wüsste ich das nicht. Ich kenne kein anderes Beispiel.

Holger Ellerbrock (FDP): Bleiben wir bei der Laborbeschaffung. Wird irgendwo gegenüber dem Haus kenntlich gemacht, dass das beschafft worden ist

(Zeugin Dorothea Delpino: Ja, klar!)

und nach Abschluss des Vorhabens dann dem Haus oder dem Institut anheimfällt? Wie wird so etwas gehandhabt?

(Zuruf von der CDU: Das Haus bekommt die Laboruntersuchung!)

Zeugin Dorothea Delpino: Natürlich. Wenn der Auftrag abgeschlossen ist, und das war ein Gerät über 50.000 €, dann müssen wir es abgeben. Dann wird geprüft, ob

zum Beispiel das Landesumwelt weiter damit arbeiten kann. Das wäre ein Beispiel dafür, dass das Eigentum danach wiederum an den Auftraggeber geht. Soweit ich mich erinnere, liegt die Grenze bei 500 €. Was darunter ist, ist Bagatelle. Alles andere muss geprüft und gegebenenfalls zurückgegeben werden, oder das MUNLV muss schriftlich darauf verzichten nach dem Motto: Das können wir nicht gebrauchen; ihr seid auch eine Einrichtung des Landes, dann könnt ihr es behalten. Ich glaube, so etwas geht.

Holger Ellerbrock (FDP): Und wie war das in dem Fall bei der Laptopbeschaffung? Haben Sie da irgendwelche Erkenntnisse?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe gesehen - ich weiß nicht genau, wo, ob in den Akten oder vorher; doch, ich glaube, als ich in die Papierakten geguckt habe -, dass der Laptop inventarisiert war, ich meine, die Beschaffung von zwei Laptops. Es kann sein, dass es zwei waren, auf jeden Fall für die RWTH Aachen. Einer davon ist Herrn Friedrich zur Verfügung gestellt worden. Soweit ich mich erinnere, war dann auch so ein Inventarisierungsding aufgeklebt: Eigentum der RWTH Aachen.

Holger Ellerbrock (FDP): Aber in anderen Projekten waren Laptops bei Ihnen nicht gängige Handelsware?

(Der Vorsitzende räuspert sich.)

- „Gängig“ nehme ich raus, Handelsware bleibt stehen.

Zeugin Dorothea Delpino: Davon habe ich keine Kenntnis.

Holger Ellerbrock (FDP): Gerade war die Fragestellung zur Abwasserabgabe: Prüfung durch Bauingenieure versus Juristen. Obliegt die Sachbearbeitung solcher Anträge vorzugsweise Juristen, oder wie läuft so etwas bei Ihnen im Haus ab? Wie läuft das ab, wenn eine Finanzierungsanfrage Abwasserabgabe kommt?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich hatte heute Vormittag schon von dem einen Projekt gesprochen, das dann die befristete Mitarbeiterin prüfte. Nach meiner Erinnerung war sie Chemikerin. Heute ist eine Dame, die Bauingenieurin ist, in der Zuständigkeit. Viele Jahre hat Herr Dr. Mertsch diese Sachen als Bauingenieur geprüft. Selbstverständlich machen sie auch eine Einschätzung, ob es sich um ein F+E-Vorhaben handelt und ob man es aus der Abwasserabgabe finanzieren kann; denn sie sind der erste Filter. Erst wenn es zur Vergabe kommt, läuft es über das juristische Referat, wo dann noch mal die Möglichkeit einer Intervention gegeben ist. Aber natürlich schätzen die Referenten im Referat IV-7 ein, ob es sich um ein F+E-Vorhaben handelt und ob man es aus der Abwasserabgabe finanzieren kann.

Holger Ellerbrock (FDP): Sind das vorzugsweise technische, ökonomische oder juristische Fragestellungen, bei denen dann die Juristen eingreifen? Wer macht die

Einschätzung F+E, Abwasserabgabe? Sind das technische, wirtschaftliche oder juristische Problemstellungen?

Zeugin Dorothea Delpino: Wie ich eben schon ausgeführt habe, geht es erst einmal um die Frage: Ist das Projekt, das vorgelegt wird, im Landesinteresse? Kann man es fördern? Dann geht es um technische Fragen und die Frage der Abwasserabgabe: Ja oder nein?

Holger Ellerbrock (FDP): Noch einmal zurück, weil mir das noch nicht ganz klar ist: Ich habe Ihren Worten entnommen, dass bei abweichenden besonders problematischen Fällen in jedem Fall die Juristen beteiligt werden.

Zeugin Dorothea Delpino: Es sollte mindestens so sein - das ist in einem anderen Referat, nämlich bei Herrn Spillecke, angesiedelt gewesen -, dass die Zulässigkeit der Förderung nach der Abwasserabgabe geprüft wird. Das haben Frau Dr. Pawlowski - in der Vergangenheit - und Herr Spillecke getan. Die mussten ja den Vorgang mitzeichnen; das haben wir auch heute Morgen besprochen. Dadurch, dass da die Mitzeichnung fehlte, war Herr Friedrich dann in der Bredouille, die fehlende Mitzeichnung des Staatssekretärs einzuholen.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich will die Frage noch einmal näher beleuchten, damit das nicht ungeklärt im Raum stehen bleibt. Ein Jurist und ein Bauingenieur - oder wer auch immer das ist - haben eine unterschiedliche Einschätzung über die Zulässigkeit des F+E-Vorhabens, die Finanzierung aus der Abwasserabgabe. Was passiert dann? An wen geht das weiter? Darüber muss ja einer entscheiden.

Zeugin Dorothea Delpino: Die Frage ist, ob das dann der Abteilungsleiter entscheidet. Das weiß ich nicht. Ich kenne kein konkretes Beispiel. Wenn die Mitzeichnung eines Referats fehlt, und Herr Spillecke würde darauf schreiben: „Ist meiner Meinung nach nicht aus der Abwasserabgabe zu finanzieren“, dann kann selbstverständlich der Abteilungsleiter oder der Vorgesetzte sagen: „Das sehe ich anders“ und den Auftrag unterschreiben, so wie es gelaufen ist.

Holger Ellerbrock (FDP): Und Sie würden das dann unterschreiben. Sie waren ja stellvertretende Abteilungsleiterin.

Zeugin Dorothea Delpino: So ist es.

Holger Ellerbrock (FDP): Dann gehört doch die Einschätzung, ob ein F+E-Projekt aus der Abwasserabgabe zu finanzieren ist, ganz normal zu Ihren Dienstpflichten, wenn es auf dem Verwaltungsstrang zu Ihnen hochläuft. Ist das dann ein übliches Verfahren?

Zeugin Dorothea Delpino: So ist es.

Holger Ellerbrock (FDP): Dann ist die Kompetenz schon mal geklärt.

Der Kollege Rimmel hatte unter Hinweis auf 229, Blatt 6448 den Brief- oder Mailverkehr des Herrn Lech an Herrn Dr. Günther aufgearbeitet. Da sind Formulierungen gefallen, die mich zu Nachfragen veranlassen. Im Endeffekt gibt es eine Mail vom LKA an das Haus - das war die letzte, die wir da hatten -, Vorschläge zu prüfen; darauf bezog sich die Diskussion. Das LKA hat gesagt: Wir haben Frau Delpino um eine Einschätzung gebeten. Das muss plausibel gewesen sein. Dann ist es wieder ans Haus zurückgegangen. Ist das in der Nachfolge dazu, nach der Anforderung vom LKA, noch einmal geprüft worden, oder wie ist das abgelaufen?

Noch einmal: LKA sagt Delpino: Geben Sie eine Einschätzung zu dem Vorhaben. Delpino gibt LKA eine Einschätzung. LKA an Haus: Nehmt die und die Projekte, kümmert euch darum. Sind Sie im Nachgang dazu noch zu einer zweiten Einschätzung herangezogen worden oder dergleichen?

Zeugin Dorothea Delpino: Ich weiß nichts davon, dass es noch eine zweite Einschätzung gab.

Holger Ellerbrock (FDP): Okay. Das war es erst mal. - Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. - Herr Gatter als bislang Letzter.

Stephan Gatter (SPD): Frau Zeugin, ich möchte noch ganz kurz vier Komplexe angehen. Es gibt einen Brief- oder E-Mail-Wechsel zwischen dem LKA und Ihnen, dem ich entnehme - Aktenordner 5 JM, Seite 2000 -, dass Sie von Herrn Lech gebeten worden sind, zu etwas Stellung zu nehmen. Sie sagen dann - ich zitiere -:

Bei beigefügten Prüflisten ist es mir nicht möglich, zu den Einzelaufträgen etwas zu sagen. Hierzu müsste ich in die Akten Einsicht nehmen können.

Ich will das nur als Ansatz nehmen. Meine Frage ist: Wie oft haben Sie als Zeugin beim LKA Einsicht in Ermittlungsakten nehmen können?

Zeugin Dorothea Delpino: In Ermittlungsakten überhaupt nicht.

Stephan Gatter (SPD): Was für Akten sind das denn dann?

Zeugin Dorothea Delpino: Das sind die Fachakten. Ich kann doch nicht allein vom Titel her entscheiden, ob es sich um ein F+E-Vorhaben handelt.

Stephan Gatter (SPD): Ich habe es verstanden. Ihnen ist aber keine Einsicht in Akten gegeben worden, in denen zum Beispiel Aussagen anderer Zeugen waren? Es wurde über Telefonüberwachung oder E-Mail-Überwachung diskutiert. Solche Akten haben Sie nicht zu Gesicht bekommen?

Zeugin Dorothea Delpino: Später über meinen Anwalt. Der Hintergrund war: Ich musste in der Zeitung lesen, was ich da gesagt haben soll. Dann habe ich gedacht: Das hast du nie und nimmer gesagt; ich brauche meine Vernehmungen. Dann habe ich über meinen Anwalt Akteneinsicht bestellt.

Ich müsste nachgucken. Was dem LKA bis zu dem Zeitpunkt vorlag, haben sie mir gegeben. Alles andere kenne ich auch nicht.

Stephan Gatter (SPD): Aber Ihr Rechtsbeistand hat Einsicht in Akten gehabt, in denen zum Beispiel auch Telefonüberwachungsprotokolle waren?

Zeugin Dorothea Delpino: Nicht dass ich wüsste. Nein, darin war nichts von Telefonüberwachungen. Das wüsste ich nicht.

Stephan Gatter (SPD): Meine zweite Frage - ich habe mir das als Zitat von Ihnen aufgeschrieben, ich habe es so verstanden; sagen Sie mir, wenn es nicht stimmt -: Zu dem Bewerbungsgespräch hat Ihnen Dr. Friedrich gesagt, Sie sollten sich keine Sorgen machen, Sie würden die Fragen vorher zur Verfügung gestellt bekommen. Dass das so ist, ist ja überall zu sehen, das haben Sie auch so gesagt. In welchem Zeitraum vor dem Bewerbungsgespräch am 14. Juni ist Ihnen das angeboten worden?

Zeugin Dorothea Delpino: Angeboten, meinen Sie? Im April ist die Stellenausschreibung gewesen. Dann war direkt irgendeine Amtsleiterbesprechung; ich habe die Daten nicht mehr im Kopf. Angekündigt hatte er das schätzungsweise im April.

Stephan Gatter (SPD): Also so etwa zwei Monate vorher.

Zeugin Dorothea Delpino: Aus meiner Erinnerung hatte er dann gesagt: Machen Sie sich keine Sorgen.

Stephan Gatter (SPD): Im Zusammenhang mit dem Bewerbungsgespräch hatten wir bei der Zeugenvernehmung Dr. Günther eine Diskussion über die Landesdisziplinarordnung. Wenn ich mir das Datum des Schreibens an den Staatssekretär ansehe, in dem Sie sich outen - ich kann nachvollziehen, wenn Sie sagen: wenn sich jemand outet, muss es auch einen bestimmten Schutz geben -, dann war das genau einen Tag nach der Verjährung nach der Landesdisziplinarordnung.

Zeugin Dorothea Delpino: Wie bitte?

Stephan Gatter (SPD): Ist das von Ihnen konkret so ... Das ist keine böse Frage.

Zeugin Dorothea Delpino: Es ist nett, Herr Gatter, dass Sie mich aufklären, dass das verjährt war. Das wusste ich nicht.

Stephan Gatter (SPD): Es fiel mir einfach auf.

Zeugin Dorothea Delpino: Da frage ich mich natürlich, warum mir Herr Günther das nicht gesagt hat. Als ich ihm gesagt habe: „Ich könnte auch ein Disziplinarverfahren beantragen“, hätte er mir das sagen können; hat er aber nicht.

Stephan Gatter (SPD): Die Antwort ist völlig verstanden. Sie haben ausgesagt, dass Sie in der ganzen Angelegenheit sehr viel . Wenn es Kontakt zu Dr. Günther und zum Staatssekretär gab, wie sieht es mit dem Ministerialrat Henrich als Abteilungsleiter Z aus? Haben Sie mit ihm auch über die ganze Angelegenheit gesprochen? Er ist ja auch damit befasst gewesen.

Zeugin Dorothea Delpino: Es hat ein Gespräch mit Herrn Henrich gegeben. Das war, nachdem ich die Briefe an den Staatssekretär geschrieben hatte, nach dem Kündigungsverfahren. Es ging darum, dass Herr Henrich mir mitteilen wollte, dass sich jetzt ein Jurist mit der ganzen Sache beschäftigen würde. Das war zu einem Zeitpunkt, als Herr Dr. Günther noch nicht formal installiert war. Da habe ich mit Herrn Henrich gesprochen, danach nicht mehr.

Stephan Gatter (SPD): Was meinen Sie mit „formal installiert war“?

Zeugin Dorothea Delpino: Bevor Herr Dr. Günther wohl den Auftrag bekam - so habe ich es verstanden -, den Kontakt mit dem LKA zu machen.

Stephan Gatter (SPD): Damit meinen Sie die Kommission, die da gegründet worden ist?

Zeugin Dorothea Delpino: Nein. Welche Kommission?

Stephan Gatter (SPD): Entschuldigen Sie. Bei der Aussage von Herrn Dr. Günther war immer die Rede von einer Kommission, die gegründet worden ist, um das alles zu koordinieren. Das meinte ich damit. Die Kommission sagt Ihnen nichts?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es gibt eine Kommission Amtshilfe.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich wusste nicht, dass das Kommission heißt. Ich bin immer davon ausgegangen, dass Herr Dr. Günther die Verantwortung hat und es dann noch zwei weitere Juristinnen gibt, die ihm dabei helfen.

Stephan Gatter (SPD): Okay, das war's.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank. - Ich schaue auf die Seite von CDU und FDP und sehe im Augenblick keine Wortmeldungen. - Dann habe ich noch die Wortmeldung von Herrn Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Delpino, Sie haben eben selber eingeführt, dass Sie zu einem bestimmten Zeitpunkt Akteneinsicht beantragt haben und Ihnen dann von der Staatsanwaltschaft die komplette bis dahin vorhandene Ermittlungsakte zur Verfügung gestellt worden ist.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel, so ganz richtig war der Vorhalt nicht.

(Zuruf von der CDU: Das ist wieder eine typische Unterstellung!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist keine Unterstellung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Unterstellung nicht, aber der Anwalt hatte Akteneinsicht beantragt, nicht Frau Delpino.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut, dann hat der Anwalt Akteneinsicht beantragt. Die Ermittlungsakte bis zu dem damaligen Zeitpunkt ist dem Anwalt und damit für mich auch Frau Delpino übergeben worden.

(Harald Giebels [CDU]: Nein! - Heinrich Kemper [CDU]: Das ist unzulässig!)

RA Norbert Hack: Akteneinsicht kriegen in Deutschland nur Anwälte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Jedenfalls hat Frau Delpino eben zu Protokoll gegeben - wir können das gerne noch mal nachlesen -, dass sie in den Ermittlungsakten gelesen hat.

(Zuruf von der CDU: Ihre Vernehmungsprotokolle!)

Zeugin Dorothea Delpino: Ich habe da gescrollt und mir meine Vernehmungsprotokolle ausgedruckt, jawohl.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich wollte eigentlich nur fragen: Was ist dann mit der Akte passiert? Ist sie nach der negativen Gerichtsentscheidung zurück an die Staatsanwaltschaft gegangen, oder hat die Staatsanwaltschaft sie angefordert?

Zeugin Dorothea Delpino: Sie wurde bisher nicht entwendet und befindet sich deshalb wahrscheinlich noch bei meinem Anwalt.

RA Norbert Hack: Anwälte pflegen keine Akten zurückzuschicken. Sie bekommen die Originalakte, machen sich Kopien und schicken das Original zurück.

Zeugin Dorothea Delpino: Das war ja auch eine CD-ROM. Das war auf einer CD, eine PDF-Datei.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann noch ganz kurz zu einem anderen Sachverhalt. Sie haben eben gesagt, dass es ab einem gewissen Zeitpunkt eine Weisung gegeben hätte, alle Kontakte MUNLV - LKA über Herrn Günther laufen zu lassen. Wer hat die Weisung erteilt, und ab welchem Zeitraum ist sie erteilt worden?

Zeugin Dorothea Delpino: Das kann ich Ihnen so nicht mehr sagen. Es ist nicht in meiner Erinnerung, welcher Zeitpunkt das war.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wer hat diese Weisung denn erteilt?

Zeugin Dorothea Delpino: Auch das weiß ich nicht mehr, ob das mit Unterschrift von Herrn Henrich oder vom Staatssekretär war. Das weiß ich nicht mehr.

Johannes Remmel (GRÜNE): In welcher Form? Das muss ja ein Schreiben gewesen sein, wenn Sie sagen, Sie wissen nicht ...

(Holger Ellerbrock [FDP]: Können Sie mal die Fundstelle geben?)

- Hier gibt es keine Fundstelle. Frau Delpino hat eben eingeführt, dass es ab einem gewissen Zeitpunkt eine Weisung im Haus gegeben hätte, dass zukünftige Kontakte zum LKA nur noch über Herrn Günther zu laufen haben. Ich möchte gerne wissen, ab wann diese Weisung erinnerlich ist und von wem und in welcher Form sie gekommen ist.

Zeugin Dorothea Delpino: Das ist mir so nicht mehr erinnerlich, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann eine weitere Frage, die sich aus Ihren bisherigen Aussagen heute neu ergibt. - Sie haben angeführt, dass nach einem ersten Hinweis von Herrn Friedrich an Sie, sich auf die Stelle zu bewerben, er Ihnen zugesagt habe, Ihnen vor dem Bewerbungsgespräch Fragen zu übermitteln. Das hatten Sie bisher - jedenfalls in Ihren Zeugenaussagen nachweislich der Akten - nicht

ausgesagt. Vielleicht können Sie noch etwas Konkretisierendes dazu sagen. Wann genau hat Ihnen Herr Friedrich entsprechende Zusagen gemacht?

(Zuruf von der CDU: Die Frage ist eben gestellt worden!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich meine auch, die Frage ist gerade schon seitens der SPD-Fraktion gestellt worden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich, warum das nicht gegenüber dem LKA und Herrn Schink so wiedergegeben worden ist, sondern erst heute im Ausschuss.

Zeugin Dorothea Delpino: Ich verstehe Ihre Frage nicht, Herr Remmel. Ich habe doch schon alles entsprechend ausgesagt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Der Sachverhalt, dass es zwischen der Aufforderung, sich zu bewerben, und dem Bewerbungsgespräch einen weiteren Hinweis, ein Gespräch mit Herrn Friedrich gegeben hat, in dem Herr Friedrich Ihnen in Aussicht gestellt hat: „Ich bespreche die Fragen mit Ihnen“, ist - für mich jedenfalls - neu. Dazu würde ich gerne Genaueres wissen, warum Sie das bisher in den Zeugenaussagen nicht eingeführt, warum Sie das gegenüber Herrn Schink nicht erwähnt haben.

RA Norbert Hack: Ich beanstande den Vorhalt, er ist falsch. In der Zeugenvernehmung vom 1. August 2006 beim Landeskriminalamt steht schon genau alles drin: Zwei Kontakte mit Dr. Friedrich. Das erste Mal hat er gesagt: Ich habe die Fragen noch nicht fertig. Dann später zeitnah .

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Können Sie bitte ins Mikrofon sprechen?

RA Norbert Hack: Entschuldigung. - Bereits in der Vernehmung vom 1. August 2006 beim Landeskriminalamt ist davon die Rede. Das heißt, der Vorhalt ist inhaltlich falsch.

Zeugin Dorothea Delpino: Es musste ja einen Tag geben, an dem Herr Friedrich mir das sagte. Es war für mich offensichtlich, Herr Remmel, dass Herr Friedrich mir davon in irgendeiner Form etwas gesagt hat. Sie haben recht, er hätte es mir auch mailen können oder was auch immer. Das hat er aber nicht, sondern er hat mir in einem Gespräch gesagt, dass er mir die Fragen geben werde. Vorher hat mich niemand danach gefragt. Heute habe ich das in der Chronologie so aufgezählt, wie es war.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann ist als Nächster Herr Kress dran.

Karl Kress (CDU): Sie haben die Übernahme eines Laptops für die Projektbegleitung abgelehnt. Ich habe eben gelernt, dass investive Güter, wenn sie im Rahmen eines Projektes angeschafft werden, hinterher in den Besitz des Hauses übergehen. Jetzt sind zwei Laptops angeschafft worden. Sind die dann auch vom Haus übernommen worden?

Mich würde noch interessieren, ob die auf den Festplatten oder auch auf Disketten gespeicherten Arbeiten, Daten, die sich ausschließlich auf das Projekt MAPRO Teil 1 beziehen - dafür sind die Laptops angeschafft worden, immerhin sind 400.000 € ausgegeben worden -, in die weitere Bearbeitung des Projektes eingeflossen? Sind die Laptops zurückgegeben worden?

Zeugin Dorothea Delpino: Zunächst noch eine kleine Korrektur: Die Laptops wurden für das Projekt KARO beschafft, nicht MAPRO. KARO war das andere Projekt, das von der RWTH Aachen gemacht wurde, in dem es um Programmierarbeiten ging. MAPRO war die wissenschaftliche Begleitung.

Was mit den Laptops geschehen ist, weiß ich nicht. Es ist die Frage, was die Laptops - nach einigen Jahren verlieren sie an Wert - heute noch wert sind, ob man sie dann nimmt. Für das Ministerium ist das ja nicht zu gebrauchen. Das Ding ist aus der Abwasserabgabe beschafft worden und kann für den normalen Dienstbetrieb nicht genutzt werden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das war es, Herr Kress? - Ich schaue in die Runde und sehe keine weiteren Fragen an Frau Delpino.

Sehr geehrte Frau Delpino, damit ist Ihre Zeugenvernehmung heute beendet. Ihre Zeugenaussage ist protokolliert worden. Sie erhalten in einigen Tagen einen Vorabauszug des Protokolls. Sollten Sie bei Durchsicht dieses Vorabauszuges der Auffassung sein, dass Teile Ihrer Aussage oder Ihre Aussage komplett falsch wiedergegeben worden sind, teilen Sie uns dies bitte innerhalb von 14 Tagen mit. Sodann würde der Ausschuss bei inhaltlichen Änderungswünschen oder Vorschlägen Ihrerseits darüber noch einmal beraten. Ich darf Sie allerdings bitten, den Protokollauszug dritten Personen, mit Ausnahme Ihres Zeugenbeistandes, nicht zur Verfügung zu stellen.

Nach der Beratung über das Ergebnis Ihrer Einvernahme wird der Untersuchungsausschuss die Beendigung oder gegebenenfalls auch Fortsetzung Ihrer Vernehmung beschließen. Hierüber erhalten Sie dann gesondert Bescheid, wenn wir Sie noch einmal brauchen sollten.


Ich bedanke mich noch einmal bei Ihnen für Ihre Bereitschaft, hier auszusagen, und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Zeugin Dorothea Delpino: Danke schön.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Der Kollege Ellerbrock macht jetzt einen Vorschlag.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich möchte fragen, ob sich die Obleute in der jetzt anstehenden kurzen Pause zusammensetzen können, um die weitere abendliche Gestaltung zu besprechen.

(Thomas Stotko [SPD]: Nächtliche!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das können wir gerne machen. Wir warten jetzt auf den Zeugen Dr. Günther, den wir um 13 Uhr vernehmen wollten. Um 16 Uhr wartet Frau Meyer-Mönnich auf uns. 

Ihnen noch einmal herzlichen Dank. Auf Wiedersehen!

Zeugin Dorothea Delpino: Auf Wiedersehen!

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir setzen die Beweisaufnahme nach einer kleinen Pause fort.

(Kurze Unterbrechung)